



**12 | 2016**

69. Jg., 24.–25. KW, 23. Juni 2016

## **ifo Schnelldienst**

### **Zur Diskussion gestellt**

*Lars P. Feld, Anabell Kohlmeier und Christoph M. Schmidt,  
Peter Hanau, Dirk Kiesewetter, Jochen Pimpertz,  
Martin Werding*

- Altersarmut statt Altersvorsorge: Was läuft falsch, und welche Reformen sind für ein zukunftsfähiges Rentensystem nötig?

### **Daten und Prognosen**

*Timo Wollmershäuser, Wolfgang Nierhaus, Nikolay Hristov,  
Tim Oliver Berg, Christian Breuer, Johanna Garnitz,  
Christian Grimme, Atanas Hristov, Robert Lehmann,  
Wolfgang Meister, Magnus Reif, Felix Schröter,  
Andreas Steiner, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf*

- ifo Konjunkturprognose 2016/2017: Aufschwung in Deutschland geht in die zweite Halbzeit

*Franziska Fobbe und Robert Lehmann*

- Elektromotoren, Energieversorgung und Erziehung: Die Güte der entstehungsseitigen ifo-Kurzfristprognose

*Kai Jäger, Manuela Krause und Niklas Potrafke*

- April- und Mai-Umfragen des Ökonomenpanels 2016: Soziale Ungleichheit und Brexit

*Daniela Wech*

- ifo Migrationsmonitor: Rückgang der Zahl der registrierten Flüchtlinge – schwierige Arbeitsmarktsituation für Asylbewerber

**ifo** Institut

**Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung**  
an der Universität München e.V.

**ifo Schnelldienst** ISSN 0018-974 X (Druckversion)  
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,  
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Clemens Fuest, Annette Marquardt, Prof. Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

### Zur Diskussion gestellt

#### Altersarmut statt Altersvorsorge: Was läuft falsch, und welche Reformen sind für ein zukunftsfähiges Rentensystem nötig?

3

Das Niveau der Rentenauszahlungen sinkt kontinuierlich. Die betriebliche und die geförderte Privatvorsorge reichen nicht aus, um die Versorgungslücke zu füllen. Experten warnen vor einer zunehmenden Armutsgefährdung im Alter. Nach Ansicht von *Lars P. Feld*, *Anabell Kohlmeier* und *Christoph M. Schmidt*, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ist Altersarmut glücklicherweise heute kein gesellschaftlich relevantes Problem. Auch hätten die Reformen in der Gesetzlichen Rentenversicherung insgesamt dazu beigetragen, die finanzielle Stabilität dieses Systems mit vergleichsweise moderaten Beitragssatzerhöhungen zumindest bis zum Jahr 2029 zu sichern. Dies gelte allerdings nur dann, wenn sie Bestand haben und nicht unterlaufen werden, wie dies mit der Mütterrente und der Rente mit 63 Jahren für langjährig Versicherte im Jahr 2014 bereits geschehen sei. In den kommenden Jahren sei allerdings mit einem weiteren Anstieg der Anzahl der Empfänger der Grundsicherung im Alter zu rechnen. Insbesondere die mangelhafte Integration in den Arbeitsmarkt treibe das Altersarmutsrisiko. *Peter Hanau*, Universität zu Köln, nennt die Bedingungen, damit eine betriebliche Altersvorsorge zu einer tragenden Säule der Alterssicherung werden kann. *Dirk Kiesewetter*, Universität Würzburg, sieht in einer überbetrieblichen Altersvorsorge »die letzte Chance für eine marktwirtschaftliche Lösung«. *Jochen Pimpertz*, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, meint, dass die aktuelle Debatte am Kern des Problems vorbei ziehe. Das Problem der Armutsgefährdung im Alter lasse sich ursächlich nur auf dem Arbeitsmarkt lösen und nicht im System der Alterssicherung. Deshalb solle man sich bei den Reformvorschlägen vor allem auf Hilfe für die Personen mit einer dauerhaft unterbrochenen Erwerbsbiographie konzentrieren. Gleichwohl bestehe Nachsteuerungsbedarf in der Gesetzlichen Rentenversicherung im Sinne einer Fortführung des eingeschlagenen Reformpfads. Auch wenn es wenig populär klinge, für die Gesetzliche Rentenversicherung gelte die einfache Gleichung, dass die jüngeren Versicherten für einen gleichwertigen Rentenanspruch länger arbeiten müssen als die vorausgegangenen Kohorten. *Martin Werding*, Ruhr-Universität Bochum, sieht das Risiko einer wachsenden Altersarmut, das aber nicht dramatisiert werden sollte. Als wirksame und dauerhaft finanzierbare Ansätze zur Vermeidung dieses Risikos ergeben sich aus Werdings Sicht zum einen die laufende Heraufsetzung der Regelaltersgrenze innerhalb des Rentensystems und zum anderen der Ausbau der ergänzenden Altersvorsorge in einer betrieblichen oder privaten Säule.

### Daten und Prognosen

#### ifo Konjunkturprognose 2016/2017: Aufschwung in Deutschland geht in die zweite Halbzeit

21

*Timo Wollmershäuser, Wolfgang Nierhaus, Nikolay Hristov, Tim Oliver Berg, Christian Breuer, Johanna Garnitz, Christian Grimme, Atanas Hristov, Robert Lehmann, Wolfgang Meister, Magnus Reif, Felix Schröter, Andreas Steiner, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf*

Der robuste Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit dem Jahr 2014 befindet, wird sich fortsetzen. Das ifo Institut rechnet mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,8% im laufenden Jahr. Im Jahr 2017 beläuft sich der Anstieg voraussichtlich auf 1,6%. Damit wird sich die Produktionslücke weiter verringern und im nächsten Jahr wohl nahezu geschlossen sein. Da diese Gangart der Konjunktur insgesamt eher verhalten ist, zeichnen sich keine Überhitzungserscheinungen auf den Güter- und Faktormärkten ab. Maßgeblich zum Wachstum trägt die schwungvolle Binnennachfrage bei. Die privaten Konsumausgaben expandieren vor dem Hintergrund der günstigen Be-

schäftigungsentwicklung und höherer Transfereinkommen. Von den anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen gehen positive Impulse für die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen aus. Darüber hinaus profitiert die Nachfrage nach Wohnbauten von der anhaltenden Flüchtlingsmigration. Der Außenhandel liefert im Prognosezeitraum keine nennenswerten Impulse: Exporte und Importe dürften in ähnlichem Tempo expandieren. Im Zuge der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dürfte sich die positive Grundtendenz auf dem deutschen Arbeitsmarkt fortsetzen, wenngleich die zuletzt beobachtete Dynamik nicht ganz gehalten werden dürfte.

### **Elektromotoren, Energieversorgung und Erziehung: Die Güte der entstehungsseitigen ifo-Kurzfristprognose**

58

*Franziska Fobbe und Robert Lehmann*

Die Vorhersage der gesamtwirtschaftlichen Produktion getrennt nach Wirtschaftsbereichen ist seit geraumer Zeit ein wichtiger Baustein einer jeden Konjunkturprognose. Das ifo Institut benutzt hierzu den eigens entwickelten IFOCAST-Ansatz. Der Artikel setzt sich kritisch mit der Prognosegüte der vom ifo Institut herausgegebenen entstehungsseitigen Prognosen auseinander. Im Ergebnis kann den ifo-Prognosen eine sehr gute Treffsicherheit attestiert werden. Besonders hoch ist die Güte für das Bruttoinlandsprodukt, die Industrie und das Baugewerbe. Für wenige Bereiche im Dienstleistungssektor hingegen gibt es Verbesserungsbedarf. Die Lösung hierfür besteht in der systematischeren Nutzung der Befragungsindikatoren des Dienstleistungssektors aus dem ifo Konjunkturtest.

### **Soziale Ungleichheit und Brexit – Ergebnisse der April- und Mai-Umfragen des Ökonomenpanels 2016**

64

*Kai Jäger, Manuela Krause und Niklas Potrafke*

In der April-Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und FAZ wurden Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten zur gegenwärtigen Ungleichheitsdebatte befragt. Eine absolute Mehrheit von 63% der Teilnehmer ist der Meinung, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland seit der Jahrtausendwende zugenommen hat. 21% stimmen dieser Aussage nicht zu; 16% sind sich unsicher. Die Ökonomen wurden weiterhin zur Vermögensungleichheit befragt. Auch hier stimmt eine absolute Mehrheit von 71% der Teilnehmer der Aussage zu, dass die Vermögensungleichheit seit der Jahrtausendwende zugenommen hat. 12% verneinen dies, 17% sind sich unsicher. In der Mai-Umfrage stand der mögliche Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union im Mittelpunkt der Befragung. Eine absolute Mehrheit von 85% der Teilnehmer beim Ökonomenpanel lehnt einen Austritt Großbritanniens aus der EU ab. Lediglich 11% würden ein Ausscheiden Großbritanniens befürworten; 4% sind sich unsicher.

### **ifo Migrationsmonitor: Rückgang der Zahl der registrierten Flüchtlinge – schwierige Arbeitsmarktsituation für Asylbewerber**

68

*Daniela Wech*

Der Artikel gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einwanderungs- und Asylbewerberzahlen sowie ihrer Qualifikationsstruktur: Die Zahl der Asylanträge in Deutschland bewegte sich in den vergangenen Monaten auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Die Zahl der registrierten Flüchtlinge ging hingegen stark zurück. Eine zentrale Frage ist diejenige nach dem Bildungsniveau der Asylbewerber, die in Deutschland bleiben. Nicht repräsentative Selbstangaben registrierter Asylbewerber legen nahe, dass der Anteil derjenigen, die keine Schule oder nur eine Grundschule besucht haben, hoch ist. Diese Angaben decken sich offenbar auch mit den Erwartungen der Unternehmen.

# Altersarmut statt Altersvorsorge: Was läuft falsch, und welche Reformen sind für ein zukunftsfähiges Rentensystem nötig?

Das Niveau der Rentenauszahlungen sinkt seit längerem kontinuierlich. Die betriebliche und die geförderte Privatvorsorge reichen nicht aus, um die Versorgungslücke zu füllen. Experten warnen vor einer zunehmenden Armutsgefährdung im Alter. Welche Reformen sind für ein zukunftsfähiges Rentensystem nötig?

## Stabilisierende Reformen statt Lamento

Aufgewirbelt von einer ebenso alarmistischen wie sachlich falschen Studie des WDR (vgl. Börsch-Supan et al. 2016), die im Jahr 2029 jeden zweiten Neurentner als altersarm einordnete, sind das Thema Altersarmut und mit ihm die vergangenen Reformen der Alterssicherung im Frühjahr 2016 erneut in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit gerückt. Vorschläge, wie diesem vermeintlichen Problem beizukommen sei, ließen nicht lange auf sich warten und reichten von der im Koalitionsvertrag bereits angelegten Einführung einer sogenannten solidarischen Lebensleistungsrente über die Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel bis hin zur Ausweitung des Versicherungskreises der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) auf alle Selbständigen. Dabei ist allen diesen Vorschlägen gemein, dass sie letztlich darauf abzielen, die vergangenen Rentenreformen rückgängig zu machen oder zu unterlaufen. Dies erstaunt, denn diese Reformen hatten nennenswert dazu beigetragen, die finanzielle Stabilität der GRV zumindest bis zum Jahr 2029 zu sichern und die aus dem demographischen Wandel erwachsenden Lasten nicht einseitig einer Generation aufzubürden.

So werden sich die Jüngeren als Beitragszahler in den kommenden Jahren ohnehin bereits steigenden Beitragssätzen gegen-

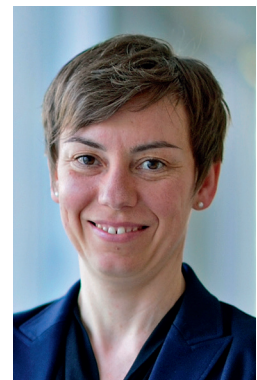
über sehen, wobei bis zum Jahr 2020 eine Obergrenze von 20% und bis zum Jahr 2030 von 22% gesetzlich festgelegt ist. Ebenso trägt die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre im Jahr 2029 zur finanziellen Stabilisierung der GRV bei. Über die mit der Einführung des Beitragsfaktors und der Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors umgesetzten Veränderungen der Rentenanpassungsformel übernehmen zudem die heutige sowie alle zukünftigen Rentnergenerationen einen Teil der demographischen Anpassungslast. Schließlich wird dadurch das Sicherungsniveau vor Steuern sukzessive abnehmen, wobei hier eine Untergrenze von 46% bis zum Jahr 2020 und eine von 43% bis zum Jahr 2030 gesetzlich festgelegt wurden.

Nicht zuletzt um diesen Rückgang des Sicherungsniveaus in der GRV zu kompensieren, wurde die Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge ausgebaut. Seit dem Jahr 2002 haben Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf den Aufbau einer betrieblichen Altersvorsorge (bAV) über Entgeltumwandlung, die bis zu einer Obergrenze durch Steuer- und Sozialabgabenfreiheit gefördert wird. Darüber hinaus wurde die private Altersvorsorge durch die Einführung der staatlich geförderten Riester-Rente gestärkt. Damit setzt sich die Alterssicherung in Deutschland künftig aus drei Säulen, der GRV, der bAV und der privaten Vorsorge, zusammen. Gleichzeitig zielt dies darauf ab, das Alterssicherungssystem auf ein Mischsystem aus Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren umzustellen. Dies soll darüber hinaus zu einer weiteren Entlastung der jüngeren Generationen in der GRV führen.

Insgesamt haben die Reformen in der GRV dazu beigetragen, die finanzielle Stabilität dieses Systems mit vergleichsweise moderaten Beitragssatzerhöhungen zumindest bis zum Jahr 2029 zu sichern



Lars P. Feld\*



Anabell Kohlmeier\*\*



Christoph M. Schmidt\*\*\*

\* Prof. Dr. Lars Feld ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Direktor des Walter-Eucken Instituts, Freiburg. Seit 2011 ist er Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

\*\* Dr. Anabell Kohlmeier ist Stellvertretende Generalsekretärin des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

\*\*\* Prof. Dr. Christoph M. Schmidt ist Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, sowie Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Professor für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum.



(vgl. SVR 2014). Dies gilt allerdings nur dann, wenn sie Bestand haben und nicht unterlaufen werden. Doch das ist mit der Mütterrente und der Rente mit 63 Jahren für langjährig Versicherte im Jahr 2014 bereits geschehen. Die finanziellen Folgen für die GRV fallen nur deshalb bislang nicht so stark aus, weil die gute konjunkturelle Lage und die günstige Situation auf dem Arbeitsmarkt zu einer unerwartet positiven Entwicklung der Beitragseinnahmen geführt haben (vgl. SVR 2014; Kallweit und Kohlmeier 2014). Ebenso hat sich ein kurzes demographisches Zwischenhoch günstig auf die Ausgabenentwicklung ausgewirkt (vgl. SVR 2013).

Altersarmut ist glücklicherweise heute kein gesellschaftlich relevantes Problem. Seit dem Jahr 2003 hat sich die Anzahl der Empfänger der Grundsicherung im Alter zwar in etwa verdoppelt und lag im Jahr 2014 bei rund 515 000 Personen. Gleichwohl ist der Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter an allen 65-Jährigen und Älteren mit 3,0% im Jahr 2014 gering. Dies gilt vor allem im Vergleich zu den unter 15-Jährigen: Von diesen bezogen im Jahr 2014 15,3% eine vergleichbare Sozialleistung.

In den kommenden Jahren ist allerdings mit einem weiteren Anstieg der Anzahl der Empfänger der Grundsicherung im Alter zu rechnen. Schließlich gab es in den vergangenen Dekaden Entwicklungen, die das Risiko haben ansteigen lassen, im Alter nur eine niedrige gesetzliche Rente zu erhalten (vgl. SVR 2011). Dazu zählt insbesondere die Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2005, die von einem Anstieg der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war und eine Veränderung der Erwerbstätigenstruktur zur Folge hatte. Hinzu kommen die Aufspreizung der Entlohnungsstruktur am unteren Ende (vgl. SVR 2012), aber auch die zur Sicherung der finanziellen Stabilität der GRV notwendigen Reformen.

Dabei ist allerdings zu bedenken, dass veränderte Rahmenbedingungen zu Verhaltensanpassungen führen. So ist die mit der Rente mit 67 Jahren intendierte Verlängerung der Lebensarbeitszeit mit zusätzlichen Entgeltpunkten verbunden, die sich rentensteigernd auswirken und damit die Absenkung des Sicherungsniveaus zumindest teilweise kompensieren können. Ebenso soll mit dem Ausbau der Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge der Aufbau einer weiteren Altersrente aus eigener Sparleistung der Versicherten erreicht werden. Diese würde – bei entsprechender Sparleistung – die durch die Reformen vergleichsweise niedrigere gesetzliche Rente ergänzen und damit das ansonsten tendenziell aus den Reformen resultierende höhere Altersarmutsrisiko wieder senken.

Damit offenbart sich ein weiterer entscheidender Aspekt in der Altersarmutsdebatte, der bisher zu wenig beachtet wurde: Keineswegs führt ein Rentenzahlbetrag aus der GRV, der heute unterhalb von etwa 760 Euro liegt, automatisch

zu einem Anspruch auf Grundsicherung im Alter zuzüglich Kosten für Wohnen und Unterkunft.<sup>1</sup> Zum einen sind weitere (Alters-)Einkommen und Vermögen des Versicherten zu berücksichtigen. Zum anderen spielt der Haushaltskontext eine entscheidende Rolle. So kann die familiäre Arbeitsteilung während der Erwerbsphase bei einem Paar dazu führen, dass sich das gemeinsame Alterseinkommen beispielsweise aus einer sehr niedrigen GRV-Rente mit einem Zahlbetrag von 300 Euro, einer sehr hohen GRV-Rente mit einem Zahlbetrag von 1 500 Euro und einer Rentenzahlung aus einer privaten Rentenversicherung von 500 Euro zusammensetzt. Insgesamt steht dem Paar damit ein gemeinsames Alterseinkommen von 2 300 Euro zur Verfügung, aus dem mitnichten ein Anspruch auf Grundsicherung im Alter – auch nicht für den Partner mit der niedrigen GRV-Rente – erwächst. Und das ist durchaus gewollt.

Somit müssen die Reformen in der GRV bei einer entsprechenden Verhaltensanpassung nicht zwingend zu einer deutlichen Verschlechterung der Alterseinkommen führen. Dennoch haben weitere Risikofaktoren zugenommen, so dass insgesamt also mit einem weiteren Anstieg der Empfängerzahlen der Grundsicherung im Alter zu rechnen ist. Für ein pessimistisches Szenario ohne Verhaltensanpassung und bei schlechter Arbeitsmarktintegration hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2012) einen Anstieg der Altersarmutsquote<sup>2</sup> auf 5,4% im Jahr 2029 ermittelt. Dies entspricht zwar im Vergleich zur Situation heute beinahe einer Verdoppelung, ist aber um den Faktor 10 niedriger als die in diesem Frühjahr in den Medien kursierende Altersarmutsquote von 50% und liegt immer noch deutlich unter dem Anteil der unter 15-Jährigen von 15,3%, die heute auf die entsprechende Sozialleistung angewiesen sind.

Es zeigt sich somit, dass es insbesondere die mangelhafte Integration in den Arbeitsmarkt ist, die das Altersarmutsrisiko treibt (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi 2012). Folglich liegt hier der Schlüssel, um Altersarmut – präventiv, also vor Beginn des Renteneintritts – zu vermeiden. Für eine gute Arbeitsmarktintegration ist es erforderlich, bereits vor der Erwerbsphase anzusetzen. Schließlich eröffnen sich mit einer hohen schulischen und beruflichen Qualifikation die meisten Arbeitsmarktchancen, während das Arbeitslosigkeitsrisiko gleichzeitig am geringsten ist. Erforderlich ist also eine Bildungspolitik, die bei der vorschulischen Erziehung beginnt und bei einer Ausweitung der Weiterbildung endet (vgl. SVR 2009). Dies verbessert die Beschäftigungs-

<sup>1</sup> Dieser Betrag ergibt sich aus dem seit dem 1. Januar 2016 geltenden Regelsatz von 404 Euro für einen Alleinstehenden und den Kosten für Unterkunft und Heizung. Diese lagen im Jahr 2014 bei durchschnittlich 355 Euro. Bei Berücksichtigung der vom Rentner zu zahlenden Anteile zur GKV von 8,4% (hiervon entfallen 1,1 Prozentpunkte auf den durchschnittlichen Beitragssatz für den einkommensabhängigen Zuschlag) und zur SPV von 2,35% ergäbe sich eine Bruttorente von 842 Euro.

<sup>2</sup> Die Altersarmutsquote gibt den Anteil der Empfänger der Grundsicherung im Alter bezogen auf alle 65-Jährigen und Älteren an.

chancen gerade bildungsferner und damit eher von Arbeitslosigkeit bedrohter Personen. Zudem kann eine die Beschäftigung fördernde Arbeitsmarktpolitik zur Reduktion des Altersarmutsrisikos beitragen. Da eine Erwerbsminderung aufgrund des daraus resultierenden begrenzten Potenzials, Einkommen zu erzielen, die individuellen Möglichkeiten stark einschränkt, Rentenanwartschaften in der GRV zu erwerben und private Altersvorsorge zu betreiben, sollte das Risiko einer Erwerbsminderung reduziert werden. Dazu können ein Ausbau der betrieblichen Gesundheitspolitik sowie individuelle Präventionsanstrengungen beitragen.

Maßnahmen, wie beispielsweise die solidarische Lebensleistungsrente, die kurativ, also zum Zeitpunkt des Rentenbeginns, den Bezug der Grundsicherung im Alter verhindern, sind hingegen abzulehnen. Schließlich bekämpfen sie Altersarmut nicht wirklich, sie überdecken sie nur. Außerdem haben sie in der Regel Nebenwirkungen (vgl. Feld, Kallweit und Kohlmeier 2013): Bei einer sogar nur teilweisen Beitragsfinanzierung kommt es wieder zu einer Belastung der Beitragszahler, womit die Reformanstrengungen der letzten Jahre verwässert werden. Darüber hinaus ist eine Beitragsfinanzierung nicht sachgerecht. Die Armutsbekämpfung stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar und ist somit aus Steuermitteln zu finanzieren. Des Weiteren ist abzusehen, dass die heutige Einführung einer Leistung wie die der solidarischen Lebensleistungsrente eine Rentnergeneration begünstigt, der es wohl so gut geht wie keiner vor ihr, während sie gleichzeitig die heutigen Beitragszahler zusätzlich belastet. Außerdem gibt es mit der Grundsicherung im Alter ein System, das existenzielle Armut im Alter korrigiert und sachgerecht aus Steuermitteln finanziert wird.

Für die Sicherung der finanziellen Stabilität der GRV ist es notwendig, die bisherigen Reformen wirken zu lassen und nicht mit diskretionären Politikmaßnahmen und immer neuen Leistungen wie der Mütterrente, der Rente mit 63 Jahren (für langjährig Versicherte) oder der geplanten solidarischen Lebensleistungsrente den Ausgabendruck zu erhöhen. Ohnehin bedarf es weiterer Reformanstrengungen, die die finanzielle Stabilität der GRV über das Jahr 2029 hinaus sichern. Hier bietet sich eine weitere Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an. Wie Berechnungen zur Tragfähigkeit zeigen, gingen von dieser Maßnahme vergleichsweise positive Effekte aus (vgl. SVR 2014). Da von einem weiteren Anstieg der (ferneren) Lebenserwartung ausgegangen werden kann, die mit einer Zunahme der bei guter Gesundheit verbrachten Jahre verbunden sein wird, wäre eine solche Anpassung angemessen.

Es ist vorteilhaft, den weiteren Anstieg des Renteneintrittsalters an die Entwicklung der (ferneren) Lebenserwartung zu koppeln. Damit wäre sichergestellt, dass die Anpassung des Renteneintrittsalters wirklich nur bei einem Anstieg der Le-

benserwartung umgesetzt wird. Gleichzeitig würde auf diese Weise ein sich selbst stabilisierendes Rentensystem geschaffen – jedenfalls dann, wenn diskretionäre Eingriffe von Seiten des Gesetzgebers unterbleiben. Zudem sollte bei einer weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters über flexiblere Renteneintrittsmöglichkeiten und mögliche weitere Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente nachgedacht werden.

Ebenso gibt es weiteren Handlungsbedarf im Bereich der zweiten und dritten Säule. Verfehlt wäre es jedoch, die Riester-Rente als komplett »gescheitert« zu bezeichnen. Dem wohl größten Mangel der Riester-Rente – ihrer Intransparenz, die den Wettbewerb zwischen den Anbietern einschränkt – kann abgeholfen werden. Einen Beitrag dazu werden die ab dem 1. Januar 2017 von den Anbietern zertifizierter Altersvorsorgeprodukte vorzuhaltenden Produktinformationsblätter leisten.

Mit etwa 40% aller Haushalte und immerhin gut einem Viertel der Haushalte im untersten Einkommensfünftel ist der Abdeckungsgrad der Riester-Rente weit höher, als bei einem als gescheitert bezeichneten Projekt zu erwarten wäre (vgl. Coppola und Gasche 2011). Dennoch besteht Handlungsbedarf. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass es verschiedene Formen der privaten Altersvorsorge gibt (z.B. bAV, Lebensversicherungen, Immobilien) und nicht zwingend jeder Haushalt jedes Produkt haben muss. Soll der Abdeckungsgrad der Riester-Rente – insbesondere bei Niedrigeinkommensbeziehern – erhöht werden und soll es bei der bisherigen Ausgestaltung für den Abschluss eines zertifizierten Altersvorsorgevertrags und der damit verbundenen Eigeninitiative bleiben, bleibt nur die Möglichkeit, intensiver über die Notwendigkeit einer zusätzlichen Altersvorsorge und über die damit verbundene staatliche Förderung zu informieren.

Im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge gilt im Grunde dasselbe. Der Abdeckungsgrad liegt bei weitem nicht bei 100%, sondern bei etwa 50% (vgl. BMAS 2012). Dies ist wie beschrieben auch nicht zwingend notwendig. Insbesondere Beschäftigte in Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern haben aber besonders selten die Möglichkeit, betrieblich für das Alter vorzusorgen. Es gibt also Verbesserungsbedarf. Hier ließe sich eine bessere staatliche Riester-Förderung in der bAV vorstellen. Möglich wäre zudem eine Zuschusspflicht des Arbeitgebers bei der Entgeltumwandlung, die in Verbindung mit einem bAV-Abzugsbetrag für kleine Unternehmen erträglich ausgestaltet werden könnte (vgl. Kiesewetter et al. 2016).

Mit Blick auf die Notwendigkeit der privaten zusätzlichen Altersvorsorge, insbesondere um Altersarmut zu vermeiden, ist ein Überdenken der Anrechnungsregelungen beim Bezug der Grundsicherung im Alter erforderlich. Aktuell wird das

gesamte Einkommen aus einer privaten zusätzlichen Altersvorsorge auf die Grundsicherungsleistung angerechnet. Das hat zur Folge, dass Personen, die im Rentenalter einen Anspruch auf die Grundsicherung erwarten, während der Erwerbsphase erst gar nicht privat vorsorgen. Diesem sogenannten Trittbrettfahrerverhalten kann entgegen gewirkt werden, indem diese Renteneinkommen (zumindest teilweise) nicht auf die Grundsicherungsleistung angerechnet werden.

Eine Ausweitung des Versichertenkreises der GRV auf alle Selbständigen ist hingegen nicht sinnvoll. Dies dürfte eher zu einer Belastung für die GRV führen, in berufsständischen Systemen versicherte Selbständige könnten jedenfalls nicht miteinbezogen werden. Um das Trittbrettfahrerverhalten von (Solo-)Selbständigen zu vermeiden, sollte vielmehr eine Versicherungspflicht für Selbständige erwogen werden. Diese müssten dann lediglich ihre Altersvorsorge nachweisen, um von der Pflichtversicherung in der GRV befreit zu werden, so wie es derzeit schon von Ärzten oder Anwälten verlangt wird.

## Literatur

Börsch-Supan, A., T. Bucher-Koenen und J. Rausch (2016), »Altersarmut – Denkfehler, WDR Berechnungen der zukünftigen Altersarmut inkorrekt«, verfügbar unter: [http://www.mea.mpisoc.mpg.de/index.php?id=216&no\\_cache=1&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=334&cHash=920a5368a36345000f25fbbede0adbc4](http://www.mea.mpisoc.mpg.de/index.php?id=216&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=334&cHash=920a5368a36345000f25fbbede0adbc4), aufgerufen am 9. Juni 2016.

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2012), *Situation und Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst (BAV 2011) Endbericht*, Berlin.

Coppola, M. und M. Gasche (2011), »Die Riester-Förderung – Mangelnde Information als Verbreitungshemmnis«, *Wirtschaftsdienst* 91(11), 792–799.

Feld, L.P., M. Kallweit und A. Kohlmeier (2013), »Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut: Makroökonomische Folgen und Verteilungseffekte«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 14(3-4), 279–304.

Kallweit, M. und A. Kohlmeier (2014), »Das Rentenpaket der Bundesregierung – Politökonomisch geschickt – ökonomisch falsch«, Arbeitspapier 02/2014, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden, verfügbar unter: [http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/publikationen/arbeitspapier\\_02\\_2014.pdf](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/publikationen/arbeitspapier_02_2014.pdf), erscheint in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*.

Kiesewetter, D., M. Grom, M. Menzel und D. Tschinkl (2016), *Optimierungsmöglichkeiten bei den Förderregelungen der betrieblichen Altersvorsorge*, Gutachten im Auftrag des BMF, Würzburg University Press, Würzburg.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2009), *Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen*, Jahresgutachten 2009/10, Wiesbaden.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011), *Verantwortung für Europa wahrnehmen*, Jahresgutachten 2011/12, Wiesbaden.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2012), *Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland*, Jahresgutachten 2012/13, Wiesbaden.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2013), *Gegen eine rückwärtsgerandete Wirtschaftspolitik*, Jahresgutachten 2013/14, Wiesbaden.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014), *Mehr Vertrauen in Marktprozesse*, Jahresgutachten 2014/15, Wiesbaden.

Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi (2012), *Altersarmut*, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin.





Peter Hanau\*

## Herausforderungen und Aussichten der betrieblichen Altersversorgung

### Herausforderungen

Die betriebliche Altersversorgung steht vor zwei großen Herausforderungen. Seit 2001 soll sie im Verein mit privater Vorsorge den wegen des demographischen Schwundes eingeleiteten Rückbau der gesetzlichen Altersrente ausgleichen. Über dies muss sie jetzt mit der Verminderung oder dem Wegfall von Zinsen für die Kapitaldeckung von Versorgungszusagen fertig werden.

### Ungenügende Rechtsgrundlagen

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen reichen die hinter der internationalen Entwicklung zurückgebliebenen Rechtsgrundlagen nicht aus. Der Übergang von einer die gesetzliche Altersrente nur ergänzenden zu einer sie partiell ersetzenden Rolle der betrieblichen Altersversorgung ist nicht gelungen. Nach Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) liegt der Anteil der Beschäftigten mit einer betrieblichen Altersversorgung schätzungsweise bei rund 60%. Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 25 bis unter 65 haben mehr als 70% entweder eine betriebliche Altersversorgung, eine Riester-Rente oder beides. Rund 42% der Geringverdiener, das sind knapp 1,8 Mio. der gut 4,2 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einem Bruttolohn von weniger als 1 500,00 Euro pro Monat, haben weder eine betriebliche Altersversorgung noch einen Riester-Vertrag.

Die negative Zinsentwicklung ist nicht nur ein weiteres Hindernis für Neuzugänge, sondern lässt auch bereits bestehende Verpflichtungen drückender und Abbaumöglichkeiten attraktiver erscheinen. Nach einer Daumenregel des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft hat das Sinken des Zinses um einen Prozentpunkt für die gesam-

\* Prof. Dr. Dres. h.c. Peter Hanau ist Emeritus am Institut für Deutsches und Europäisches Arbeits- und Sozialrecht der Universität zu Köln.

te Sparphase von 30 Jahren zur Folge, dass das Vorsorgevermögen um rund 15% sinkt, der erforderliche Vorsorgebetrag um fast 20% steigt und die Pensionsrückstellungen der Unternehmen um 15 bis 20% erhöht werden müssen.

Ungenügend sind sowohl die arbeitsrechtliche Ausgestaltung als auch die öffentlich-rechtliche, insbesondere sozial- und förderungsrechtliche, Begleitung der betrieblichen Altersversorgung. Darüber besteht in Politik und Rechtswissenschaft weitgehende Einigkeit. Hemmend für ihren Ausbau ist auch ein verbreitetes Informationsdefizit, doch kann eine Verbesserung insoweit wenig bewirken, solange der Gegenstand der Information unbefriedigend bleibt.<sup>1</sup>

### Fehlende Anerkennung reiner Beitragszusagen

Bekanntlich ist die internationale Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung gekennzeichnet durch den zunehmenden Übergang von Leistungs- (defined benefit) zu Beitragszusagen (defined contribution). Dies befreit nicht nur von Haftungsrisiken, sondern auch von vielen Begrenzungen der Kapitalanlage und finanziellen Verpflichtungen, die zu Absicherung von Leistungszusagen erforderlich sind. Unserem Betriebsrentengesetz ist das nicht entgangen, doch hat es nur halbherzig reagiert, da es auch bei Beitragszusagen eine Mindestleistungsgarantie der Arbeitgeber in Höhe der eingezahlten Beiträge verlangt, sogar bei der Entgeltumwandlung, subsidiär auch bei der Einschaltung externer Versorgungsträger. Diese Zusagen sind deshalb als Gazelle mit Klumpfuß bezeichnet worden. Reine Beitragszusagen ohne Mindestgarantie sind zwar zulässig, gelten aber nicht als betriebliche Altersversorgung und sind deshalb unattraktiv.

### Beitragsverlust bei der Entgeltumwandlung in betriebliche Altersversorgung

Die Entgeltumwandlung gem. § 1a Betriebsrentengesetz wird in der Praxis nur als Bruttoumwandlung vorgenommen, sodass der Arbeitgeber seine durch die Umwandlung ersparten Beiträge zur Sozialversicherung nicht in die betriebliche Altersversorgung einbringen muss. Freilich sehen zahlreiche Tarifverträge eine solche Einbringung vor, meist aber

<sup>1</sup> Ausführliche Unterrichtung über die Hemmnisse für eine weitere Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung findet sich in einer dem BMAS erstatteten Machbarkeitsstudie für eine empirische Analyse von Hemmnissen für die Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung in KMU, 2014, und einem dem Bundesfinanzministerium von Prof. Dr. Kiesewetter und anderen erstatteten Gutachten über die Optimierungsmöglichkeiten bei den bestehenden steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Förderungsregelungen der betrieblichen Altersversorgung. Beides ist auf den Internetseiten der jeweiligen Ministerien zugänglich. Dazu Prof. Kiesewetter auch in diesem Heft.

nicht in voller Höhe und teilweise wohl auch für Konzessionen der anderen Tarifparteien.

### **Keine klare Rechtsgrundlage für ein Optionssystem zur Entgeltumwandlung**

Im Ausland vordringend sind sog. Opt-out- oder Auto-Enrolment-Systeme, die unter bestimmten Voraussetzungen zu einer Umwandlung von Arbeitsentgelt in Leistungen für die betriebliche Altersversorgung führen, wenn der Arbeitnehmer nicht widerspricht. Sie sind in Deutschland nicht verboten, aber ohne klare Rechtsgrundlage, so dass sie selten praktiziert werden und nicht einmal eine deutsche Bezeichnung haben; naheliegend ist ein Optionssystem. So bleibt die Entgeltumwandlung bei uns hinter ihren nach ausländischen Erfahrungen beträchtlichen Möglichkeiten zurück.

### **Praktisch keine Riester-Förderung für die betriebliche Altersversorgung**

Soweit ein Arbeitnehmer einen Anspruch auf Entgeltumwandlung für betriebliche Altersversorgung hat, kann er nach § 1a Abs. 3 BetriebsrentenG verlangen, dass die Voraussetzungen für eine Förderung nach §§ 10a, 82 Abs. 2 EStG (sog. Riester-Förderung) erfüllt werden, wenn die betriebliche Altersversorgung durch einen Pensionsfonds, eine Pensionskasse oder eine Direktversicherung durchgeführt wird. Dies setzt eine Nettoumwandlung voraus, so dass die Sozialversicherungsbeiträge nicht entfallen. Trotzdem sind für die Versorgungsbezüge nach § 250 SGB V von dem Arbeitnehmer allein die vollen Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung zu entrichten. Dies hat die Riester-Förderung in die individuelle Privatversorgung abgedrängt, deren vielfach beklagte Kosten in der betrieblichen Altersversorgung geringer wären.

Die Belastung von Versorgungsbezügen mit dem vollen Beitragssatz zur Kranken- und Pflegeversicherung gilt ganz allgemein als wichtiges Hemmnis für die betriebliche Altersversorgung. Bei der Riester-Förderung in der betrieblichen Altersversorgung fällt sie besonders ins Gewicht.

### **Anrechnung der Versorgungsbezüge auf die Grundsicherung**

Nach §§ 41 Abs. 1, 82 SGB XII sind Versorgungsbezüge wie alle anderen Einnahmen auf die Grundsicherung im Alter anzurechnen. Es ist naheliegend und vielfach bestätigt, dass die betriebliche Altersversorgung dadurch für Geringverdiener unattraktiv wird.

Damit dürften die wichtigsten Hemmungen der betrieblichen Altersversorgung aufgezählt sein. Weitere Einzelheiten können den in Fußnote 1 nachgewiesenen Gutachten entnommen werden.

### **Verbesserungsmöglichkeiten**

Nach alledem liegen die Verbesserungsmöglichkeiten, die Wege zu einer Entthemmung der betrieblichen Altersversorgung, auf der Hand: Die hemmenden Regelungen sind zu beseitigen. Das erfordert freilich eine Abwägung mit den Interessen, die zu diesen Regelungen geführt haben. Der Stand dieses Abwägungsprozesses ergibt sich aus Folgendem.

### **Sozialpartnermodell für die reine Beitragszusage**

Das Konzept einer reinen Beitragszusage ist 2014 vom BMAS aufgegriffen und in ein »Sozialpartnermodell« der betrieblichen Altersversorgung eingefügt worden. Zur näheren Ausgestaltung und weiteren Entwicklung sind Rechtsanwalt Dr. Arteaga und der Verfasser vom Ministerium mit einem Rechtsgutachten beauftragt worden, dem alle Einzelheiten zu entnehmen sind.<sup>2</sup> Zurzeit wird im Ministerium ein Referentenentwurf vorbereitet.

Das Konzept des Ministeriums enthält zwei einschränkende Voraussetzungen der reinen Beitragszusage: zulässig nur aufgrund eines Tarifvertrages, der auch eine Mitsteuerung durch die Tarifparteien vorzusehen hat, und nur bei einer Mindestgarantie des Versorgungsträgers (Pensionskasse, Pensionsfonds, Direktversicherung) in Höhe der gezahlten Beiträge. Der Klumpfuß soll also nicht verschwinden, sondern von den Arbeitgebern auf die Versorgungsträger verlagert werden. Auch die subsidiäre Einstandspflicht des Pensionssicherungsvereins (PSV) soll bleiben, allerdings nicht mehr ausgelöst durch Insolvenz des Arbeitgebers, sondern durch Minderleistung des Versorgungsträgers. Dafür dürfte ein gesonderter Abrechnungsverband im Rahmen des PSV erforderlich sein. An die Stelle des PSV könnte bei Lebensversicherungen die Sicherungseinrichtung Protektor treten. Dieses Modell soll nicht in bestehende Versorgungszusagen eingreifen, sondern nur einen zusätzlichen Versorgungsweg eröffnen. Allerdings stellt sich die Frage, ob bestehende Zusagen in das neue Modell überführt werden können, insbesondere mit zukünftiger Wirkung. In unserem dem BMAS erstatteten Gutachten wird auch dies erörtert.

### **Vorteile tariflicher Regelungen**

Für die Beschränkung der reinen Beitragszusage auf tarifvertragliche Regelungen gibt es gute Gründe. Besser als

<sup>2</sup> Zugänglich auf der Internetseite des BMAS.

Betriebsvereinbarungen und Arbeitsverträge sind Tarifverträge zu überbetrieblichen, sogar branchenweiten und viele Arbeitnehmer erfassenden Regelungen in der Lage. Nicht organisierte Arbeitgeber und Arbeitnehmer können durch freiwilligen Beitritt, im Einvernehmen mit den Tarifparteien und dem Tarifausschuss nach § 5 TVG auch durch Allgemeinverbindlicherklärung erfasst werden. Andererseits können Tarifverträge so flexibel sein, dass sie die Besonderheiten einzelner Unternehmen, Betriebe und Arbeitnehmergruppen berücksichtigen, insbesondere durch Einschaltung der Betriebsparteien. Mit den Tarifparteien erhalten die Versorgungsträger kompetente und gleichgewichtige Vertragspartner. Kollektivierung und Standardisierung der betrieblichen Altersversorgung erleichtern nicht nur die Einbeziehung bisher ausgeschlossener Arbeitnehmer, sondern dienen auch zur Verminderung von Abschluss- und Verwaltungskosten.

Das zweite Element des Sozialpartnermodells des BMAS, die Beibehaltung einer Mindestleistungsgarantie in Höhe der eingezahlten Beiträge, ist durch den Verfall des Zinsniveaus problematisch geworden, ebenso wie die traditionellen Garantien der Lebensversicherer. Die Verlagerung der Garantie von den Arbeitgebern auf die von ihnen zu finanzierenden Versorgungsträger ändert daran nichts Entscheidendes. Der Verfall der Zinsen ist aber auch eine Chance für die betriebliche Altersversorgung, da er die Mängel der hergebrachten Garantien von Versorgungsleistungen aufdeckt. Freilich ist ein völliger Verzicht auf Sicherheit den Arbeitnehmern nicht zumutbar. Für die betriebliche Altersversorgung wird deshalb wie generell für die Lebensversicherung an Konzepten einer Risikoteilung nach englischem und niederländischem Vorbild gearbeitet.<sup>3</sup> Im Rahmen eines auf Tarifverträge gestützten Versorgungskonzepts kann man es diesen überlassen, die vorgesehenen Zusagen im Einzelnen auszugestalten; allerdings dürfte sich die Ausarbeitung von Mustern empfehlen.

### Obligatorische Arbeitgeberbeiträge

Der Beitragsverlust bei der Bruttoentgeltumwandlung ist nur gerechtfertigt, soweit er die mit der Umwandlung verbundenen Kosten der Arbeitgeber deckt. Das Fußnote 1 nachgewiesene Optimierungsgutachten schlägt deshalb vor, die Arbeitgeber bei Neuzusagen der Entgeltumwandlung zu einem pauschalierten Zuschuss von 18% zu verpflichten. Eine in dem Fußnote 2 nachgewiesenen Gutachten entwickelte Alternative liegt darin, die Tarifparteien zur Regelung des Arbeitgeberzuschusses zu verpflichten. Die Abgrenzung der Neuzusagen kann allerdings problematisch werden, wenn bestehende Entgeltumwandlungen beendet werden, um bei Neuabschluss zuschussfähig zu werden.

<sup>3</sup> Einzelheiten bei Goecke/John, CDC-Pläne und Auto Enrolment als Chance zur Überwindung der Stagnation der betrieblichen Altersversorgung?; Betriebliche Altersversorgung 2015, 640, und in dem Fn. 2 nachgewiesenen Rechtsgutachten.

### Gesetzliche und tarifvertragliche Rechtsgrundlage für ein Optionssystem zur Entgeltumwandlung

Eine klare Rechtsgrundlage für ein Optionssystem zur Entgeltumwandlung setzt eine gesetzliche Rahmenregelung voraus, die vor allem die erforderliche Information der Arbeitnehmer festlegen muss. Ergänzend empfiehlt es sich nicht nur bei der reinen Beitragszusage, eine tarifvertragliche Rechtsgrundlage zu verlangen, da das Optionssystem zwar nicht gegen, aber ohne den Willen der Arbeitnehmer in ihre Entgeltansprüche eingreift. Dies erfordert einen besonderen Schutz, wie er durch Tarifverträge gewährleistet werden kann.

### Staatliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung

Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung, insbesondere im Bereich der Geringverdiener, eine staatliche Förderung erforderlich ist. Im Einzelnen sind hier viele Varianten denkbar, von der Riester-Förderung bei Bruttoentgeltumwandlung bis zu Steuervorteilen für die Arbeitgeber.<sup>4</sup> Schwierigkeiten bereitet auch hier die Frage der Neuzusagen. Wird die Förderung auf sie begrenzt, werden das diejenigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber als ungerecht empfinden, die auch ohne diese Förderung dem staatlichen Aufruf zur betrieblichen Altersversorgung gefolgt sind. Zudem würde es dann auch in diesem Zusammenhang eine Flucht aus Alt- in Neuzusagen geben. Die Einbeziehung von Altzusagen wäre freilich teuer und würde möglicherweise einen geringeren Anreiz für Neuzusagen geben.

### Keine Anrechnung der Versorgungsbezüge auf die Grundsicherung?

Da die nach allgemeinen Grundsätzen gebotene Anrechnung der Versorgungsbezüge auf die Grundsicherung für die betriebliche Altersversorgung von Geringverdienern ein Nullsummenspiel ist, liegt es nahe, eine Ausnahme zu fordern. Dies wirft aber die Frage auf, ob dann nicht auch andere Einkommensarten ausgenommen werden müssten. Deshalb kann die Frage der Anrechnung nur in einem größeren Zusammenhang beantwortet werden. Für die Nichtanrechnung spricht immerhin, dass sie für den Sozialfiskus nicht belastend ist, soweit Geringverdiener erfahrungsgemäß bei Anrechnung auf die betriebliche Altersversorgung verzichten, sei es durch Verzicht auf eine Entgeltumwandlung oder die Bitte an den Arbeitgeber, statt Versorgungs- Entgeltzusagen zu erteilen.

<sup>4</sup> Einzelheiten in dem in Fn. 1 nachgewiesenen Optimierungsgutachten.

### Aussichten

Nach Zahlen des BMAS sind die aktiven Anwartschaften auf eine betriebliche Altersversorgung seit den Reformen im Jahr 2001 von 14,6 auf 20,1 Mio. bis Ende 2013 gestiegen. Diese Zunahme ist allerdings weitgehend bis 2005 erfolgt und hat in den letzten Jahren deutlich an Dynamik verloren. Seit 2005 ging der Anstieg in etwa mit der wachsenden Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter einher. Die Frage ist deshalb, ob es durch die vorstehenden diskutierten Verbesserungen zu neuer Dynamik der betrieblichen Altersversorgung kommen kann, wie sie zum Ausgleich des absinkenden Niveaus der gesetzlichen Rente erforderlich ist. Die Hauptverantwortung liegt bei dem Gesetzgeber. Aber auch die Tarifparteien können eine wichtige Rolle spielen, insbesondere wenn sie sich für das ihnen zugeordnete Sozialpartnermodell erwärmen. Den Arbeitgebern dürfte die in diesem Modell vorgesehene besondere Rolle des Tarifvertrages, insbesondere die Allgemeinverbindlicherklärung, nicht attraktiv erscheinen, während eine reine Beitragszusage, insbesondere eine Möglichkeit, von bisherigen Leistungszusagen unter bestimmten Bedingungen zu ihr überzugehen, attraktiv sein könnte. Bei den Gewerkschaften dürfte es umgekehrt liegen. Der Tarifvertrag ist ihr ureigenes Gestaltungsmittel, doch könnte seine Nutzung zur Einschränkung formaler Garantien für sie abschreckend sein, selbst wenn die Aussicht besteht, dass der Verzicht auf Garantien für die Arbeitnehmer am Ende wegen verbesserter Möglichkeit zur Kapitalanlage und geringerer Abschreckung der Arbeitgeber am Ende für die Arbeitnehmer günstiger sein könnte. Jedenfalls wird der Gesetzgeber vorangehen müssen.

### Obligatorium?

Auf die Meinungen und Wünsche von Tarifparteien, Arbeitgebern und Arbeitnehmern käme es nicht an, wenn ein gesetzliches Obligatorium betrieblicher Altersversorgung eingeführt würde. Das würde freilich deren Charakter grundsätzlich verändern, da ein gesetzliches Obligatorium die Höhe von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen generell festlegen müsste.

### Die betriebliche Altersversorgung am Scheidewege

Nach alledem ist klar, dass die betriebliche Altersversorgung an einem Scheideweg steht. Kommt es zu einer wirksamen Enthemmung, kann sie zu einer tragenden Säule der Alterssicherung werden. Kommt es nicht dazu, wird sie in ihrer traditionellen Rolle einer bloßen Zulage zur gesetzlichen Rente bleiben, deren Absenkung dann rückgängig gemacht werden müsste. Würden für die Renaissance der gesetzlichen Alterssicherung zunehmend Steuermittel verwandt,

auch um nicht nur die Jungen an der Finanzierung der Renten zu beteiligen, würde sich das der Grundkonzeption Bismarcks annähern, die ja eine Finanzierung der Sozialversicherung aus Steuermitteln vorsah. Vorwärts zu einer umfassend reformierten betrieblichen Altersversorgung oder zurück zu Bismarck ist die Alternative.

Ein gesetzliches Obligatorium würde dagegen die betriebliche Altersversorgung in ihrer jetzigen Gestalt beseitigen und zu einer kapitalgedeckten Sozialversicherung in privatrechtlicher Form führen. Der aus der hessischen Landesregierung vorgelegte Plan einer sog. Deutschlandrente zielt in diese Richtung, obwohl er sich einstweilen mit dem schwächeren Antrieb eines Optionssystems begnügt.

Die Auswahl des Weges liegt in der Hand des Gesetzgebers und der Tarifparteien.



Dirk Kieseewetter\*

## Überbetriebliche Altersvorsorge als letzte Chance für eine marktwirtschaftliche Lösung

### Die Rentenreform 2001 ...

Mit der Rentenreform des Jahres 2001 wurden die Weichen für eine Neuverteilung der Leistungen und Lasten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) zugunsten der jüngeren Generation neu gestellt. Dies geschah möglicherweise zum letztmöglichen Zeitpunkt, wie die in diesem Jahr erfolgte teilweise Rücknahme dieser Reform mit der Mütterrente und der Altersrente für langjährig Versicherte durch die aktuelle große Koalition zeigt. Im Ergebnis wird ein Absinken des Versorgungsniveaus aus der GRV auf durchschnittlich 40% des Nettoarbeitslohns erwartet. Den Ausgleich für wegfallende Ansprüche sollten die Bürger nach den Vorstellungen der Politik eigenverantwortlich durch kapitalgedeckte Vorsorge schaffen. Hierzu wurden im Jahr 2001 neue institutionelle und finanzielle Anreize geschaffen. Für individuelle Vorsorge von Arbeitnehmern wurde die sogenannte Riester-Förderung eingeführt, die Geringverdiener und Kinderreiche gezielt mit Zulagen fördert. Für alle anderen Arbeitnehmer und für Selbständige ermöglicht die nachgelagerte Besteuerung zumindest einen steuerfreien Aufbau von Vorsorgevermögen. Richtigerweise wurde beides an die Bedingungen rentenförmiger Auszahlungen geknüpft.

### ... und ihre Folgen

Was wissen wir über den Erfolg dieses Maßnahmenpakets? Die Zahl der abgeschlossenen Riester- und Rürup-Verträge ist beachtlich, das darin kumulierte Vermögen weniger. Es steht zu befürchten, dass insbesondere Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen die Möglichkeit zum steuerfreien Vermögensaufbau nutzen, dass aber gerade von Altersarmut Bedrohte nicht oder nur unzureichend vorsorgen.

\* Prof. Dr. Dirk Kieseewetter ist Inhaber des Lehrstuhls für BWL und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Universität Würzburg.

Im Bereich der betrieblichen Altersversorgung (bAV) sieht es kaum besser aus. Die Angestellten des öffentlichen Dienstes sind flächendeckend abgesichert. In der Privatwirtschaft verfügen aber vor allem Arbeitnehmer großer und mittelgroßer Unternehmen über Anwartschaften auf Betriebsrenten, die entweder vom Arbeitgeber finanziert sind oder aufgrund tarifvertraglicher Regelungen aufgebaut werden. Darüber hinaus können die Arbeitnehmer regelmäßig zusätzlich durch sog. Entgeltumwandlung Ansprüche erwerben. Die unternehmensinternen Systeme sind häufig renditestark, da sie effizient verwaltet werden und keine Vertriebsprovisionen anfallen. Die Ansprüche der Arbeitnehmer sind außerdem über den Pensionssicherungsverein gegen Ausfall abgesichert, wenn das Trägerunternehmen in Schieflage gerät.

Weniger gut ist es um die kleinen und kleineren mittleren Unternehmen und deren Beschäftigte bestellt. Wenn überhaupt, wird hier bAV nur in Form versicherungsförmiger Lösungen praktiziert, als sog. Direktversicherungen oder über von Versicherungsunternehmen verwaltete Versorgungswerke. Dies impliziert in der Regel höhere Kosten, insbesondere deshalb weil die Beratung der Arbeitnehmer über Versicherungsvertriebe organisiert wird. Bei Reduktion der Arbeitszeit, bei längerer Beitragsfreistellung bedingt durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Kindererziehungszeiten drohen Vermögensschäden für den Arbeitnehmer. Vorab entrichtete Vertriebsprovisionen werden nicht zurück erstattet, wenn die Prämien nicht im vereinbarten Umfang bezahlt werden. Lediglich für den Fall des Wechsels des Arbeitgebers regelt ein Abkommen, das die meisten Versicherungsunternehmen unterschrieben haben, dass bereits aufgebaute Ansprüche aus einer Direktversicherung provisionsfrei auf einen neuen Anbieter übertragen werden können. Allerdings gilt dies nur dann, wenn der Vertrag binnen Jahresfrist reaktiviert wird.

In Summe verfügen ca. 50% der privatwirtschaftlich Beschäftigten über eine irgendwie geartete Anwartschaft auf eine Leistung der bAV. Ob diese Anwartschaften in allen Fällen, v.a. bei Geringverdienern ausreichen, um die Versorgungslücke zu schließen, darf allerdings bezweifelt werden.

### Überbetriebliche Altersvorsorge als weitere Form der bAV

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Regierungskoalition, die bAV im Bereich der KMU sowie der Geringverdiener zu stärken. Momentan scheint es denkbar, dass ein Reformpaket verabschiedet wird, das ein neuartiges Vehikel für »überbetriebliche Altersvorsorge« sowie finanzielle Anreize für den Einstieg in die bAV für Geringverdiener umfasst. Zur Entwicklung von Reformoptionen wurden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und vom Bun-



desfinanzministerium jeweils Gutachten in Auftrag gegeben, die zwischenzeitlich der Öffentlichkeit vorliegen (vgl. Kieseewetter et al. 2016; Hanau und Arteaga 2016). Noch gibt es keine schriftlichen Eckpunkte, die erkennen lassen, wie genau ein Gesetzentwurf aussehen könnte. Klar ist aber, dass die politische Diskussion entlang dieser Gutachten erfolgt und dass der Gesetzgeber wie bisher v.a. auf Anreize setzt und darauf, dass diese von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Anlass genommen werden, mehr Mittel in eine kapitalgedeckte, kollektive Zusatzversorgung zu lenken.

Insbesondere hofft man darauf, dass die Sozialpartner, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände das Angebot ergreifen und künftig überbetriebliche Einrichtungen gemeinsam verantworten. Diese Einrichtungen müssten, um die Vorteile kollektiver Vorsorgesysteme entfalten zu können und um ohne teuren Versicherungsvertrieb auszukommen, standardisierte Vorsorgeformen anbieten, die ohne erhöhten Beratungsbedarf verständlich und attraktiv erscheinen. Für einen hohen Verbreitungsgrad wäre es weiterhin förderlich, wenn für den Arbeitgeber die gesetzliche Möglichkeit bestünde, alle Arbeitnehmer zu berücksichtigen, die nicht innerhalb vorgegebener Fristen widersprechen. Derartige Opting-Out-Modelle existieren beispielsweise in Großbritannien und Italien und führen regelmäßig zu höheren Partizipationsraten unter den Beschäftigten.

Es wäre politisch unklug, bestehende Formen der bAV im Zuge einer solchen Reform rechtlich zu benachteiligen und damit zu beschädigen. Man darf deshalb annehmen, dass bestehende betriebsinternen Systeme hierdurch nicht ausgehöhlt werden, sofern sie tatsächlich flexibler und renditestärker und damit auch für das Trägerunternehmen attraktiver sind als die neuen Einrichtungen. Unvermeidlich und ökonomisch sinnvoll ist aber, dass zugleich eine Reihe von Stakeholdern verlieren würde, die von der Kleinteiligkeit der bAV in ihrer heutigen Form profitieren.

Jede Lösung, die auf freiwillige Eigenvorsorge der Bürger setzt, muss zugleich sicherstellen, dass die gesetzten Anreize ihre Wirkung auch entfalten können. Derzeit ist es für Personen, die damit rechnen im Alter in die Grundsicherung zu fallen, nicht rational freiwillig vorzusorgen, da Ansprüche aus individuell oder betrieblich aufgebauten Rentenleistungen auf die Grundsicherung angerechnet werden. Hier wäre ein Freibetrag oder eine nur quotale Anrechnung erforderlich, um den Negativanreiz zu beseitigen. Außerdem sollten die Selbständigen in dieser Diskussion nicht vergessen werden. Das Problem der Altersarmut stellt sich hier in verschärfter Form, da Selbständige nur durch Eigeninitiative Altersvorsorge betreiben. Deshalb sollte dieser Personenkreis von neu entstehenden Angeboten nicht ausgeschlossen und hier ggf. sogar über Pflichtbeiträge nachgedacht werden.

## Die Alternativen

Um zu klären, ob diese Überlegungen in die richtige Richtung weisen, ist es hilfreich, sich klarzumachen, welche anderen Politikoptionen bestehen.

Ein denkbare Szenario besteht darin, dass die Politik den Weg des geringsten Widerstandes wählt, auf systemändernde Reformen verzichtet und es bei Einführung eines finanziellen Anreizes für mehr bAV belässt. Dies dürfte vorhersehbar ein Strohfeuer vergleichbar dem bei Einführung der Riester-Förderung auslösen. Vermutlich würden eine Vielzahl neuer Direktversicherungen abgeschlossen, eventuell auch Zusagen in anderen Durchführungswegen begründet oder aufgestockt. Hiervon würde ein Großteil dann aufgrund der hier diskutierten Probleme nicht wie geplant bedient. Die bAV wäre in ihrem Ruf schwer geschädigt, und die Versicherungswirtschaft stünde ein weiteres Mal am Pranger, so wie derzeit mit der in vielen Augen gescheiterten individuellen Riester-Vorsorge.

Das derzeit diskutierte Modell könnte auch daran scheitern, dass die Sozialpartner die Verantwortung scheuen, die die Verwaltung oder zumindest Beaufsichtigung überbetrieblicher Einrichtungen der bAV mit sich bringt. Bei Gewerkschaften genauso wie bei Arbeitgeberverbänden könnten die Vertreter großer Unternehmen bremsend wirken, da für sie nichts zu gewinnen ist. Damit würde aber eine Chance vertan, sich in einem Bereich zu engagieren, den man zum originären Aufgabenbereich der Sozialpartner zählen kann, wenn man die bAV zur Lohnpolitik in einem weiten Sinne rechnet.

So bliebe letztlich nur noch eine staatlich organisierte Lösung, etwa in Form eines Staatsfonds, wie er derzeit unter dem Begriff »Deutschlandrente« propagiert wird. Man braucht großes Vertrauen in die langfristige Prinzipientreue und Standfestigkeit der Politik, um glauben zu können, dass diese Lösung effizienter ist als der Wettbewerb einer begrenzten Zahl überbetrieblicher Einrichtungen unter der Aufsicht verschiedener Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Zweifelt man an der Fähigkeit der Politik, ein kapitalgedecktes Vorsorgesystem langfristig aufzubauen und zu erhalten, so bleiben letzten Endes nur umlagefinanzierte Politikinstrumente übrig. Ein solches existiert bereits in Form der Grundsicherung. Fraglich ist nur, ob das damit verbundene Menschenbild mit der sozialen Marktwirtschaft vereinbar ist. Statt einen Rahmen zu schaffen, in dem mündige Bürger eigenverantwortlich Altersvorsorge betreiben können, wird der Durchschnittsverdiener zum potenziellen Empfänger staatlicher Almosen.

## Fazit

Die nächsten Monate werden zeigen, ob die angesprochenen Gruppeninteressen den Vorstoß der Regierungskoali-

on scheitern lassen oder ob es vor dem Eintritt in den Bundestagswahlkampf gelingt, die Weichen in der Rentenpolitik noch einmal neu zu stellen. Aus meiner Sicht könnte ein neuer, sechster Durchführungsweg der bAV in Form überbetrieblicher, vertriebskostenfreier Einrichtungen einen wichtigen Beitrag zum Aufbau kapitalgedeckter Zusatzversorgung für alle darstellen.

## Literatur

Hanau, P. und M. Arteaga (2016), *Rechtsgutachten zu dem »Sozialpartnermodell Betriebsrente« des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales*, verfügbar unter: [http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/2016/rechtsgutachten-sozialpartnermodell-betriebsrente.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/2016/rechtsgutachten-sozialpartnermodell-betriebsrente.pdf?__blob=publicationFile&v=1).

Kiesewetter, D., M. Grom, M. Menzel und D. Tschinkl (2016), *Optimierungsmöglichkeiten bei den bestehenden steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Förderregelungen der betrieblichen Altersversorgung*, Würzburg University Press, Würzburg.



Jochen Pimpertz\*

## Offene Fragen statt kurzfristigen Handlungsbedarfs

Mit den Reformen Anfang des vergangenen Jahrzehnts hat der Gesetzgeber auf die demographischen Herausforderungen reagiert, die in den nächsten Jahrzehnten auf die umlagefinanzierte Rentenversicherung zukommen. Ohne Gegensteuerung drohten zusätzliche Finanzierungserfordernisse, die aus der Alterung der geburtenstarken Jahrgänge sowie der steigenden Lebenserwartung resultieren, allein den jüngeren Beitragszahlern aufgebürdet zu werden. Mit der Deckelung der Beitragssatzentwicklung bis zum Jahr 2030, dem gleichzeitigen Absenken des gesetzlichen Versorgungsniveaus sowie dem Anheben der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre werden die Lasten auf Rentner und Beitragszahler verteilt.

Nach gut einem Jahrzehnt auf diesem rentenpolitischen Reformkurs wächst aktuell die Sorge, dass sich die Bürger nicht in ausreichendem Maß in der betrieblichen und der geförderten Privatvorsorge engagieren, um den Rückgang des gesetzlichen Sicherungsniveaus zu kompensieren. Deshalb, so die Befürchtung, seien künftige Rentner vermehrt von Altersarmut bedroht. Diskutiert werden deshalb Ansätze zur Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge sowie eine Rückkehr zu einer den Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente. Die These einer zunehmenden Armutsgefährdung im Alter wird dagegen kaum in Frage gestellt, obwohl systematische Überlegungen und empirische Indizien eher auf weiterführenden Forschungsbedarf hindeuten als auf kurzfristigen politischen Handlungsbedarf.

## Systematische Missverständnisse

Bereits der Versuch, von der Entwicklung des gesetzlichen Sicherungsniveaus (oder der Verbreitung einzelner privater Vorsorgeformen) auf die künftige Armutsgefährdung zu

\* Dr. Jochen Pimpertz ist Leiter des Kompetenzfelds Öffentliche Finanzen, Soziale Sicherung, Verteilung im Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

schließen, führt in die Irre. Zwar lässt sich argumentieren, dass das statistisch gemessene Armutsgefährdungsrisiko steigt, wenn alle anderen Einflussfaktoren unverändert bleiben. Der empirische Nachweis dieser Hypothese ist aber kaum möglich. Denn die Ceteris-paribus-Bedingung impliziert, dass die Individuen auf die veränderten Rahmenbedingungen weder im Rahmen ihrer Erwerbs- noch im Rahmen ihrer intertemporalen Konsumentscheidungen reagieren. Indizien wie die steigende Verbreitung betrieblicher Altersvorsorge im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts (vgl. BMAS 2015, S. 10), die wachsende Zahl an Riester-Verträgen (vgl. BMAS 2016) sowie die seit 2005 steigende Erwerbsbeteiligung sprechen gegen die modellhafte Argumentation.

Darüber hinaus erfordert eine Aussage über (künftige) Armutsgefährdungen die Einbeziehung des Haushaltskontextes. Denn das Risiko wird statistisch als Anteil der Personen gemessen, deren Nettoäquivalenzeinkommen unter 60% des Median liegen. Das Messkonzept berücksichtigt folglich alle Einkommensquellen sämtlicher im Haushalt lebender Personen und zudem die unterschiedlichen Bedarfsgewichte der einzelnen Haushaltsmitglieder. Damit haben auch Änderungen der Verteilung von Haushaltskonstellationen und Einkommenskomponenten in den Haushalten Einfluss auf die prognostizierte Entwicklung der Armutsgefährdung. Umso weniger plausibel erscheint es, allein aus dem Absinken des gesetzlichen Sicherungsniveaus auf ein höheres Armutsgefährdungsrisiko zu schließen.

Wie bedeutsam die theoretischen Einwände sind, lässt sich bereits anhand einfacher empirischer Indizien ermessen – insbesondere dann, wenn man dem Konzept der relativen Einkommensarmut die Inanspruchnahme von bedürftigkeitsgeprüften Grundsicherungsleistungen gegenüberstellt. Im Jahr 2014 lagen 48% der Zahlbeträge aller Versichertenrenten unter der Grenze von 750 Euro pro Monat (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2015a, S. 38 f.). Rechnet man die Rentnerbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung hinzu, dann entspricht dieser Zahlbetrag einer monatlichen Bruttorente von rund 835 Euro. Der Wert liegt in etwa auf dem Grundsicherungsniveau (einschließlich der Kosten für Wohnen) für den Haupteinkommensbezieher eines Haushalts (vgl. Pimpertz 2016, S. 9). Tatsächlich bezogen aber nur 2,5% der gesetzlichen Rentner Grundsicherung im Alter (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2015b, S. 275).

Welche Umstände diesen Befund hauptsächlich zu erklären vermögen, liegt auf der Hand: Im Haushalt können mehrere gesetzliche, aber auch ergänzende betriebliche und private Alterseinkünfte zusammenkommen. Die Vermögensverteilung ist ein weiterer Grund, warum ein niedriger Rentenanspruch nicht gleichzusetzen ist mit Bedürftigkeit im Alter (vgl. Demary und Pimpertz 2016, S. 2).

### Kritische und begünstigende Entwicklungen

Keineswegs soll mit dieser Argumentation Altersarmut bagatellisiert werden. Im Gegenteil gibt es gute Argumente, die auf eine steigende Armutsgefährdung für bestimmte Personengruppen deuten. Meist wird auf die wachsende Zahl von Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien hingewiesen. Insbesondere wenn die Anschlussfähigkeit an den regulären Arbeitsmarkt dauerhaft verloren geht, führt die fehlende Beitragszahlung bei Arbeitslosengeld-II-Beziehern zu entsprechenden Lücken im gesetzlichen System. Allerdings sind im Gegenzug seit 2005 rund 5,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zusätzlich entstanden, über die Teil- und Vollzeitbeschäftigte Anwartschaften in der Gesetzlichen Rentenversicherung bilden. Da diese Ansprüche armutspräventiv wirken, setzt eine Prognose der Armutsgefährdung im Alter Kenntnisse sowohl über die Verteilung neuer Anwartschaften als auch über die Verteilung von Erwerbslücken im Haushaltskontext voraus. Auch wenn es plausible Gründe für die Vermutung gibt, dass die Problemgruppen bislang nur zu Teilen von dem Beschäftigungsaufbau seit 2005 profitiert haben, so bedarf es doch einer tiefergehenden Forschung, um empirische Gewissheit über den spezifischen Handlungsbedarf zu erlangen.

Doch nicht nur aufgrund der hohen Erwerbsbeteiligung muss der Eindruck einer massenhaften Verbreitung von Altersarmut in der Zukunft relativiert werden. Denn auch eine steigende individuelle Lebensarbeitszeit stabilisiert das zu erwartende Versorgungsniveau. So basiert die Berechnung des Sicherungsniveaus vor Steuern nicht auf empirischen Erkenntnissen, sondern auf der modellhaften Biografie eines Standardrentners mit 45 Beitragsjahren und jeweils durchschnittlichen Verdiensten. Dieser Modellfall gewinnt jedoch normative Kraft, sobald das Sicherungsniveau Gegenstand politischer Steuerung wird. Dann muss aber hinterfragt werden, ob die dem Standardrentner innewohnende implizite Norm von 45 Beitragsjahren unverändert beibehalten werden kann, wenn der Gesetzgeber die Regelaltersgrenze gleichzeitig um zwei auf 67 Jahre erhöht – in der Erwartung, dass sich die durchschnittliche Beitragszeit um die gleiche Spanne verlängert. Modelliert man deshalb für das Jahr 2029 einen Standardrentner mit 47 statt 45 Beitragsjahren, kann für diesen Fall der im aktuellen Rentenversicherungsbericht bis zum Jahr 2029 prognostizierte Rückgang des Sicherungsniveaus bereits zu zwei Dritteln innerhalb des gesetzlichen Systems kompensiert werden (vgl. Pimpertz 2016, S. 10 f.).

Tatsächlich zeigen die Daten der Deutschen Rentenversicherung, dass der Anteil der vorzeitig in den Ruhestand wechselnden Personen über die vergangene Dekade gesunken ist, dass das durchschnittliche ebenso wie das für die Kohorten spezifische Rentenzugangsalter in den ver-

gangenen Jahren gestiegen ist und dass die Anzahl der Versicherungsjahre beim Rentenzugang heute rund 10% über dem Niveau des Jahres 2000 liegt (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2015b, S. 131 ff., S. 137 ff., S. 142 ff.). Aber auch für diesen relativierenden Einwand gilt, dass eine Aussage zur künftigen Entwicklung von Armutsgefährdung Kenntnisse über die Verteilung eben dieser zusätzlichen Beitragsjahre erfordert. Zu befürchten ist wiederum, dass verlängerte Erwerbsbiographien vor allem bei Arbeitnehmern zu Buche schlagen, die ohnehin hohe Beschäftigungschancen aufweisen und deshalb kaum von Altersarmut bedroht sein werden. Dennoch besteht auch zu dieser Frage mehr Forschungsbedarf als empirisch gesicherte Erkenntnis.

### Ergänzende Vorsorge besser als ihr Ruf

Mit Blick auf die Verbreitung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge ist der empirische Befund ebenfalls weit weniger alarmierend, als vielfach unterstellt. Diese Einschätzung gilt insbesondere dann, wenn man sich von der Frage nach der Verbreitung einer einzelnen Vorsorgeform löst und die Perspektive um mögliche Anlagealternativen erweitert sowie den Haushaltskontext mit in den Blick nimmt (vgl. Beznoska und Pimpertz 2016). So sorgen 70% der Single- und Alleinerziehenden sowie 86% der Paarhaushalte (jeweils mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) betrieblich und/oder privat vor. Die Haushalte geben an, dass sie im Durchschnitt rund 10% ihres verfügbaren Einkommens für Vorsorgezwecke sparen – den Erwerb einer selbstgenutzten Immobilie nicht eingerechnet. Dabei zeigt sich neben dem mit höherem Einkommen steigenden Engagement in der betrieblichen Vorsorge, dass die Haushalte mit fortschreitendem Lebensalter vermehrt vorsorgen. Arbeitslosigkeit scheint jedoch das zentrale Hemmnis für die Altersvorsorge zu sein, denn der Verbreitungsgrad der betrieblichen Vorsorge fällt bereits dann signifikant zurück, wenn lediglich der Zweitverdiener im Haushalt arbeitslos ist. Die normative Frage nach dem optimalen Verbreitungsgrad privater Vorsorge und dem optimalen Vorsorgeumfang können die Befunde jedoch nicht klären. Immerhin legen die Ergebnisse nahe, dass die Haushalte mehrheitlich durchaus risikobewusst vorsorgen.

### Wenig hilfreiche Reformansätze

Die Diskussion um die Reformbedürftigkeit der Alterssicherung konzentriert sich damit zunehmend auf die Frage, ob die bislang in der Öffentlichkeit verhandelten Reformansätze denn wenigstens geeignet sind, jenen Personen zu helfen, die eine dauerhaft unterbrochene Erwerbsbiographie aufweisen.

Das Anheben des Sicherungsniveaus vor Steuern dient jedoch vor allem den Interessen der aktuellen Rentner und der Beitragszahler im rentennahen Alter. Personen mit unterbrochenen Erwerbsbiographien und niedrigen Anwartschaften würden dagegen weniger stark profitieren oder selbst bei einem höheren Rentenniveau nicht zwingend über die Armutsgefährdungsschwelle kommen. Gegen diese wenig treffsichere Maßnahme spricht zudem, dass die Finanzierungslasten vor allem die jüngeren Beitragszahler-Kohorten dauerhaft belasten, während ausgerechnet die geburtenstarken Jahrgänge begünstigt werden (vgl. Pimpertz 2016, S. 14 ff.). Letztere profitieren aber ohnehin davon, dass die aktuelle Finanzierungslast auf viele Beitragszahler verteilt werden kann.

Ähnlich lautet der Einwand gegen die Aufwertung niedriger Rentenanwartschaften (Rente nach Mindesteinkommen oder solidarische Lebensleistungsrente). Da die Gesetzliche Rentenversicherung nicht zu differenzieren vermag, ob eine niedrige Rente aus einer (freiwillig) unterbrochenen Erwerbsbiographie, einer (freiwilligen) Teilzeitbeschäftigung oder einer gering entlohnten Vollzeitbeschäftigung resultiert, drohen auch hier kostenintensive Mitnahmeeffekte und die Verschiebung von Finanzierungslasten auf nachfolgende Generationen. Will man unerwünschte Mitnahmeeffekte vermeiden, gelingt dies nur über Zugangskriterien, die neben der eigenen Erwerbsbiografie auch das Haushaltseinkommen einbeziehen. Je restriktiver diese Bedingungen formuliert werden, desto stärker nähert sich das Konzept aber dem Status quo an.

Schließlich hilft ein sechster Durchführungsweg der betrieblichen Altersvorsorge wenig, selbst wenn dieser im Rahmen eines tarifvertraglichen Obligatoriums verankert würde. Denn Personen, die den Anschluss an den Arbeitsmarkt dauerhaft verloren haben, mangelt es schlicht an der arbeitsvertraglichen Grundlage für eine betriebliche Vorsorge. Auch eine verpflichtende Privatvorsorge kann das Problem mangelnden Einkommens nicht lösen (vgl. Demary und Pimpertz 2016).

Was läuft also schief? Die aktuelle Debatte scheint am Kern vorbei zu zielen. Das Problem der Armutsgefährdung im Alter lässt sich ursächlich nur auf dem Arbeitsmarkt lösen und nicht im System der Alterssicherung. Gleichwohl besteht Nachsteuerungsbedarf in der Gesetzlichen Rentenversicherung – dort aber für die Zeit nach 2030 und im Sinne einer Fortführung des eingeschlagenen Reformpfads. Denn die Folgen des demographischen Wandels werden auch in zwei Jahrzehnten noch deutlich spürbar sein, zumal eine längere Lebensarbeitszeit bis dato zusätzliche Anwartschaften begründet, die künftig neben den Lasten der Bevölkerungsalterung zu schultern sind. Auch wenn es wenig populär klingt, für die Gesetzliche Rentenversicherung gilt die einfache Gleichung, dass die jüngeren Versicherten für

einen gleichwertigen Rentenanspruch länger arbeiten müssen als die vorausgegangenen Kohorten.

## Literatur

Beznoska, M. und J. Pimpertz (2016), »Neue Empirie zur betrieblichen Altersvorsorge – Verbreitung besser als ihr Ruf«, *IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Sozialforschung* 43(2), 2, 3–19.

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2015), *Forschungsbericht 449/1, Trägerbefragung zur betrieblichen Altersversorgung (BAV 2013)*, verfügbar unter: [http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsbericht-f449-1.pdf;jsessionid=8B3A7C3CD-073D4002A58C8832DE916FE?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsbericht-f449-1.pdf;jsessionid=8B3A7C3CD-073D4002A58C8832DE916FE?__blob=publicationFile&v=2), aufgerufen am 25. Februar 2016.

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016), »Statistik zur privaten Altersvorsorge. Entwicklung der privaten Altersvorsorge (Stand: 31. Mai 2016)«, verfügbar unter: <http://www.bmas.de/DE/Themen/Rente/Zusaetzliche-Altersvorsorge/statistik-zusaetzliche-altersvorsorge.html>, aufgerufen am: 8. Juni 2016.

Demary, M. und J. Pimpertz (2016), *Deutschlandrente – Hilfreich oder problematisch?*, *IW-Kurzbericht* Nr. 5, 3. Februar, Köln.

Deutsche Rentenversicherung (2015a), *Rentenversicherung in Zahlen 2015*, verfügbar unter: [http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/6\\_Wir\\_ueber\\_uns/03\\_fakten\\_und\\_zahlen/03\\_statistiken/02\\_statistikpublikationen/02\\_rv\\_in\\_zahlen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=21](http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/6_Wir_ueber_uns/03_fakten_und_zahlen/03_statistiken/02_statistikpublikationen/02_rv_in_zahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=21), aufgerufen am 5. August 2015.

Deutsche Rentenversicherung (2015b), *Rentenversicherung in Zeitreihen*, Oktober 2015, DRV-Schriften Band 22, Berlin.

Kochskämper, S. (2016), *Wie lange arbeiten für ein stabiles Rentenniveau?*, *IW-Kurzbericht* Nr. 27, 27. Mai.

Pimpertz, J. (2016), *Reform der Alterssicherung. Populäre Thesen, empirische Befunde und normative Ableitungen*, Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, 17. Mai, verfügbar unter: <http://www.iwkoeln.de/studien/gutachten/beitrag/jochen-pimpertz-reform-der-alterssicherung-populaere-thesen-empirische-befunde-und-normative-ableitungen-283445>, aufgerufen am 8. Juni 2016.



Martin Werding\*

## Altersarmut ab 2030: Womit wir rechnen müssen und womit nicht

Das Ärgerliche an alarmierenden Meldungen zu sensiblen Themen ist dies: Sie sind nicht mehr aus der Welt zu schaffen, selbst wenn sie sich als ziemlich irreführend erweisen. Anfang April schreckte der WDR die Öffentlichkeit mit einer von Journalisten des eigenen Hauses erstellten Abschätzung auf, der zufolge nach 2030 fast 50% der heute Erwerbstätigen eine gesetzliche Rente beziehen werden, die maximal das Grundsicherungsniveau erreicht, so dass sie dem Risiko der Altersarmut unterliegen. Gelesen und weiterverbreitet werden solche Nachrichten – wie Journalisten wissen sollten – vielfach als Voraussage, dass 2030 die Hälfte aller Rentner tatsächlich arm sein wird. Sowohl die ursprüngliche Meldung als auch ihr verzerrtes und verstärktes Echo liegen aber weitab von dem, was aus heutiger Sicht als realistisch erscheint.

### Seriöse Vorausschätzung zur Altersarmut

Die seriöseste Vorausschätzung zur zukünftigen Entwicklung von Altersarmut, die derzeit vorliegt, wurde Ende 2012 vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2012) vorgelegt. Altersarmut wird dort gemessen am Anteil der Bevölkerung im Alter ab 65 Jahren, der Leistungen der Grundsicherung im Alter bezieht.<sup>1</sup> Seinerzeit (2011) belief sich dieser Anteil auf 2,6%, mittlerweile (2014) ist er auf 3,0% gestiegen. Berechnungen des Beirats zur möglichen zukünftigen Entwicklung basieren v.a. auf Mikrodaten aus Versichertenkonten der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) für Angehörige der Jahrgänge

\* Prof. Dr. Martin Werding ist Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum, Fellow des CESifo Research Network und ifo-Forschungsprofessor.

<sup>1</sup> Dass diese Definition zu einer Unterschätzung führen kann, wenn Ansprüche auf solche Leistungen nicht geltend gemacht werden («verschämte Armut»), wird im Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats (2012, S. 7) angesprochen. Auch ansonsten ist der Text darauf angelegt, für die Zukunft absehbare Probleme mit der gebotenen Vorsicht einzugrenzen und einzuordnen, aber nicht klein zu reden.



1965 bis 1979. Es geht somit um Renteneintritte im Zeitraum von etwa 2030 bis 2045 und damit um Renten, die vielfach bis weit in die 2060er Jahre laufen.

Die Ergebnisse besagen, dass die Altersarmutsquote dieser Personen unter sehr günstigen Annahmen annähernd konstant bleiben könnte.<sup>2</sup> Unter nicht sonderlich optimistischen, aber plausiblen Annahmen kann sie auf 3 bis 4% steigen – nämlich wenn die intendierte Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch die »Rente mit 67« schwach ausfällt und wenn Minijobs oder Langzeitarbeitslosigkeit sich weiter ausbreiten. Nur unter sehr pessimistischen Annahmen ergibt sich ein Anstieg auf 5,4%, d.h. eine annähernde Verdoppelung der aktuellen Werte. Dies könnte geschehen, wenn die »Rente mit 67« keinerlei Verhaltenseffekte hat, wenn alle Angehörigen dieser Jahrgänge zehn Jahre ihres Erwerbslebens arbeitslos sind und wenn die Erwerbs- und Einkommenssituation Versicherter in den neuen Bundesländern dauerhaft der der heute 30- bis 34-Jährigen entspricht (vgl. Wissenschaftlicher Beirat 2012, S. 9–11; vgl. auch Börsch-Supan *et al.* 2016).

Vorausberechnungen dieser Art sind naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet, die umso größer werden, je weiter sie in die Zukunft reichen. Dass aus einer Armutsquote von über 5%, die sich unter sehr ungünstigen Annahmen in rund 30 Jahren ergeben könnte, jedoch ohne Weiteres bereits in 15 Jahren eine Quote von fast 50% wird, wie vom WDR suggeriert, kann aus heutiger Sicht so gut wie ausgeschlossen werden.<sup>3</sup>

Bei alledem ist auch zu beachten, dass andere Altersgruppen heute und wohl auch in Zukunft weit stärker von Armut betroffen sind als Personen im Rentenalter. So liegt der Anteil der Bezieher von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Grundsicherung bei Erwerbsminderung oder der Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung im Alter unter 65 Jahren derzeit (2014) bei 10,9%. Von Kinder und Jugendlichen im Alter bis 18 Jahre leben sogar 14,7% in Haushalten, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beziehen.

### Warum Altersarmut in Zukunft zunehmen kann

Trotzdem gebührt dem Risiko steigender Altersarmut aus sozial- und finanzpolitischer Sicht Aufmerksamkeit. Um den

Herausforderungen für die zukünftige Rentenfinanzierung zu begegnen, die aus einer ausgeprägten demographischen Alterung resultieren, sind im Rentenrecht in den letzten 15 Jahren mehrere grundlegende Reformen ergriffen worden. Durch den »Nachhaltigkeitsfaktor« in der Formel für die jährlichen Rentenanpassungen wird das Niveau gesetzlicher Renten mit der Zeit gezielt herabgeschleust, damit die Beitragssätze für aktive Versicherte nicht zu stark steigen müssen. Gleichzeitig soll die »Rente mit 67« die Lebensarbeitszeit verlängern, um die absehbare Anspannung der Rentenfinanzen zu dämpfen.

Die Effekte dieser Reformen für zukünftige Verläufe von Rentenbeitragssatz und Rentenniveau<sup>4</sup> und damit den aktuellen Stand der rentenrechtlichen Reaktionen auf die demographische Alterung zeigt Abbildung 1. Beitragssatz und Niveau der Leistungen sind zwei zentrale Kennziffern dafür, welche Belastungen das Rentensystem einerseits den aktiven Versicherten auferlegt und welche Leistungen es andererseits den Rentnern gewährt. Durch die Umlagefinanzierung der GRV hängen beide Größen eng zusammen: Ein höheres Rentenniveau erfordert höhere Beitragssätze, während niedrigere Beitragssätze ein niedrigeres Rentenniveau erzwingen – oder es müssten jeweils alternative Finanzierungsquellen gefunden werden.

Simulationen dieser Art dürfen nie als Prognosen oder gar als Punktschätzungen missverstanden werden. Sie beruhen auf einer Reihe von Annahmen und auf Modellierungen, die einige bekannte Zusammenhänge gestützt auf empirische Daten aus der Vergangenheit abbilden und für die Zukunft fortschreiben.<sup>5</sup> Sie illustrieren grundlegende Tendenzen – hier v.a. die Effekte demographischer Verschiebungen für die Rentenfinanzen –, die in den Daten und im jeweiligen Rechtsstand angelegt sind, und können eine Vorstellung von der Größenordnung und von der Stabilität solcher Effekte geben.<sup>6</sup>

Die Abbildung zeigt somit v.a., wie mit dem Zielkonflikt zwischen einem möglichst hohen Rentenniveau und möglichst niedrigen Beitragssätzen im Zeitraum bis 2060 grundsätzlich umgegangen wird. Das geltende Rentenrecht ist darauf angelegt, die Finanzen der GRV bis etwa 2030 zu stabilisieren. Bis dahin sinkt das Rentenniveau nach den hier vorgestellten Simulationen von derzeit (2014) 48,2% sukzessive auf

<sup>2</sup> In den alten Bundesländern könnte sich bei sehr starken Verhaltenseffekten der »Rente mit 67« sogar ein leichter Rückgang ergeben. In den neuen Bundesländern, wo die Quote aktuell unter 2% liegt, ist dagegen mit einem Anstieg zu rechnen, sobald Versicherte dort nicht mehr der großzügigen Anrechnung von Beschäftigungsjahren aus DDR-Zeiten unterliegen, sondern ihre Erwerbsphase v.a. in der Nach-Wendezeit durchlaufen haben.

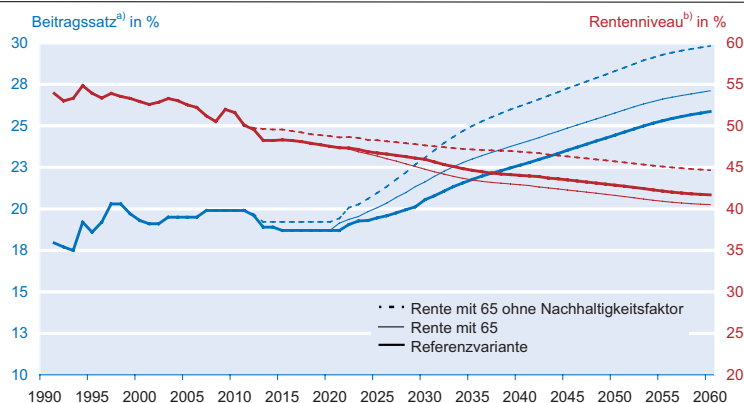
<sup>3</sup> Größter Fehler der Abschätzung des WDR ist, dass von Querschnittsdaten zu Erwerbsbeteiligung und Löhnen in einem Jahr auf Längsschnittresultate geschlossen wird, die sich über die gesamte individuelle Erwerbsphase entfalten. Würde man Berechnungen gleicher Art mit Daten von 2001 anstellen und dabei auch die seither vorgenommene Rentenniveausenkung berücksichtigen, ergäben sich für die Altersarmut ab 2016 sicher ähnlich dramatische Schätzwerte.

<sup>4</sup> Unter »Rentenniveau« wird hier durchgängig das sogenannte »Netto-Standardrentenniveau vor Steuern« verstanden (entsprechend der gesetzlichen Definition in § 154 Abs. 3 SGB VI).

<sup>5</sup> Vgl. Werding (2013a) für eine Dokumentation von Annahmen, Datengrundlagen und Methodik des zugrunde liegenden Modells (*Social Insurance Model*, SIM). Für die hier verwendete Modellversion (mit Ist-Datenstand von 2014, »SIM.14«) wurden v.a. Daten aktualisiert sowie die Modellierung des (»endogenen«) Zusammenhangs zwischen Sozialbeitragssätzen oder Steuern einerseits und Beschäftigungsentwicklung und gesamtwirtschaftlichem Wachstum andererseits verändert (vgl. dazu Werding 2016, Anhang 8.2).

<sup>6</sup> Aus Platzgründen wird hier darauf verzichtet, ergänzende Sensitivitätsanalysen vorzustellen. Für umfangreiche Alternativrechnungen aller Art – auf dem damaligen Stand von Daten und Modellierung – vgl. Werding (2013b).

**Abb. 1**  
**Beitragssatz und Rentenniveau der GRV (1991–2060):**  
**Effekte der Rentenreformen von 2004 und 2007**



<sup>a)</sup> % der beitragspflichtigen Bruttoentgelte.

<sup>b)</sup> Nettostandardrentenniveau vor Steuern.

Quelle: Ist-Daten: Deutsche Rentenversicherung; Projektionen: SIM.14 (vgl. Werding 2013a).

46% – aber noch lange nicht auf die für diesen Zeitraum geltende, gesetzliche Untergrenze bei 43%. Diese wird erst um 2050 erreicht und dann langsam immer weiter unterschritten. Auch der Beitragssatz bleibt bis 2030 voraussichtlich unter der gesetzlichen Obergrenze bei 22%, überschreitet diese danach aber binnen weniger Jahre. Bis 2050 erreicht er rund 25% und steigt danach noch weiter an.

Ein im Zeitablauf sinkendes, allgemeines Rentenniveau bedeutet – bei allen Fortschritten für die Finanzierbarkeit der GRV –, dass sich die gesamte Verteilung hoher, mittlerer und niedriger gesetzlicher Renten im Vergleich zu den laufenden Einkommen der sonstigen Bevölkerung nach unten schiebt. Renten, die schon aus heutiger Sicht eher niedrig sind, fallen dabei mit wachsender Wahrscheinlichkeit unter eine Armutsgrenze, die sich an der Entwicklung der Einkommen Jüngerer orientiert. Wie stark dieser Effekt im Zeitablauf wird, hängt davon ab, wie schnell und wie stark das Rentenniveau in Zukunft wirklich sinkt (und wie die Dichte der Verteilung niedriger Renten aussieht). Ob der Effekt problematisch wird, hängt auch noch davon ab, ob die Bezieher niedriger gesetzlicher Renten in einem Haushalt mit ausreichendem Einkommen leben oder ob sie selbst über weitere Arten von Alterseinkünften verfügen.

### Trends und Gegentrends

Sehr niedrige gesetzliche Renten sind bisher v.a. das Resultat stark fragmentierter Rentenbiographien, die auf verschiedenen Wegen zustande kommen. So gibt es Personen, die nur kurz oder phasenweise sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren und ihre Altersversorgung überwiegend als Beamte erworben oder als Selbständige aufgebaut haben. Sofern die private Absicherung Selbständiger nicht unzureichend ist oder bei der Beamtenversorgung, v.a. auf Länderebene, aus finanzpolitischen Gründen keine

dramatischen Einschnitte vorgenommen werden müssen, trägt diese Gruppe kein Armutsrisiko, das weiter wachsen könnte.

Eine andere Gruppe Betroffener sind Personen, v.a. Frauen, die nach ihrem Einstieg ins Erwerbsleben längere Zeiten der Kinderbetreuung und Haushaltsarbeit zurückgelegt haben und erst deutlich später oder nie wieder in eine Vollzeitbeschäftigung zurückgekehrt sind, die ihrer ursprünglichen Qualifikation entsprach. In der Erwerbsphase und auch im Alter leben solche »Zusatzverdiener« überwiegend vom Einkommen ihres Partners, zumeist des Ehemannes. Ein Armutsrisiko entsteht für sie aber bei einer Trennung oder Scheidung, d.h. wenn die jahrelange Arbeitsteilung im Haushalt zerbricht.<sup>7</sup> Für die Zukunft gilt: Die Scheidungsziffer mag weiter steigen, aber

Biographien dieser Art, die im heutigen Rentenbestand noch verbreitet sind, treten immer weiter zurück. Der Typ der »Nur-Hausfrau« ist bei den Frauen unter 50 Jahren weitestgehend verschwunden, und die Frauenerwerbsbeteiligung hat sich in den letzten 30 Jahren enorm erhöht, auch wenn Phasen der Teilzeitbeschäftigung dabei immer noch eine große Rolle spielen. Angesichts der Zahl und Lebenserwartung von Frauen setzt allein schon diese Entwicklung einen starken Trend gegen eine weitere Ausbreitung von Altersarmut.

Als problematisch erscheint v.a. eine dritte Gruppe, deren Erwerbsbiographien lange Phasen der Arbeitslosigkeit oder mit niedrig entlohnter Arbeit (im Extremfall: reinen Minijobs) aufweist.<sup>8</sup> Die allgemeine Rentenniveausenkung setzt diese Gruppe einem zunehmenden Armutsrisiko im Alter aus. Dabei muss ihre Zahl, bezogen auf rein demographische Trends, aber nicht überproportional zunehmen. Die Arbeitsmarktlage in Deutschland war schon in der Vergangenheit – seit der Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit in den alten Bundesländern ab 1980 und der Transformationskrise in den neuen Bundesländern ab 1990 – anhaltend ungünstig. Die Scarring-Effekte für die Erwerbsbiographien Betroffener sind daher schon heute im Rentenbestand angekommen. Außerdem hat sich 2005/06 am Arbeitsmarkt eine markante Trendwende ergeben. Seither ist deutlich mehr Beschäftigung entstanden, darunter nicht überwiegend nur »prekäre« Jobs, sondern auch eine große Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Zentral für die zukünftige Entwicklung von Altersarmut ist dennoch, wie sich die Größe dieser Problemgruppe bei sinkendem Rentenniveau entwickeln wird.

<sup>7</sup> Der Versorgungsausgleich sorgt zwar dafür, dass Rentenansprüche (und andere Alterseinkommen), die die Partner während der Ehe erworben haben, gleichmäßig geteilt werden. Längerfristige Karriere- und Lohnnachteile, die für den weniger stark ins Erwerbsleben integrierten Partner resultieren, wirken sich aber einseitig zu Lasten dieser Gruppe aus.

<sup>8</sup> Hinzuzufügen sind hier auch noch v.a. »Solo-Selbständige«, die im Hinblick auf ihr Alter oft nicht ausreichend abgesichert sind.

### Kann man das Rentenniveau wieder erhöhen? Jein!

Abbildung 1 zeigt an, dass das deutsche Rentensystem für die weitere Entfaltung der demographischen Alterung nach 2030 noch nicht wirklich gerüstet ist. Deutlich wird in der Abbildung jedoch auch, in welchem Maße die letzten größeren Reformen die Finanzierbarkeit des Systems verbessert haben. Zudem halten die Effekte beider Reformen wichtige Lehren für die zukünftige Rentenpolitik – u.a. zur Vermeidung von Altersarmut – bereit.

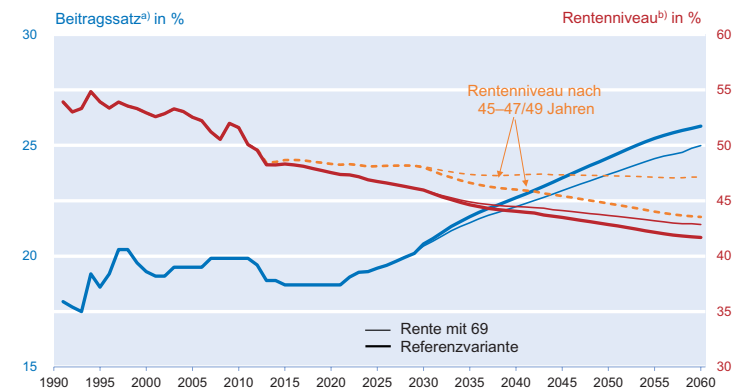
Die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors hat den absehbaren Anstieg des Beitragssatzes stark gedämpft, indem auch das Rentenniveau deutlich verringert wurde. Aktuelle Forderungen nach einer direkten Stabilisierung des Rentenniveaus, etwa bei 45%, würden im Umkehrschluss wieder einen verschärften Anstieg der Beitragssätze erzwingen (bis 2060: um ca. 3 Prozentpunkte, oder die Nutzung anderer Finanzierungsinstrumente mit vergleichbarem Aufkommen). Dies hätte Rückwirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit von in Deutschland produzierten Gütern, zumal andere entwickelte Volkswirtschaften von der demographischen Alterung weit weniger betroffen sind. Wenn hingegen Bruttolöhne und Lohnkosten entsprechend langsamer steigen, verringern sich die Nettolöhne. Am Ende werden u.U. also die ohnedies höheren Armutsrisiken für jüngere Personen verschärft, egal ob sie erwerbstätig sind oder arbeitslos werden.

Die laufende Erhöhung der Regelaltersgrenze der GRV auf 67 Jahre schlägt der starren Logik eines Umlagesystems dagegen ein Schnippchen: Wenn es gelingt, die durchschnittliche Lebensarbeitszeit bis 2030 tatsächlich um ein oder sogar zwei Jahre zu verlängern, werden die Beitragszahler entlastet und die Leistungen der GRV fallen für die verbleibende Rentenphase höher aus – wobei sich die durchschnittliche Dauer dieser Phase bei anhaltender Steigerung der Lebenserwartung voraussichtlich weiter erhöht.<sup>9</sup> Diese Strategie ließe sich nach 2030 konsequent weiter verfolgen. Angesichts der erwarteten weiteren Zunahme der Lebenserwartung und der Anspannung der Rentenfinanzen wäre dies sogar mehr als naheliegend.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (2015) wird sich die Lebenserwartung bis 2030 – abhängig von den dafür gebildeten Szenarien und vom Geschlecht (bei Männern im Zuge eines Aufholprozesses etwas stärker als bei Frauen) – im Mittel um rund drei Jahre erhöhen. Davon werden im geltenden Recht bis zu zwei Jahre einer verlängerten Erwerbsphase, ein Jahr einer verlängerten Rentenphase zugeschlagen. Die Relation der Länge beider Phasen – aktuell grob 40 zu 20 Jahre – bleibt dabei konstant.

<sup>10</sup> Von 2030 bis 2060 rechnet das Statistische Bundesamt (2015) mit einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung von im Mittel rund 4½ Jahren. Der bisherigen Logik folgend müsste die Regelaltersgrenze um weitere drei Jahre erhöht werden, um Erwerbs- und Rentenphase gleichmäßig zu

Abb. 2  
Beitragssatz und Rentenniveau der GRV (1991–2060):  
Effekte der Regelaltersgrenze und der Lebensarbeitszeit



a) % der beitragspflichtigen Bruttoentgelte.  
b) Nettostandardrentenniveau vor Steuern.

Quelle: Ist-Daten: Deutsche Rentenversicherung; Projektionen: SIM.14 (vgl. Werding 2013a).

Die Effekte einer solchen Politik für Beitragssatz und Rentenniveau zeigt Abbildung 2. Der Anstieg des Beitragssatzes wird weiter gedämpft, das Rentenniveau in seiner gängigen Definition nochmals erhöht. Diese Definition – basierend auf einer Rentenbiographie mit 45 Beitragsjahren – zeigt dabei allerdings nur Effekte einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die die Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors abmildern. Zugleich verändert sich aber auch die Norm für die erwartete Dauer einer lebenslangen Erwerbsbeteiligung. Um die vollen Auswirkungen der betrachteten Rechtsänderungen für das Rentenniveau angemessen abzubilden, könnte man daher auch die Definition des Rentenniveaus anpassen und die unterstellte Zahl der Beitragsjahre parallel zur Heraufsetzung der Regelaltersgrenze erhöhen – von 45 auf 47 Jahre nach geltendem Recht, ab 2030 weiter auf über 49 Jahre bei einer neuerlichen Reform.

Durch konsequente Anpassung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung kann das effektive Rentenniveau automatisch bis 2060 und darüber hinaus bei über 45% stabilisiert werden, wenn sich die Lebensarbeitszeit wirklich wie vorgezeichnet verlängert. Damit ist das Problem steigender Beitragssätze noch nicht aus der Welt. Das Risiko sich ausbreitender Altersarmut lässt sich auf diesem Wege aber wirksam zurückdrängen – letztlich, indem die demographische Alterung mit einer Neudefinition dessen beantwortet wird, wer alt ist.

### Fazit

Alterssicherung und speziell die GRV stehen in Deutschland vor einer schwierigen Phase, die zu schmerzhaften Anpassungen zwingt, von denen ein Teil bereits erfolgt ist. Wach-

verlängern. Unterstellt man konkret, dass das Rentenalter ab 2030 jedes Jahr um einen Monat heraufgesetzt wird – wie derzeit im Zeitraum von 2012 bis 2023 –, erreicht sie im Jahr 2060 knapp 69½ Jahre. Dies (→Rente mit 69+) wird im Folgenden vorausgesetzt.

sende Altersarmut stellt in diesem Kontext ein Risiko dar, das aber nicht dramatisiert werden sollte. Als wirksame und dauerhaft finanzierbare Ansätze zur Vermeidung dieses Risikos ergeben sich aus den hier angestellten Überlegungen v.a. zwei Maßnahmen.

Innerhalb des Rentensystems stellt die laufende Heraufsetzung der Regelaltersgrenze ein geeignetes Mittel dar, das auch jenseits des Zeithorizonts der bisherigen Reformen weiter genutzt werden kann. Erforderlich sind dafür allerdings Verhaltensänderungen bei Arbeitnehmern und auch bei Arbeitgebern – bei Entscheidungen zum Renteneintritt, Personalplanung, Weiterbildung, Arbeitsorganisation und -gestaltung etc. –, die die Politik aufmerksam verfolgen und nötigenfalls beeinflussen kann.

Neben Ansprüchen auf gesetzliche Renten ist außerdem in wachsendem Maße ergänzende Altersvorsorge in der betrieblichen oder privaten Säule erforderlich. Die Politik hat dies zwar nicht verbindlich vorgeschrieben, aber die Rahmenbedingungen für ergänzende Vorsorge verbessert und frühzeitig begonnen, bestimmte Formen direkt zu fördern. Die neuen Regelungen haben bisher jedoch weder den nötigen Verbreitungsgrad erreicht noch reichen ihre Effekte aus, die entstehenden »Rentenlücken« zu schließen. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise – nämlich ein Vertrauensverlust in Finanzmärkte und deren Akteure und eine anhaltende Niedrigzinsphase – machen Diskussionen dieses Themas aktuell schwierig. Trotzdem ist ein neuer Aufschlag wünschenswert, der die Verbindlichkeit ergänzender Vorsorge erhöht und auf breiter Basis Zugang zu zweckgemäßen und kostengünstigen Produkten eröffnet.

Wenn mit diesen beiden Maßnahmen der allgemeinen Senkung des Rentenniveaus erfolgreich entgegengewirkt wird, geht es bei der Bekämpfung von Altersarmut v.a. noch darum, Härtefälle zu mildern, die die aktuelle Reformstrategie mit sich bringt: Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erhöht fast zwangsläufig die Wahrscheinlichkeit vorzeitiger Erwerbsminderungen, die innerhalb der GRV angemessen abgesichert werden müssen. Personen mit stark fragmentierten Rentenbiographien, v.a. nach langer Arbeitslosigkeit oder Scheidung, sind mit Mitteln des herkömmlichen Rentenrechts dagegen kaum zu erreichen.<sup>11</sup> Für sie braucht es eine bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherung im Alter. Deren Regeln kann man gegenüber dem geltenden Recht verbessern, v.a. indem vorhandene Vorsorge auf die Leistungen nur teilweise angerechnet wird, wie bei vorhandenen Erwerbseinkommen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Deswegen muss sie aber nicht in die GRV verlegt werden. Dazu weicht sie sowohl von deren Prinzipien als auch von deren administrativen Möglichkeiten zu stark ab.

## Literatur

Börsch-Supan, A., T. Bucher-Koenen und J. Rausch (2016), »Altersarmut – Denkfehler: WDR-Berechnung der zukünftigen Altersarmut inkorrekt«, Pressemitteilung des Munich Center for the Economics of Aging (MEA) des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, München, 13. April.

Statistisches Bundesamt (2015), *Bevölkerung Deutschlands bis 2060: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Werding, M. (2013a), *Modell für flexible Simulationen zu den Effekten des demographischen Wandels für die öffentlichen Finanzen in Deutschland bis 2060: Daten, Annahmen und Methoden*, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.

Werding, M. (2013b), *Alterssicherung, Arbeitsmarktdynamik und neue Reformen: Wie das Rentensystem stabilisiert werden kann*, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.

Werding, Martin (2016), *Modellrechnungen für den vierten Tragfähigkeitsbericht des BMF*, FiFo-Bericht Nr. 20, Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut (FiFo) an der Universität zu Köln, Köln.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2012), *Altersarmut*, BMWi, Berlin.

<sup>11</sup> Sie würden auch von praktisch allen existierenden Vorschlägen für eine »Lebensleistungs-«, »Solidar-« oder »Garantierende« nicht wirksam erfasst.

Timo Wollmershäuser, Wolfgang Nierhaus, Nikolay Hristov, Tim Oliver Berg, Christian Breuer, Johanna Garnitz, Christian Grimme, Atanas Hristov, Robert Lehmann, Wolfgang Meister, Magnus Reif, Felix Schröter, Andreas Steiner, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf

**Der robuste Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit dem Jahr 2014 befindet, wird sich fortsetzen. Das ifo Institut rechnet mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,8% im laufenden Jahr. Im Jahr 2017 beläuft sich der Anstieg voraussichtlich auf 1,6%. Damit wird sich die Produktionslücke weiter verringern und im nächsten Jahr wohl nahezu geschlossen sein. Da diese Gangart der Konjunktur insgesamt eher verhalten ist, zeichnen sich keine Überhitzungserscheinungen auf den Güter- und Faktormärkten ab. Maßgeblich zum Wachstum trägt die schwungvolle Binnennachfrage bei.**

### 1. Die Lage der Weltwirtschaft

#### Überblick

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo hat sich im zurückliegenden Winterhalbjahr verlangsamt. Maßgeblich dafür war vor allem die Schwächephase, die wichtige Schwellenländer durchliefen. So hat sich die Wirtschaftsdynamik in China stärker abgekühlt als ursprünglich erwartet. Vor allem haben sich dabei die Investitionen schwach entwickelt. Dies strahlte negativ auf die Ökonomien im ostasiatischen Raum aus, deren Außenhandel stark von China abhängt. Zudem verstärkte die Nachfrageschwäche aus dem Reich der Mitte den Abwärtsdruck auf die Preise diverser Rohstoffe, was die Länder, die diese exportieren, zusätzlich belastete. Wichtige Rohstoffexporteure litten bereits seit Ende 2014 unter den spürbar rückläufigen Notierungen für Erdöl sowie Industrie- und Agrarrohstoffe. So befinden sich Brasilien und Russland seit mehr als einem Jahr in einer Rezession.

Angesichts dieser Entwicklungen nahmen im vergangenen Winterhalbjahr die Sorgen um einen regelrechten Konjunkturerinbruch in China sowie hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit vieler rohstoffexportierender Schwellenländer spürbar zu. Diese Sorgen fanden ihren Niederschlag in einem verstärkten Kapitalabzug aus vielen aufstrebenden Ökonomien und einem spürbaren Abwertungsdruck auf ihre Währungen, dem die Zentralbanken vielerorts mit Devisenmarktinterventionen zu begegnen versuchten. Auch war das zurückliegende Winterhalbjahr durch wiederholte Turbulenzen an den Börsen welt-

weit und einem Anstieg der Finanzmarktunsicherheit gekennzeichnet, was schließlich maßgeblich zur Eintrübung der Stimmung unter Investoren, Produzenten und Konsumenten und daher zur Verlangsamung des Expansionstempos in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften beitrug. Gleichwohl profitierten diese bis zum Jahresbeginn 2016 von den erneut fallenden Erdölpreisen. So sank die Notierung eines Barrels der Sorte Brent von etwas mehr als 60 US-Dollar im Sommer 2015 auf knapp unter 30 US-Dollar im Januar 2016, nachdem sie sich bereits im Herbst 2014 nahezu halbiert hatte. Allerdings konnte diese vorteilhafte Entwicklung zu keiner Belebung der Konjunktur in den fortgeschrittenen Ökonomien führen. Denn der Ölpreisrückgang in der zweiten Jahreshälfte 2015 ist vor allem eine Reflexion der globalen konjunkturellen Schwäche, während die ölmarktspezifischen Faktoren, aus denen tendenziell positive Impulse für die globale Aktivität hervorgehen, eine verhältnismäßig geringere Rolle gespielt haben (vgl. Kasten »Zur Entwicklung des Rohölpreises«). Belastend auf die Stimmung von Konsumenten und Produzenten wirkten sich vielerorts auch die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten, die Uneinigkeit Europas im Zusammenhang mit den starken Immigrationswellen im vergangenen Jahr und das herannahende Referendum in Großbritannien über einen Verbleib in der Europäischen Union aus.

Die konjunkturelle Entwicklung in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften war zu Jahresbeginn 2016 auch durch temporäre Sonderfaktoren gekennzeichnet. So haben vor allem Witterungseffekte die wirtschaftliche Dynamik im Euroraum über- und jene in den USA merklich



**Kasten**

**Zur Entwicklung des Rohölpreises**

Der Rohölmarkt ist seit dem Sommer 2014 durch heftige Preisbewegungen gekennzeichnet. So sank der Preis eines Barrels der Sorte Brent zwischen Juni 2014 und Januar 2015 von gut 110 US-Dollar auf knapp 45 US-Dollar und somit um fast 60%. Es folgte eine merkliche Erholung der Notierung auf etwa 62 US-Dollar/Barrel bis Mitte Juni 2015, ehe ein neuerlicher Rückgang den Ölpreis auf gut 24 US-Dollar/Barrel im Januar 2016 sinken ließ. In den Folgemonaten hat sich die Brent-Notierung wieder verdoppelt und betrug Anfang Juni etwa 50 US-Dollar/Barrel. Somit ist der Preis allerdings noch immer deutlich niedriger als im Durchschnitt des Zeitraums 2011–2014 von etwa 110 US-Dollar/Barrel.

Derartige Preisschwankungen können erhebliche Auswirkungen auf die globale wirtschaftliche Aktivität haben. Das Ausmaß hängt allerdings entscheidend von den Ursachen der Ölpreisbewegungen ab. Fällt der Ölpreis etwa infolge einer Ausweitung der Ölförderung oder einer rein spekulationsbedingten Abnahme der Ölnachfrage, so dürfte dies einen positiven Effekt auf die weltwirtschaftliche Produktion haben. Anders verhält es sich, wenn der Ölpreisverfall das Resultat einer Abkühlung der Weltkonjunktur ist. Dann dürfte sich die globale wirtschaftliche Expansion tendenziell verlangsamen.

In diesem Kasten soll der Beitrag dieser drei alternativen Ursachen für Schwankungen am Rohölmarkt zur Entwicklung des Brent-Preises sowie der weltweiten Industrieproduktion untersucht werden. Zurückgegriffen wird dabei auf ein vektorautoregressives Zeitreihenmodell (VAR), das folgendermaßen dargestellt werden kann:

$$\begin{pmatrix} \text{Ölproduktion}_t \\ \text{Ölpreis}_t \\ \text{Weltproduktion}_t \end{pmatrix} = c + b * t + \sum_{i=1}^2 A_i \begin{pmatrix} \text{Ölproduktion}_{t-i} \\ \text{Ölpreis}_{t-i} \\ \text{Weltproduktion}_{t-i} \end{pmatrix} + B \begin{pmatrix} e_t^{\text{Ölangebot}} \\ e_t^{\text{Ölnachfrage}} \\ e_t^{\text{Weltkonjunktur}} \end{pmatrix},$$

wobei *Ölproduktion*, *Ölpreis*, *Weltproduktion* die natürlichen Logarithmen der realen Ölproduktion, des Ölpreises und der Weltindustrieproduktion kennzeichnen. Die Datenfrequenz ist monatlich, und der Schätzzeitraum erstreckt sich von Januar 2000 bis März 2016. *c* ist ein 3 X 1 Vektor, der die Achsenabschnitte der einzelnen Gleichungen beinhaltet. *A1*, *A2* sind 3 X 3 Koeffizientenmatrizen, die die gegenseitigen Interdependenzen zwischen den laufenden und vergangenen Werten der endogenen Modellvariablen abbilden.<sup>1</sup> *B* ist eine 3 X 3 Matrix, die den Zusammenhang zwischen den beobachtbaren Residuen der reduzierten Form des VARs *u<sub>t</sub>* und den unbeobachtbaren strukturellen Schocks *e<sub>t</sub>* darstellt:

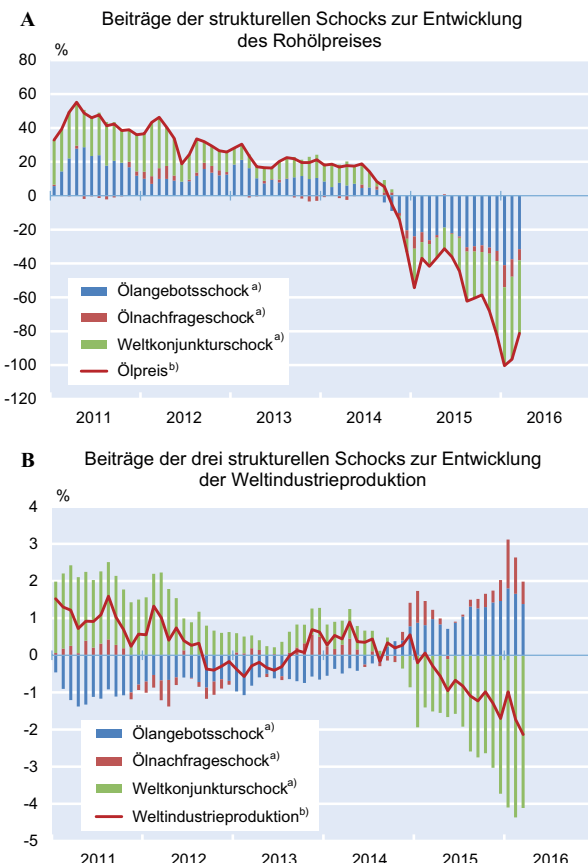
$$\begin{pmatrix} u_t^1 \\ u_t^2 \\ u_t^3 \end{pmatrix} = B \begin{pmatrix} e_t^{\text{Ölangebot}} \\ e_t^{\text{Ölnachfrage}} \\ e_t^{\text{Weltkonjunktur}} \end{pmatrix}.$$

Zudem wird auch ein linearer Trend *t* berücksichtigt. Um die strukturellen Schocks zu identifizieren, greifen wir auf die Methode der Vorzeichenrestriktionen zurück. Dabei werden zwei ölmarktspezifische Schocks – ein angebots- und ein nachfrageseitiger – sowie ein globaler Konjunkturschock identifiziert (vgl. Peersman und Robays 2009). Bezüglich des Ölangebotsschocks *e<sub>t</sub><sup>Ölangebot</sup>* wird unterstellt, dass er kurzfristig (für vier Monate) zu einem Anstieg der Ölproduktion, einem Rückgang der Ölpreise und einem Anstieg der Weltindustrieproduktion führt. Ein derartiger Schock könnte beispielsweise daher rühren, dass neue Erdölfelder erschlossen werden oder aufgrund einer verbesserten geopolitischen Lage die Produktionsmenge erhöht wird. Ein ölmarktspezifischer Nachfrageschock *e<sub>t</sub><sup>Ölnachfrage</sup>* dagegen lässt sowohl die Ölproduktion als auch den Ölpreis kurzfristig sinken. Zugleich wird dabei unterstellt, dass die globale Industrieproduktion nicht fällt. Ein ölmarktspezifischer Nachfrageschock erfasst überraschende Ölnachfrageschwankungen, die vor allem Spekulations- oder Vorsichtsmotive widerspiegeln und unabhängig von der globalen konjunkturellen Entwicklung auftreten. Schließlich wird auch ein Weltkonjunkturschock *e<sub>t</sub><sup>Weltkonjunktur</sup>* identifiziert. Dieser lässt die Ölproduktion, den Ölpreis und die globale Industrieproduktion kurzfristig sinken. *e<sub>t</sub><sup>Weltkonjunktur</sup>* erfasst unerwartete Schwankungen in der globalen wirtschaftlichen Aktivität, die unabhängig vom Geschehen am Erdölmarkt auftreten.

Abbildung 1.1 zeigt die prozentualen Beiträge der drei identifizierten Schocks zur Abweichung vom jeweiligen Trend des Rohölpreises **A** und der Weltindustrieproduktion **B**. Zwar deuten die Ergebnisse darauf hin, dass seit dem Sommer 2014 alle Schocks erdölpreissenkend gewirkt haben. Allerdings hat sich deren relative Bedeutung über die Zeit verändert. So wurde der Rückgang der Brent-Notierung im Herbst 2014 und Frühjahr 2015 vor allem durch die zwei ölmarktspezifischen Schocks – insbesondere jener auf das Ölangebot – getrieben. Seitdem hat

Abb. 1.1

**Rohölpreis und Weltindustrieproduktion**



<sup>a)</sup> Beitrag zur prozentualen Abweichung vom linearen Trend. - <sup>b)</sup> Prozentuale Abweichung vom linearen Trend.  
Quelle: Energy Information Administration (EIA); CPB; Schätzungen des ifo Instituts.

<sup>1</sup> Das VAR wurde mit zwei Verzögerungen geschätzt. Diese Auswahl wurde auf der Basis des Schwarzischen Informationskriteriums (BIC) getroffen.

jedoch die Bedeutung der Schocks auf die globale wirtschaftliche Aktivität relativ zugenommen, so dass mehr als die Hälfte des Ölpreisverfalls im Winterhalbjahr 2015/2016 auf die schwache Weltkonjunktur zurückzuführen war. Entsprechend verlief die Weltindustrieproduktion im Herbst 2014 und dem darauffolgenden Winter oberhalb des linearen Trends, da die stimulierende Wirkung der beiden ölmarktspezifischen Schocks stark dominierte. Zwar haben Schwankungen im Ölangebot und in der Ölnachfrage auch im Zeitraum danach positive Impulse für die Weltindustrieproduktion geliefert. Allerdings wurde deren Effekt durch negative Weltkonjunkturschocks mehr als ausgeglichen. Entsprechend schwächte sich per saldo die Weltindustrieproduktion seit Mitte 2015 zunehmend ab. Zudem deuten die Ergebnisse darauf hin, dass der Anstieg der Brent-Notierung im Frühjahr 2016 vor allem auf preiserhöhende ölmarktspezifische Angebots- und Nachfrageschocks zurückzuführen ist. Nach Angaben der US-amerikanischen Energy Information Administration (EIA) wurde in diesem Zeitraum die Ölproduktion in Nigeria, Kanada, China sowie in den USA tatsächlich etwas gedrosselt. Zugleich ist die Ölnachfrage aus China wohl im Zuge der Aufstockung der strategischen Reserven gestiegen.

unterzeichnet. Allerdings befinden sich die USA in einer deutlich besseren ökonomischen Verfassung. Sie durchlaufen einen robusten Aufschwung, getragen durch die verbesserte Vermögensposition der privaten Haushalte und Unternehmen und ein gesundes Bankensystem. Die Produktionslücke in den USA dürfte weitgehend geschlossen sein, und es herrscht nahezu Vollbeschäftigung.

Hingegen ist die wirtschaftliche Erholung im Euroraum nach den Verwerfungen im Zuge der globalen Finanzkrise und der kurz darauf ausgebrochenen europäischen Schuldenkrise deutlich weniger fortgeschritten als jene in den USA und verläuft zudem sehr schleppend. Denn die Probleme im Bankensektor vieler Mitgliedsländer (insbesondere in Italien und Portugal) sind noch immer nicht ausreichend angegangen worden, wie an dem sehr hohen, zum Teil weiter wachsenden Anteil ausfallgefährdeter Kredite abzulesen ist. Auch haben viele Kreditinstitute Schwierigkeiten, an frisches Eigenkapital zu kommen. All dies belastet die Bankbilanzen und dämpft die Kreditvergabebereitschaft und damit auch die Investitionstätigkeit im Euroraum. Nach wie vor nicht beseitigt sind auch viele strukturelle Schwächen, die die Wettbewerbsintensität auf vielen Produktmärkten und im Energiesektor reduzieren oder die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in eine neue Beschäftigung erschweren. Entsprechend liegt die aggregierte Produktion noch immer spürbar unterhalb ihres Potenzials, und die hohe Arbeitslosigkeit wird nur langsam abgebaut. Auch in Japan dürfte der relativ kräftige Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal um 0,4% nur temporärer Natur sein und in den Folgequartalen wieder dem bisherigen äußerst moderaten Expansionstempo Platz machen. Zwar herrscht auch hier nahezu Vollbeschäftigung und die Produktionskapazitäten dürften weitgehend ausgelastet sein. Allerdings sorgen eine alternde Bevölkerung und die, aufgrund zahlreicher Rigiditäten, geringen Produktivitätszuwächse für ein eher bescheidenes Potenzialwachstum. In Großbritannien blieb die Ausweitung der aggregierten Produktion bis zuletzt robust. Auch hier ist die Produktionslücke nahezu geschlossen und die Beschäftigungsquote sehr hoch. Allerdings haben die politischen Debatten über einen Austritt aus der EU (»Brexit«) und das anstehende Referendum diesbezüglich zunehmend das Vertrauen von Investoren, Produzenten und Konsumenten eingetrübt, was sich in rückläufigen privaten Investitionen im Winterhalbjahr niederschlug.

### Geldpolitische Divergenzen weniger stark als erwartet

Die Geldpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften bleibt expansiv ausgerichtet. Dabei divergieren seit einiger Zeit die Pfade, die die einzelnen Notenbanken eingeschlagen haben. So haben die Notenbanken in den USA (Fed) und in Großbritannien (Bank of England), angesichts der robusten konjunkturellen Erholung in den beiden Ländern, im Verlauf des Jahres 2015 zusehends ihre Bereitschaft signalisiert, eine moderate Straffung ihrer Zinspolitik ab Ende 2015 (Fed) bzw. im Verlauf von 2016 (Bank of England) einzuleiten. Tatsächlich hat die US-Notenbank im Dezember 2015 das Zielband des maßgeblichen Leitzinses zum ersten Mal seit Ausbruch der globalen Finanzkrise um 25 Basispunkte auf 0,25% bis 0,5% angehoben. Die Europäische Zentralbank (EZB) hingegen hat in diesem Zeitraum, angesichts eines zu niedrigen Inflationsdrucks und einer verhaltenen binnenwirtschaftlichen Dynamik, den Expansionsgrad ihrer Politik erhöht. Zuletzt hat die EZB im März 2016 die gut ein Jahr zuvor eingeführten Maßnahmen der quantitativen und qualitativen Lockerung spürbar aufgestockt und den Einlagesatz weiter ins Negative herabgesenkt. Auch die Bank of Japan hat zum ersten Mal in ihrer Geschichte im Januar 2016 einen negativen Leitzins beschlossen, nachdem sie im Herbst 2014 ihr Wertpapierankaufprogramm massiv ausgeweitet hatte. Sowohl die EZB als auch die Bank of Japan haben signalisiert, auch im Prognosezeitraum den überaus expansiven geldpolitischen Kurs beizubehalten und bei Bedarf die monetären Zügel weiter zu lockern.

Die geldpolitische Heterogenität spiegelte sich in der Wertentwicklung der Währungen wichtiger fortgeschrittener Volkswirtschaften wider. So verloren der Euro und der Yen im Herbst 2014 gegenüber dem US-Dollar und in etwas geringerem Maße gegenüber dem britischen Pfund stark an Wert und behielten die relativ niedrigen Notierungen im Verlauf des Jahres 2015 bei. Allerdings haben die Währungen Japans und des Euroraums im Frühjahr 2016 wieder etwas aufgewertet, als klar wurde, dass die Notenbanken der USA und Großbritanniens den Prozess der geldpolitischen Normalisierung verlangsamen und weiter in die Zukunft verschieben wollen. So zeigte sich die Fed besorgt um mögliche negative Auswirkungen der im Winter weltweit gestie-

genen Unsicherheit auf die Binnenkonjunktur in den USA; die Bank of England ist mit einer Eintrübung des inländischen Produzenten- und Konsumentenvertrauens konfrontiert, die vor allem von den schwer einschätzbaren Auswirkungen eines eventuellen Brexit herrührt.

Auch in den aufstrebenden Volkswirtschaften zeigte sich die Geldpolitik in den vergangenen Monaten sehr heterogen. So wurde in China der Leitzins Mitte 2015 abermals deutlich gesenkt. Auch wurden die Mindestreserveanforderungen an Geschäftsbanken kräftig reduziert. Dadurch sollte einer zu starken Abkühlung am Kreditmarkt und dem zu niedrigen Preisauftrieb entgegengewirkt werden. Letzterer liegt seit einiger Zeit unterhalb des Inflationsziels der chinesischen Notenbank. Zugleich jedoch sah sie sich im Winterhalbjahr wiederholt gezwungen, durch massive Devisenmarktinterventionen den Außenwert der chinesischen Währung zu stützen. Dieser war aufgrund des anhaltenden Kapitalabzugs aus dem Reich der Mitte unter starkem Abwertungsdruck geraten, dem schließlich etwas nachgegeben wurde. Zudem weitete die chinesische Zentralbank die Bandbreite der von ihr tolerierten Wechselkursschwankungen aus und kündigte an, in Zukunft den Yuan an einen breiten Währungskorb zu koppeln. Auch in Indien und Indonesien wurden im vergangenen Winterhalbjahr, angesichts des verhältnismäßig geringen Preisdrucks, die geldpolitischen Zügel etwas gelockert. In Brasilien hingegen wurde der Leitzins in der ersten Jahreshälfte 2015 stark um 3 Prozentpunkte erhöht und seitdem bei 14,25% belassen. Ziel war vor allem, eine zu starke Abwertung der heimischen Währung zu vermeiden. Denn der Rückgang des Außenwerts des Reals hatte bereits den Preisauftrieb stark beschleunigt und den Wert der privaten Verschuldung steigen lassen, da diese zu einem beträchtlichen Teil in Fremdwährung denominiert ist. Auch in Russland ist die Geldpolitik deutlich restriktiv ausgerichtet. Allerdings ist hier die Inflationsrate im Frühjahr von knapp über 16% auf 7,3% im Mai 2016 gefallen, vor allem da sich die Notierung des russischen Rubels seit Anfang April 2016 stabilisiert hat, nachdem er eine turbulente Abwertungsphase durchlaufen hatte. Maßgeblich für die Wechselkursberuhigung war vor allem die Abschwächung des Abzugs ausländischen Kapitals im zurückliegenden Winterhalbjahr. Dies erlaubte es der russischen Notenbank, den Anfang 2015 massiv gesunkenen Bestand an Devisenreserven wieder etwas zu erhöhen.

Zwar besteht in der Mehrzahl der Schwellenländer, angesichts des verhältnismäßig niedrigen Inflationsdrucks, kaum Bedarf für eine Straffung der Geldpolitik. Allerdings dürfte es im Prognosezeitraum auch zu keinem nennenswerten Anstieg des Expansionsgrades kommen. Dies könnte nämlich unerwünschte Währungsabwertungen zur Folge haben, da der Leitzins in den USA in den kommenden anderthalb Jahren langsam steigen wird.

### **Kaum finanzpolitische Impulse in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften**

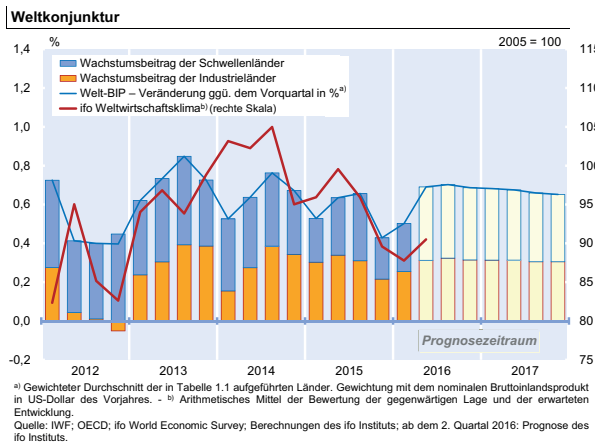
Die Finanzpolitik dürfte in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Prognosezeitraum in etwa neutral wirken. In den USA wirkte sie im vergangenen Jahr nicht mehr bremsend wie noch in den Jahren davor. Die sprudelnden Steuereinnahmen, die abnehmenden Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und die noch immer niedrigen Zinsen auf Staatstitel ermöglichen es, das gesamtstaatliche Budgetdefizit auch ohne diskretionäre Konsolidierungsmaßnahmen zu senken. Auch in diesem und im kommenden Jahr dürfte die neutrale finanzpolitische Ausrichtung in den USA beibehalten werden. Hierbei wird unterstellt, dass die Schuldenobergrenze für den Zentralstaat im März 2017 ohne nennenswerte politische Verwerfungen angehoben werden wird. In Japan wurde zuletzt, angesichts des geringen Expansionstempos, ein neues Konjunkturprogramm aufgelegt. Ferner beschloss die Regierung, die für April 2017 geplante Mehrwertsteuererhöhung auf das Jahr 2019 zu verschieben. Damit wurde die Intensität der ursprünglich geplanten fiskalischen Konsolidierung des öffentlichen Haushalts scharf reduziert. Im Euroraum sind die Mitgliedsländer im Frühjahr 2015 in den Genuss einer Neuinterpretation des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die Europäische Kommission gekommen. Auf deren Basis konnten die ursprünglich geplanten restriktiven fiskalischen Impulse verschoben werden. Auch wurden jüngst Überschreitungen der Defizitziele durch Spanien und Portugal wohlwollend durch die EU-Kommission hingenommen. Geringfügige positive Impulse dürfte es im Euroraum zudem aufgrund der erhöhten öffentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der in einigen Ländern stark angestiegenen Flüchtlingsmigration geben.

Die Finanzpolitik in den meisten großen aufstrebenden Volkswirtschaften hat zuletzt einen expansiveren Kurs eingeschlagen. So wurden in China erneut umfangreiche öffentliche Investitionsprogramme angekündigt und die Kreditvergabe durch staatliche Banken spürbar ausgeweitet. Weitere stützende Maßnahmen wurden für das laufende Jahr in Aussicht gestellt. Auch in Indien, Indonesien und Russland planen die Regierungen eine Ausweitung der Investitions- und Konsumausgaben. Lediglich in Brasilien dürfte die Finanzpolitik im Prognosezeitraum negative Impulse zeitigen, nachdem sie bereits im Jahr 2015 spürbar restriktiv ausgerichtet war. Dort sind Kürzungen bei den Sozialausgaben und den Subventionen, Steuererhöhungen sowie die Anhebung zahlreicher administrierter Preise beschlossen worden.

### **Ausblick**

Nach dem schwachen Winterhalbjahr scheint sich die Weltkonjunktur jüngst wieder etwas gefangen zu haben. So haben sich zahlreiche Stimmungsindikatoren, nach einem

Abb. 1.2



mehrmonatigen Rückgang, im April und Mai 2016 wieder, wengleich nur leicht, verbessert. Auch das ifo Weltwirtschaftsklima notierte im April höher als noch im Januar (vgl. Abb. 1.2). Dies dürfte vor allem aus den expansiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen resultieren, die bereits ab Jahresbeginn in China und weiteren Schwellenländern eingeleitet wurden und wohl für eine Beschleunigung des Expansionstempos dort sorgen werden. Zudem mehren sich

die Anzeichen für eine Entschärfung der Rezessionen in Russland und Brasilien. Auch signalisierten die Notenbanken in den USA und Großbritannien, dass sie die geldpolitische Straffung vorsichtiger als ursprünglich geplant durchführen wollen, was auf einen langsameren Anstieg der weltweiten Finanzierungskosten in den kommenden Monaten hindeutet. Entsprechend dürfte sich das globale Expansionstempo im Verlauf dieses Jahres etwas beschleunigen. Allerdings werden die Zuwächse der weltwirtschaftlichen Produktion nur etwa halb so hoch ausfallen als noch in den Jahren vor der globalen Finanzkrise. Dabei wird angenommen, dass sich das britische Volk für einen Verbleib in der Europäischen Union entscheidet. Dies dürfte die Unsicherheit in Großbritannien reduzieren und eine Belebung der Investitionstätigkeit in der zweiten Hälfte 2016 nach sich ziehen.

Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte das globale Expansionstempo wieder etwas abnehmen (vgl. Tab. 1.1). Maßgeblich dafür wird vor allem eine allmähliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Dynamik in China sein, da die Effekte der fiskalischen Stützungsmaßnahmen auslaufen und das Land zu seinem trendmäßig abnehmenden Potenzialwachstum zurückkehrt. Das Reich der Mitte sieht sich

Tab. 1.1 Reales BIP in der Welt, gewichtet mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar 2014 bis 2017

Land/Ländergruppe	Gewicht <sup>a)</sup>	Bruttoinlandsprodukt						Verbraucherpreise									
		Veränderungen zum Vorjahr in %															
		2014		2015		2016		2017		2014		2015		2016		2017	
							Re- vision*		Re- vision*				Re- vision*		Re- vision*		Re- vision*
<b>Industrieländer</b>																	
EU 28	26,6	1,4	2,0	1,8	(-0,0)	1,8	(0,1)	0,5	0,0	0,1	(-0,8)	1,5	(-0,1)				
USA	25,9	2,4	2,4	1,8	(-0,7)	2,1	(-0,4)	1,6	0,1	1,0	(0,0)	2,1	(0,4)				
Japan	9,5	-0,1	0,6	0,6	(0,0)	0,9	(0,1)	2,7	0,8	0,3	(-0,9)	1,4	(-0,7)				
Asiatische Tigerstaaten <sup>b)</sup>	3,4	3,4	2,0	2,2	(-0,7)	2,8	(-0,3)	1,6	0,5	0,8	(-0,6)	1,4	(-0,1)				
<b>Industrieländer insg.<sup>c)</sup></b>	<b>70,0</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>	<b>(-0,2)</b>	<b>1,8</b>	<b>(-0,1)</b>	<b>1,3</b>	<b>0,2</b>	<b>1,0</b>	<b>(-0,2)</b>	<b>1,6</b>	<b>(0,0)</b>				
<b>Schwellenländer</b>																	
Russland	3,2	0,6	-3,7	-0,9	(-1,2)	0,8	(-0,4)	11,4	12,9	7,5	(-0,5)	6,5	(-0,5)				
China	13,1	7,3	6,9	6,3	(-0,5)	6,1	(0,1)	2,0	1,4	2,2	(0,0)	2,0	(-0,3)				
Indien	2,9	7,0	7,3	7,5	(0,0)	7,8	(0,3)	7,2	4,9	5,2	(-0,4)	5,6	(0,1)				
Südostasiatische Schwellenländer <sup>d)</sup>	2,9	4,6	4,7	4,8	(-0,4)	5,0	(-0,3)	4,7	3,6	3,1	(-0,6)	3,6	(-0,6)				
Lateinamerika <sup>e)</sup>	7,8	0,9	-0,8	-0,4	(-0,3)	1,5	(-0,5)	10,9	20,4	51,8	(39,2)	20,8	(10,4)				
<b>Schwellenländer insg.</b>	<b>30,0</b>	<b>4,6</b>	<b>3,6</b>	<b>3,7</b>	<b>(-0,5)</b>	<b>4,4</b>	<b>(-0,1)</b>	<b>6,1</b>	<b>8,2</b>	<b>16,1</b>	<b>(10,1)</b>	<b>7,9</b>	<b>(2,5)</b>				
<b>Weltwirtschaft</b>	<b>100,0</b>	<b>2,6</b>	<b>2,4</b>	<b>2,3</b>	<b>(-0,3)</b>	<b>2,6</b>	<b>(-0,1)</b>	<b>2,8</b>	<b>2,6</b>	<b>5,5</b>	<b>(2,9)</b>	<b>3,5</b>	<b>(0,8)</b>				
nachrichtlich:																	
ifo Exportindikator <sup>f)</sup>		1,6	1,8	1,6	(-0,2)	1,8	(0,1)										
Welthandel, real <sup>g)</sup>		3,4	2,6	3,0	(-1,2)	3,6	(-0,6)										
<b>Annahmen</b>																	
Ölpreis \$/Barrel (Brent)			54,1	45,4	(0,1)	50,9	(4,7)										
Wechselkurs \$/€			1,11	1,11	(0,06)	1,11	(0,06)										

\* Differenz zur ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2015. - <sup>a)</sup> Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2014 in US-Dollar. - <sup>b)</sup> Gewichteter Durchschnitt aus Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong. - <sup>c)</sup> Gewichteter Durchschnitt aus den EU-28-Ländern, USA, Japan, Kanada, Schweiz, Norwegen, Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkong. - <sup>d)</sup> Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen. - <sup>e)</sup> Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. - <sup>f)</sup> Bruttoinlandsprodukte von 36 Ländern gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. - <sup>g)</sup> Welthandel von Waren und Dienstleistungen in Abgrenzung der OECD.

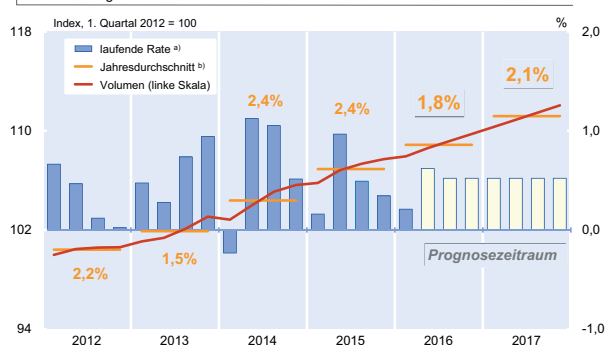
Quelle: OECD; IWF; Berechnungen des ifo Instituts; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

nämlich einer unvorteilhaften demographischen Entwicklung und einem – im Zuge des wirtschaftlichen Konvergenzprozesses durchaus natürlichen – allmählichen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwächse gegenüber. Zudem ist die Regierung bemüht, durch eine Reihe wirtschaftspolitischer Strukturmaßnahmen Überkapazitäten im Immobilien- und Bau-sektor sowie in mehreren Industriebranchen abzubauen. Zugleich soll für einen sanften Übergang zu einer Ökonomie gesorgt werden, die stärker konsum- und dienstleistungsbasiert ist. Zwar dürften Brasilien und Russland die Rezession allmählich hinter sich lassen und im kommenden Jahr moderate Zuwächse verzeichnen. Diese Beschleunigung wird aber die graduelle Wachstumsabschwächung Chinas nicht kompensieren können.

Auch von Seiten der großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte es im kommenden Jahr keine Impulse für eine stärkere Belebung der Weltkonjunktur geben. Ausgehend von einer weitgehend geschlossenen Produktionslücke dürfte die US-Wirtschaft mit ihrer Trendrate von etwas mehr als 0,5% je Quartal zulegen (vgl. Abb. 1.3 und Tab. 1.2).

Auch in Japan sind die Produktionsfaktoren nahezu voll ausgelastet. Allerdings leidet das Land unter zahlreichen strukturellen Schwächen, die nur für ein niedriges Potenzialwachstum sorgen. Die jüngst beschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen stellen lediglich eine Symptombekämpfung dar und werden nur für eine leichte temporäre Belebung sorgen. Schließlich wird sich die Erholung im Euroraum zwar weiter fortsetzen. Diese wird aber wie schon in der Vergangenheit träge ausfallen. Denn eine Vielzahl struktureller Belastungsfaktoren – etwa die vielerorts vorhandenen Probleme im Bankensektor – warten noch immer auf ihre Beseitigung.

**Abb. 1.3**  
**Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA**  
Saisonbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).  
<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.  
Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

**Tab. 1.2**  
**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA**

	2014	2015	2016	2017
<b>Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %</b>				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,4	2,4	1,8	2,1
Privater Konsum	2,7	3,1	2,5	2,4
Staatskonsum und -investitionen	- 0,6	0,7	1,3	1,8
Private Anlageinvestitionen	5,3	4,0	2,3	4,0
Vorratsveränderungen <sup>a)</sup>	0,0	0,3	- 0,1	0,0
Inländische Verwendung <sup>a)</sup>	2,6	3,1	2,0	2,3
Exporte	3,4	1,1	0,6	3,8
Importe	3,8	4,9	1,5	4,0
Außenbeitrag <sup>a)</sup>	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,2
Verbraucherpreise	1,6	0,1	1,0	2,1
<b>In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts</b>				
Budgetsaldo <sup>b)</sup>	- 2,8	- 2,5	- 2,4	- 2,4
Leistungsbilanzsaldo	- 2,2	- 2,7	- 2,8	- 2,8
<b>In % der Erwerbspersonen</b>				
Arbeitslosenquote	6,2	5,3	4,8	4,7

<sup>a)</sup> Wachstumsbeiträge. – <sup>b)</sup> Budget des Bundes, Fiskaljahr.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labour Statistics; ab 2016 Prognose des ifo Instituts.

Dennoch wird sich der Abstand zum Produktionspotenzial im Euroraum im Prognosezeitraum wohl langsam verringern. Dies, zusammen mit dem Effekt des jüngst wieder gestiegenen Erdölpreises, dürfte den Preisauftrieb in der Europäischen Währungsunion allmählich wieder verstärken.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt in diesem Jahr mit 2,3% und im Jahr 2017 mit 2,6% zunehmen (vgl. Tab. 1.1). Gegenüber der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2015 entspricht dies einer Revision von - 0,3 Prozentpunkten in diesem und - 0,1 Prozentpunkt im kommenden Jahr. Der Welthandel wird im Jahr 2016 voraussichtlich um lediglich 3,0% expandieren, ehe seine Zuwachsrate auf 3,6% im Folgejahr steigt. Dabei werden sich die Leistungsbilanzen der meisten rohstoffexportierenden Schwellenländer etwas verbessern, während sich jene Chinas und der USA angesichts einer relativ kräftigen binnenwirtschaftlichen Dynamik leicht verschlechtern.

**Risiken**

Ein wesentliches Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum besteht aufgrund eines möglichen Ausscheidens Großbritanniens aus der Europäischen Union, über das die Briten im Rahmen eines Referendums am 23. Juni 2016 abstimmen werden. Die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zeigt sich in Großbritannien bereits im Vorfeld sowohl in Umfragen als auch in der rückläufigen Investitionstätigkeit von Unternehmen in den beiden vergangenen Quartalen. Auch die Abwertung des Pfund Sterlings gegenüber dem Euro seit Ende 2015 könnte teils darauf zurückzuführen sein. Nach einem Austritt Großbritanniens aus der



EU müssten nicht nur die Handelsbeziehungen zur EU neu verhandelt werden, sondern auch jene zu über 50 anderen Staaten, die auf EU-Recht basieren. Der Handel – 45% der britischen Exporte fließen in die EU, 7% der deutschen Exporte sind für Großbritannien bestimmt – könnte darunter leiden. Auf den Finanzmärkten könnte sich die Unsicherheit in höheren Risikoprämien für britische Wertpapiere niederschlagen; Investitionen in Großbritannien würden verteuert. Insgesamt würde die EU geschwächt, da der erste Austritt eines Mitgliedstaates Nachahmer finden könnte und so den Fortbestand der EU als Ganzes in Frage stellen würde. Aufgrund der damit verbundenen Unsicherheit würde die EU insgesamt als Wirtschaftsstandort an Attraktivität einbüßen. Dies könnte sowohl Handels- als auch Kapitalströme negativ beeinflussen.

Große Unsicherheit besteht weiterhin hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung in China. Zwar haben die jüngst angekündigten Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und die Verschärfung der Kapitalverkehrskontrollen zu einer Beruhigung der internationalen Finanzmärkte beigetragen. Allerdings kann dadurch nicht ausgeschlossen werden, dass es erneut zu abrupten Korrekturen kommt. Denn die ergriffenen Maßnahmen beseitigen nicht die Fehlallokationen, die in vielen Wirtschaftsbereichen bestehen. Vielmehr werden die erforderlichen strukturellen Anpassungen lediglich aufgeschoben. Außerdem geht mit dem Konjunkturpaket eine zusätzliche Ausweitung der für ein Schwellenland ohnehin vergleichsweise hohen Verschuldung einher. So legte das gesamtwirtschaftliche Kreditwachstum im vergangenen Jahr etwa doppelt so schnell zu wie das nominale Bruttoinlandsprodukt. Eine neue Finanzkrise würde die chinesische Wirtschaft belasten und die ohnehin noch schwache Belebung der Weltkonjunktur erneut beeinträchtigen.

## 2. Die Lage im Euroraum

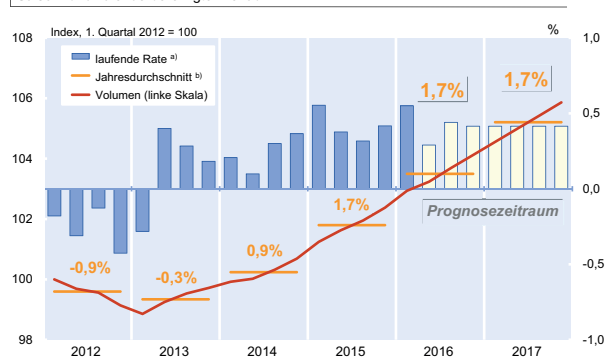
### Konjunkturelle Erholung schreitet voran

Die konjunkturelle Erholung im Euroraum hat sich zu Beginn des Jahres 2016 mit leicht erhöhtem Tempo fortgesetzt. So legte das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,6% zu. In den Quartalen zuvor lag der Anstieg bei 0,3% bzw. 0,4% (vgl. Abb. 2.1).

Einen deutlichen Zuwachs verzeichnete im ersten Quartal vor allem die Wirtschaft in Deutschland und Spanien, während das reale Bruttoinlandsprodukt in Italien erneut nur unterdurchschnittlich zulegte. Hier wird die konjunkturelle Erholung insbesondere durch die noch ungelösten Probleme im Bankensektor ausgebremst (vgl. Tab. 2.1). Begünstigt wurde die Expansion im Euroraum im ersten Quartal durch

Abb. 2.1

#### Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).

<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

die weiterhin niedrigen Energiepreise sowie den milden Winter. Insbesondere in Deutschland war die Bautätigkeit weit ausreger als sonst üblich zu dieser Jahreszeit.

Einen positiven Beitrag zur realwirtschaftlichen Expansion im Euroraum lieferte in jüngster Zeit insbesondere der Konsum der privaten Haushalte, da deren Budgets durch die rückläufigen Energiepreise merklich entlastet wurden. (vgl. Tab. 2.2). Zudem hat sich der Arbeitsmarkt im Verlauf des vergangenen Jahres weiter belebt. So sank die Arbeitslosenquote von 11,0% im April 2015 auf 10,2% im April 2016, während sich die Zahl der Arbeitslosen um reichlich 1,3 Millionen reduzierte. Dabei verzeichnete Spanien mit knapp 700 000 Personen einen besonders deutlichen Rückgang. In Frankreich und Italien ist die Arbeitslosigkeit hingegen kaum gesunken. Insbesondere ist die gesamtwirtschaftliche Expansion noch zu gering, um einen raschen Beschäftigungsaufbau zu ermöglichen. Des Weiteren dürften die in beiden Ländern eingeleiteten Arbeitsmarktreformen erst nach und nach die Arbeitslosigkeit reduzieren.

Auch vom öffentlichen Konsum gingen zuletzt positive konjunkturelle Impulse aus. Zum einen sind die Renditen für Staatsanleihen äußerst niedrig und lockern die Budgetrestriktionen des Staatssektors spürbar. Zum anderen hat die EU-Kommission den Konsolidierungsdruck auf die Mitgliedsländer erheblich reduziert. So weisen nahezu alle Staatshaushalte seit dem Jahr 2014 sinkende strukturelle Finanzierungssalden aus. Vor allem in Portugal und Spanien hat sich die Haushaltslage merklich verschlechtert.

Die privaten Unternehmen profitierten in den vergangenen Quartalen ebenfalls von verringerten Energiekosten sowie vorteilhaften Finanzierungsbedingungen und investierten verstärkt in neue Anlagen und Maschinen. Die Kapazitätsauslastung hat inzwischen ein Niveau erreicht, das auch Erweiterungsinvestitionen attraktiv erscheinen lässt. Vom Außenhandel kamen hingegen in jüngster Zeit zumeist negative Impulse. So hat sich die Exportdynamik spürbar ab-

**Tab. 2.1**  
**Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Europäischen Union**

	Gewicht BIP in %	Bruttoinlandsprodukt <sup>a)</sup>				Verbraucherpreise <sup>b)</sup>				Arbeitslosenquote <sup>c)</sup>			
		Veränderung in %								in %			
		2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Deutschland <sup>a)</sup>	20,8	1,6	1,4	1,7	1,8	0,8	0,1	0,4	1,5	5,0	4,6	4,5	4,5
Frankreich	15,6	0,6	1,3	1,5	1,2	0,6	0,1	0,1	1,4	10,3	10,4	9,8	9,5
Italien	12,0	-0,3	0,8	1,1	1,2	0,2	0,1	0,0	1,0	12,7	11,9	11,3	10,9
Spanien	7,8	1,4	3,2	3,2	2,6	-0,2	-0,6	-0,6	1,4	24,5	22,1	20,3	19,5
Niederlande	4,8	1,0	2,0	1,4	1,4	0,3	0,2	0,3	1,5	7,4	6,9	6,4	6,2
Belgien	2,9	1,3	1,4	1,5	1,3	0,5	0,6	1,5	1,8	8,5	8,5	8,6	8,5
Österreich	2,4	0,4	0,9	1,6	1,6	1,5	0,8	0,6	1,7	5,6	5,7	5,7	5,5
Finnland	1,5	-0,7	0,5	0,9	1,1	1,2	-0,2	0,1	1,0	8,7	9,4	9,2	9,0
Griechenland	1,3	0,7	-0,2	-0,9	1,3	-1,4	-1,1	-0,3	0,2	26,5	24,9	24,2	23,9
Portugal	1,3	0,9	1,5	0,9	1,5	-0,2	0,5	0,3	1,0	14,1	12,6	11,9	11,4
Irland	1,3	5,2	7,8	5,6	2,8	0,3	0,0	0,2	1,2	11,3	9,4	8,5	8,2
Slowakei	0,5	2,5	3,6	3,5	3,2	-0,1	-0,3	-0,1	1,5	13,2	11,5	10,0	9,5
Slowenien	0,3	3,0	2,9	2,3	2,5	0,4	-0,8	-0,5	1,5	9,7	9,0	8,5	8,0
Luxemburg	0,3	4,1	4,8	4,1	2,2	0,7	0,1	0,1	1,4	6,0	6,4	6,2	5,6
Litauen	0,3	3,0	1,6	2,6	2,5	0,2	-0,7	0,8	1,5	10,7	9,1	9,0	8,5
Lettland	0,2	2,4	2,7	1,2	2,5	0,7	0,2	0,5	2,0	10,8	9,9	10,5	10,0
Zypern	0,1	-2,5	1,6	1,8	2,6	-0,3	-1,5	-1,1	0,1	16,1	15,1	11,9	11,2
Estland	0,1	2,9	1,1	1,5	2,5	0,5	0,1	0,3	2,5	7,4	6,2	6,5	6,5
Malta	0,1	3,7	6,3	4,4	2,5	0,8	1,2	0,8	1,8	5,8	5,4	4,6	4,0
<b>Euroraum<sup>d)</sup></b>	<b>73,5</b>	<b>0,9</b>	<b>1,7</b>	<b>1,7</b>	<b>1,7</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>1,4</b>	<b>11,6</b>	<b>10,9</b>	<b>10,3</b>	<b>10,0</b>
Vereinigtes Königreich	14,9	2,9	2,3	2,0	2,2	1,5	0,0	0,2	1,8	6,1	5,3	4,9	4,8
Schweden	3,2	2,3	4,2	3,7	2,7	0,2	0,7	1,1	2,0	7,9	7,4	6,7	6,2
Dänemark	1,9	1,3	1,2	0,9	1,5	0,4	0,2	0,2	1,7	6,6	6,2	5,8	5,6
<b>EU 22<sup>4d)</sup></b>	<b>93,5</b>	<b>1,3</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>0,6</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>1,5</b>	<b>10,5</b>	<b>9,8</b>	<b>9,2</b>	<b>9,0</b>
Polen	2,9	3,3	3,6	2,4	3,0	0,1	-0,7	-0,3	1,5	9,0	7,5	7,0	6,5
Tschechien	1,2	2,0	4,2	2,3	2,8	0,4	0,3	0,5	1,5	6,1	5,1	4,0	4,0
Rumänien	1,1	3,0	3,8	4,6	3,6	1,4	-0,4	-1,0	2,5	6,8	6,8	6,7	6,5
Ungarn	0,7	3,7	2,9	1,2	2,5	0,0	0,1	0,5	2,0	7,7	6,8	6,0	6,0
Kroatien	0,3	-0,4	1,6	1,5	2,0	0,2	-0,3	-0,5	0,5	17,3	16,3	15,0	14,0
Bulgarien	0,3	1,5	3,0	2,9	3,0	-1,6	-1,1	-1,0	0,5	11,4	9,2	7,8	7,5
<b>Neue Mitglieder<sup>e)</sup></b>	<b>7,9</b>	<b>2,8</b>	<b>3,4</b>	<b>2,6</b>	<b>2,9</b>	<b>0,2</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,2</b>	<b>1,6</b>	<b>9,0</b>	<b>7,8</b>	<b>7,2</b>	<b>6,9</b>
<b>EU 28<sup>d)</sup></b>	<b>100,0</b>	<b>1,4</b>	<b>2,0</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>0,5</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>1,5</b>	<b>10,2</b>	<b>9,4</b>	<b>8,8</b>	<b>8,5</b>

<sup>a)</sup> Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt, außer für Irland und Slowakei. – <sup>b)</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). – <sup>c)</sup> Standardisiert. – <sup>d)</sup> Gewichteter Durchschnitt der aufgeführten Länder. – <sup>e)</sup> Gewichteter Durchschnitt aus der Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Kroatien und Bulgarien.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; 2016 und 2017 Prognose des ifo Instituts.

geschwächt, während die Importtätigkeit anhaltend lebhaft war. Zwar ist der Euro gegenüber den meisten Währungen weiterhin recht günstig. Jedoch gewann er zuletzt wieder an Wert, so dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums etwas verschlechterte.

Die Verbraucherpreise im Euroraum sind weiterhin leicht rückläufig. So lag die jährliche Gesamtinflationsrate im Mai 2016 bei -0,1%. Der Preisrückgang ist aber vor allem den im Vergleich zum Vorjahr weiterhin niedrigeren Energiepreisen geschuldet (-8,1%). Die Kerninflationsrate (ohne Energie sowie unverarbeitete Lebensmittel) betrug zuletzt 0,8%.

### Kreditvergabe zieht an

Die expansive Ausrichtung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) erscheint angesichts des geringen Preis-

auftriebs sowie der noch unterausgelasteten Produktionskapazitäten angemessen. Nach Schätzungen des ifo Instituts beträgt die Produktionslücke zurzeit -1,8%; und sie dürfte sich im Prognosezeitraum nur langsam reduzieren (vgl. Kasten »Zum Expansionsgrad der Geldpolitik der EZB«).

Da die EZB eine dauerhafte Abweichung der Inflationsrate von ihrer mittelfristigen Zielmarke von unter aber nahe 2% befürchtet, hat sie in jüngster Zeit eine Vielzahl von Maßnahmen beschlossen, die insbesondere auch auf eine Belebung der Kreditvergabe abzielen. So wurden der Hauptrefinanzierungssatz auf 0% und der Einlagesatz auf -0,4% gesenkt. Darüber hinaus erwirbt das Eurosystem im Rahmen von Ankaufprogrammen Staats- und Unternehmensanleihen sowie besicherte Wertpapiere in Höhe von 80 Mrd. Euro pro Monat. Die Ankäufe sollen bis mindestens März 2017 fortgeführt werden und die Bilanzsumme von derzeit reichlich 3 Billionen auf etwa 4 Billionen Euro erhöhen. Nicht zuletzt

**Tab. 2.2**  
**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum**

	2014	2015	2016	2017
<b>Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %</b>				
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,7	1,7	1,7
Privater Konsum	0,8	1,7	1,7	1,6
Staatskonsum	0,8	1,3	1,6	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	2,9	2,9	3,0
Vorratsveränderungen <sup>a)</sup>	0,0	0,0	0,1	0,0
Inländische Verwendung <sup>a)</sup>	0,9	1,8	2,2	1,8
Exporte	4,1	5,3	2,8	4,3
Importe	4,5	6,1	4,3	5,3
Außenbeitrag <sup>a)</sup>	0,0	-0,1	-0,5	-0,1
Verbraucherpreise <sup>b)</sup>	0,4	0,0	0,1	1,4
<b>In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts</b>				
Budgetsaldo <sup>c)</sup>	-2,6	-2,1	-2,0	-1,8
Leistungsbilanzsaldo	3,0	3,6	3,5	3,4
<b>In % der Erwerbspersonen</b>				
Arbeitslosenquote <sup>d)</sup>	11,6	10,9	10,3	10,0

<sup>a)</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>b)</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – <sup>c)</sup> Gesamtstaatlich. – <sup>d)</sup> Standardisiert.

Quelle: Eurostat, Europäische Kommission; ILO; Berechnungen des ifo Instituts; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

wird die EZB den Banken im Euroraum erneut gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte zu äußerst günstigen Konditionen anbieten.

An den Geldmärkten sind die Zinssätze im Zuge der Leitzinssenkung weiter gefallen. Sowohl der Zinssatz für Tagesgeld (EONIA) als auch der für Dreimonatsgeld (EURIBOR) lagen im Mai 2016 nur leicht höher als der Einlagesatz (vgl. Abb. 2.4).

Auch an den Kapitalmärkten sind die Umlaufrenditen für Staats- und Unternehmensanleihen anhaltend rückläufig. So sank jene für Staatsanleihen höchster Bonität (AAA) seit Jahresanfang um fast 60 Basispunkte auf zuletzt noch 0,2%. Auch die Renditen von Staatsanleihen bonitätsschwacher Länder (Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien) gingen zurück. Besonders gefragt waren zuletzt vor allem Unternehmens-

**Kasten**

**Zum Expansionsgrad der Geldpolitik der EZB**

Seit Ende 2008 hat die EZB ihren geldpolitischen Kurs kontinuierlich gelockert. Neben der Senkung des Hauptrefinanzierungssatzes auf 0% ergriff sie dabei eine Reihe unkonventioneller Maßnahmen, mit denen unter anderem auch die längerfristigen Zinsen im Euroraum gesenkt werden sollen. Ein Urteil darüber, ob der gegenwärtige Expansionsgrad der Geldpolitik angemessen ist, kann nur gefällt werden, wenn der tatsächliche Zins mit einem Zins verglichen wird, der sich bei der aktuellen konjunkturellen Situation optimalerweise einstellen sollte. Allerdings ist dieser Referenzzins nicht beobachtbar und muss empirisch ausgehend von normativ-modelltheoretischen Überlegungen geschätzt werden.

Solche Überlegungen legen nahe, dass der Zinssatz einer Volkswirtschaft im Optimum immer gerade so hoch sein sollte, dass die Produktionskapazitäten normal ausgelastet sind (also die Produktionslücke geschlossen ist) und die Inflationsrate dem Inflationsziel entspricht (also die Inflationslücke geschlossen ist). Häufig spricht man deshalb vom gleichgewichtigen oder natürlichen Zins, bei dem die gewünschte Ersparnis einer Volkswirtschaft (das Kapitalangebot) den gewünschten Investitionen (der Kapitalnachfrage) entspricht. Zudem zeigen solche Modelle, dass der natürliche Zins keineswegs konstant sein muss, sondern sich aus einer Vielzahl von Gründen über die Zeit hinweg ändern kann. So variiert er in der Regel mit kurzfristigen konjunkturellen Schocks und ist daher in einer Rezession niedriger als in einem Boom (vgl. Cúrdia et al. 2015). Aber auch mittelfristig (also unter Ausblendung kurzfristiger konjunktureller Schwankungen) kann sich der natürliche Zins ändern, etwa wenn es zu einer Veränderung der Trendwachstumsrate der Produktivität und mit hin zu einer Veränderung der Potenzialwachstumsrate kommt (vgl. Laubach und Williams 2016).

Diese mittelfristige Interpretation des natürlichen Zinses spielt bei der Beurteilung der geldpolitischen Ausrichtung im Rahmen einer geschätzten Reaktionsfunktion eine wichtige Rolle (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2010; Wollmershäuser 2013). Nach einer solchen sog. Taylor-Regel kann das der konjunkturellen Situation angemessene Niveau des Leitzinses einer Notenbank anhand der vorherrschenden Inflations- und der Produktionslücke ermittelt werden, die zum mittelfristigen natürlichen Zins addiert werden. Da beispielsweise in einer Rezession die Inflations- und die Produktionslücke negativ sind, sollte die Notenbank einen expansiven Kurs einschlagen und ihren Leitzins unter den mittelfristigen natürlichen Zins senken. Weicht die Notenbank bei ihrer Zinssetzung vom Taylor-Zins nach unten bzw. nach oben ab, wird die Ausrichtung der Geldpolitik als zu expansiv bzw. zu restriktiv beurteilt (vgl. Taylor 2016).<sup>1</sup>

Der Vorteil des Reaktionsfunktions-Ansatzes ist die Einfachheit der empirischen Umsetzung. Meist wird die Produktionslücke im Rahmen einer univariaten Trend-Zyklus-Zerlegung aus der Zeitreihe des realen Bruttoinlandsprodukts bestimmt; die daraus resultierende Trendwachstumsrate dient häufig als Approximation des mittelfristigen natürlichen Zinses. Hingegen muss der kurzfristige natürliche Zins durch Identifikation der konjunkturellen Schocks aus einem gesamtwirtschaftlichen Modell abgeleitet werden. Zwar ist die Spezifikation und Schätzung solcher Modelle vergleichsweise aufwändig und mit Unsicherheit behaftet (vgl. Beyer und Wieland 2016).<sup>2</sup> Allerdings hat der modellbasierte Ansatz den Vorteil, dass der natürliche Zins aus einer theoretisch fundierten und simultanen Schätzung

<sup>1</sup> So argumentierte John B. Taylor, dass die US-amerikanische Geldpolitik in den Jahren zwischen 2000 und 2006 zu expansiv gewesen und deshalb mitverantwortlich für das Entstehen der US-Immobilienblase gewesen sei, da der Leitzins der Federal Reserve in dieser Zeit deutlich unterhalb des Taylor-Zinses lag.

<sup>2</sup> Die Unsicherheit resultiert dabei nicht nur aus der üblichen Schätzunsicherheit, sondern auch aus der Unsicherheit im Hinblick auf die Spezifikation des richtigen Modells. Aus diesem Grund warnen manche Ökonomen davor, auf Basis der Schätzungen von natürlichen Zinsen weitreichende, insbesondere fiskalpolitische Maßnahmen zu begründen, die beispielsweise von den Anhängern der säkularen Stagnationsthese gefordert werden.

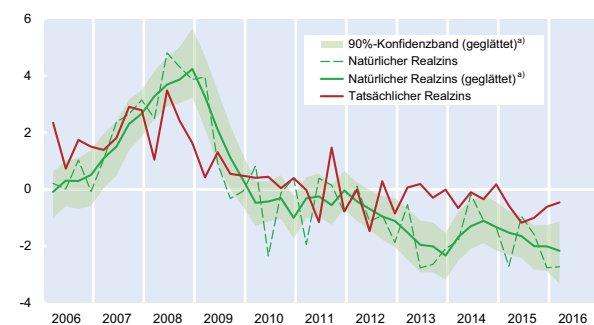
der Produktions-, Inflations- und Zinslücke (also der Abweichung des tatsächlichen vom natürlichen Zins) abgeleitet wird. Zudem können die Ursachen der Änderungen sowohl der beobachtbaren Variablen (z.B. Zins, Inflationsrate, Bruttoinlandsprodukt) als auch der unbeobachtbaren Variablen (natürlicher Zins, natürliche bzw. trendmäßige Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts) im Zeitablauf bestimmt und diskutiert werden. Für die vorliegende Analyse wurde ein dynamisches stochastisches allgemeines Gleichgewichtsmodell für den Euroraum über den Zeitraum vom ersten Quartal 1999 bis zum ersten Quartal 2016 geschätzt (vgl. Hristov 2016). Das tatsächliche Zinsniveau wurde in Form eines kurzfristigen Realzinses gemessen, der sich aus dem kurzfristigen Nominalzins abzüglich der erwarteten Inflationsrate ergibt. Die erwartete Inflationsrate wurde mit der Modellprognose für die Kerninflationsrate (also der Inflationsrate ohne Veränderung der Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel) für das nächste Quartal approximiert. Als kurzfristiger Nominalzins wurde der Dreimonatsgeldmarktsatz (EURIBOR) verwendet. Die Schätzungen legen nahe, dass der kurzfristige und damit der konjunkturellen Situation angemessene Realzins derzeit bei  $-2,2\%^3$  und somit deutlich unterhalb des mittelfristigen neutralen Realzinses (der auf etwa  $0,5\%$  geschätzt wird) liegen sollte (vgl. Abb. 2.2). Deshalb ist eine expansive Ausrichtung der Geldpolitik im Euroraum aus konjunktureller Sicht grundsätzlich angemessen. Da die Produktionslücke im Euroraum negativ ist und nach dieser Schätzung aktuell etwa  $-1,8\%$  beträgt (vgl. Abb. 2.3), und da die Kerninflationsrate mit derzeit  $0,8\%$  unterhalb des Inflationsziels der EZB von unter, aber nahe  $2\%$  liegt, müsste die Politik der EZB nach dieser Analyse – gemessen am tatsächlich herrschenden Realzins in Höhe von  $-0,5\%$  – eigentlich noch expansiver sein, um den zur Schließung der Produktions- und Inflationslücken notwendigen nachfrageseitigen Impuls für die Wirtschaft im Euroraum zu geben.

Allerdings stellt sich die Frage, ob die EZB in der Lage ist, den Expansionsgrad mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt noch zu erhöhen. Zwar könnte argumentiert werden, dass der tatsächliche Expansionsgrad der Geldpolitik aufgrund der Vielzahl unkonventioneller Maßnahmen der EZB höher sei, als er durch den aktuellen realen Geldmarktzins angezeigt wird. Hypothetische Maße für den Expansionsgrad der Geldpolitik, die die Nullzinsschranke bei Nominalzinsen umgehen, kommen beispielsweise zu dem Ergebnis, dass der nominale Schattenzinssatz der EZB derzeit bei unter  $-4\%$  und damit deutlich unterhalb des derzeitigen nominalen Geldmarktzinses von  $-0,2\%$  liegt (vgl. Wu und Xia 2016).<sup>4</sup> Allerdings würde eine solche Modifikation der Analyse die getroffene Schlussfolgerung nicht ändern, solange sich an der beobachtbaren massiven Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten und der schwachen Preisentwicklung im Euroraum nichts ändert.

Auch sollte die mit der vorliegenden Schätzung verbundene Unsicherheit bei der Formulierung von Politikmaßnahmen berücksichtigt werden. Die reine Schätzunsicherheit bei dem verwendeten Modell wird anhand der Konfidenzbänder dargestellt. Demnach liegt der kurzfristige natürliche Realzins mit einer Wahrscheinlichkeit von  $90\%$  in einem Band zwischen  $-3,3$  und  $-1,1\%$ . Aber auch die Wahl des Modells an sich erzeugt eine zusätzliche Unsicherheit. Beurteilt man beispielsweise die Angemessenheit der EZB-Politik anhand einer Taylor-Regel unter Verwendung der im Rahmen des obigen Modells geschätzten Werte für den mittelfristigen neutralen Realzins und die Produktionslücke, ergibt sich ein nominaler Taylor-Zins in Höhe von  $-0,2\%$ .<sup>5</sup> Demnach wäre die Geldpolitik der EZB nach dieser Norm derzeit angemessen ausgerichtet.

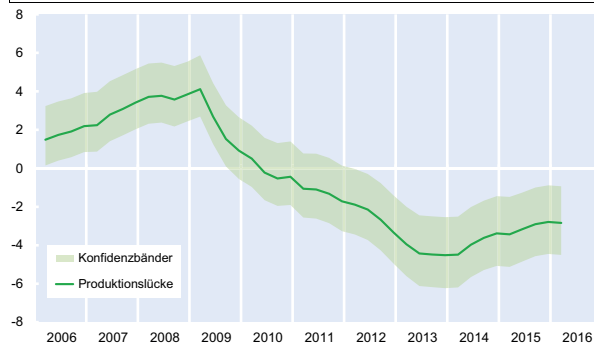
Schließlich muss bei jeder Erhöhung des Expansionsgrades an der Nullzinsschranke (beispielsweise über eine Ausweitung der unkonventionellen Maßnahmen) zwischen den erzeugten konjunkturellen Impulsen und den damit einhergehenden langfristigen Risiken abgewogen werden. So stellen die anhaltend niedrigen Kapitalmarktzinsen eine erhebliche Belastung für Lebensversicherungen und Pensionskassen dar. Zuletzt aufgekommene Zweifel an der Nachhaltigkeit der in der Vergangenheit getätigten Leistungsversprechen verunsichern zunehmend Sparer und Anleger. Auch die Banken werden durch die unkonventionellen Maßnahmen der EZB und insbesondere den negativen Einlagezins belastet. Da der aggregierte Bankensektor eine hohe Überschussliquidität bei der EZB hält, wirkt der negative Einlegesatz wie eine zusätzliche Steuer und schwächt somit die Eigenkapitalausstattung der Institute. Nicht zuletzt führt der jüngst begonnene Direktkauf von Unternehmensanleihen zu einer Verzerrung der Kapitalallokation, da der Zins seine Lenkungs-funktion teilweise einbüßt. Es besteht die Gefahr, dass die EZB die Unternehmensanleihen zu überhöhten Kursen kauft und marode Firmen so ihre Kreditrisiken auf die Notenbankbilanz abwälzen. Angesichts dieser negativen Nebenwirkungen der unkonventionellen Maßnahmen der EZB sollten alternative Politiken in Betracht gezogen werden, die den natürlichen Realzins erhöhen und damit die

Abb. 2.2  
Tatsächlicher und natürlicher Realzins  
Prozent



<sup>3)</sup> Gleitender Durchschnitt über 4 Quartale.  
Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2.3  
Produktionslücke (jährlich)  
Prozentpunkte



Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

<sup>3)</sup> Da der kurzfristige neutrale Realzins sehr volatil ist, wird häufig für normative Aussagen ein gleitender Durchschnitt als Referenz verwendet.

<sup>4)</sup> Vgl. die von Jing Cynthia Wu auf ihrer Homepage (<http://faculty.chicagobooth.edu/jing.wu/research/data/WX.html>) zur Verfügung gestellten Daten sowie die dazugehörige Veröffentlichung.

<sup>5)</sup> Die Taylor-Regel lautet:  $i = r_n + \pi_0 + 1,5(\pi - \pi_0) + 0,5 y$ , wobei  $i$  den nominalen Taylor-Zins,  $r_n = 0,5\%$  den mittelfristigen neutralen Realzins,  $\pi_0 = 2\%$  das Inflationsziel der EZB,  $\pi = 0,8\%$  die Kerninflationsrate und  $y = -1,8\%$  die Produktionslücke bezeichnet.

Wirksamkeit der Geldpolitik unterstützen. Dazu zählen Maßnahmen, die das Produktivitätswachstum im Euroraum erhöhen und die Finanzierungsrestriktionen, die in einigen Ländern des Euroraums immer noch fortbestehen, durch eine zügige Restrukturierung des Bankensystems beseitigen.

anleihen, da die EZB im März die Liste der für Ankäufe infrage kommender Anleihen um eben solche ergänzt hatte. Seit Jahresbeginn sind die Renditen für Unternehmensanleihen mit AAA-Rating um knapp 50 und für jene mit BBB-Rating um 70 Basispunkte gefallen.

Für den Prognosezeitraum erscheint ein moderater Anstieg der Kapitalmarkttrenditen wahrscheinlich, auch da sich der allgemeine Preisauftrieb beschleunigen dürfte. Die Ankaufprogramme werden aber wohl die Renditeanstiege begrenzen, da sie das Angebot an Schuldtiteln merklich verknappen.

Die Kreditzinsen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im Neugeschäft sind seit Jahresbeginn ebenfalls weiter gesunken, obgleich nicht ganz so stark wie die Kapitalmarkttrenditen. Im Mai 2016 lagen sie im Euroraum insgesamt bei knapp 1,8%. In den bonitätschwachen Mitgliedsländern müssen Unternehmen derzeit im Durchschnitt 70 Basispunkte mehr zahlen als in den bonitätsstarken, was auch den noch immer bestehenden Problemen in den dortigen Bankensektoren geschuldet ist. So ist in Italien der Bestand an ausfallgefährdeten Krediten in den vergangenen Jahren stark gestiegen und beträgt zurzeit etwa 11% im Verhältnis

zum Bruttoinlandsprodukt. Erste Erfolge bei der Gesundung der Bankbilanzen zeigen sich hingegen in Spanien. Hier ist der Bestand an notleidenden Krediten seit Ende des Jahres 2013 von gut 19% auf nun 12% gesunken. Auch in Irland haben die Hilfgelder der EU sowie die konjunkturelle Erholung zu einer Stabilisierung des Bankensektors beigetragen.

Die unterschiedliche Lage in den Bankensektoren der einzelnen Mitgliedsländer ist auch eine Ursache der immer noch höchst unterschiedlichen Entwicklung der Kreditbestände. Während das Volumen ausstehender Kredite in den ehemaligen Krisenländern am aktuellen Rand sinkt, hat sich die Kreditvergabe im Euroraum insgesamt und vor allem in den bonitätsstarken Mitgliedsländern merklich belebt. Hier wirken die geldpolitischen Maßnahmen der EZB besonders anregend, weil die dort ansässigen Banken die Kreditnachfrage der Unternehmen bereitwillig bedienen. Auch für die kommenden drei Monate rechnen die am Bank Lending Survey der EZB beteiligten Banken mit einer anziehenden Kreditnachfrage und gelockerten Kreditvergabebedingungen in diesen Ländern. In den ehemaligen Krisenländern dürften die Kreditbestände weiter sinken, jedoch mit verringertem Tempo.

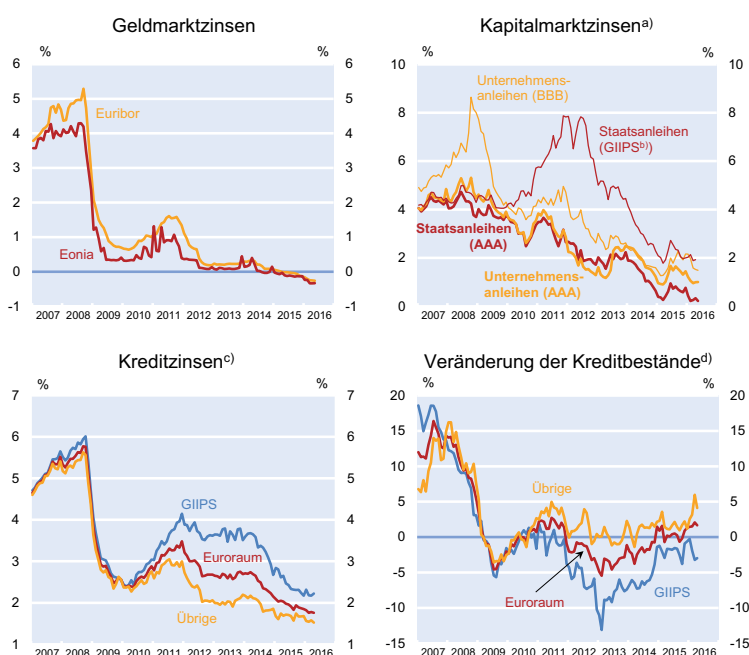
Alles in allem dürften die Finanzierungsbedingungen für private Unternehmen im Prognosezeitraum günstig bleiben. Der Expansionsgrad der Geldpolitik wird voraussichtlich hoch bleiben und die Kapitalmarkt- sowie Kreditzinsen niedrig. Auch die Lage im Bankensektor dürfte sich weiter verbessern und die Nachfrage nach Unternehmenskrediten moderat zulegen.

**Ausblick**

Die konjunkturelle Erholung im Euroraum wird sich voraussichtlich auch im Prognosezeitraum fortsetzen. Jüngste Unternehmens- und Haushaltsbefragungen deuten für die kommenden Quartale auf ein weiterhin moderates Expansionstempo hin, das hinter dem früherer Aufschwünge zurückbleibt.

Die Konjunktur im Euroraum dürfte im Prognosezeitraum vor allem durch die Binnen- nachfrage gestützt werden. So werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte in den kommenden Quartalen wohl weiter zulegen. Zum einen ist der allgemeine Preisauf-

**Abb. 2.4**  
Zur monetären Lage im Euroraum



<sup>1)</sup> Unternehmensanleihen = Zinsen für Anleihen von Unternehmen mit höchster (AAA) bzw. mittlerer (BBB) Bonität und einer Restlaufzeit von 10 Jahren. Staatsanleihen = Zinsen für Anleihen von Ländern des Euroraums mit höchster Bonität (AAA) bzw. GIIPS und einer Restlaufzeit von 10 Jahren; BIP-gewichtete Durchschnitte. - <sup>2)</sup> GIIPS beinhaltet die Länder Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien. - <sup>3)</sup> Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im Neugeschäft. (GIIPS ohne Griechenland). - <sup>4)</sup> Kreditbestände nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften (Gleitender Dreimonatsdurchschnitt in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt).

Quellen: Europäische Zentralbank; Reuters; Berechnungen des ifo Instituts.



trieb anhaltend gering und Energie äußerst preiswert. Zum anderen sind die Zinsen für Haushaltskredite niedrig und die Geschäftsbanken in den meisten Mitgliedsländern auch bereit, eine steigende Nachfrage zu befriedigen. Zudem wird die Beschäftigung im Prognosezeitraum wohl weiter zulegen und die Löhne moderat steigen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2016 bei durchschnittlich 10,3% liegen und im kommenden Jahr auf durchschnittlich 10,0% sinken.

Auch die privaten Unternehmen dürften in den kommenden Quartalen verstärkt in neue Anlagen und Maschinen investieren, vor allem auch da die Kreditzinsen sehr niedrig sind. Des Weiteren hat sich der Zugang von Unternehmen zu Bankkrediten in den meisten Mitgliedsländern in jüngster Zeit verbessert. Insbesondere in den ehemaligen Krisenländern Irland und Spanien ist die Restrukturierung des einst angeschlagenen Bankensektors sichtbar vorangeschritten. So wurden marode Institute geschlossen und überlebenschfähige Banken mit zusätzlichem Eigenkapital ausgestattet. Letztere sind nun vermehrt fähig und bereit, neue Kreditgeschäfte einzugehen.

Von Seiten des öffentlichen Sektors dürften im Prognosezeitraum ebenso positive Impulse für die Konjunktur im Euroraum ausgehen. Die EU-Kommission geht für die Jahre 2016 und 2017 von sinkenden strukturellen Finanzierungssalden in fast allen Mitgliedsländern aus. Für den Euroraum insgesamt ist mit einem strukturellen Defizit von 1,3% im Jahr 2016 und 1,4% im Jahr 2017 zu rechnen. Im vergangenen Jahr betrug das Defizit lediglich 1,0%.

Nur vom Außenbeitrag ist in diesem und im nächsten Jahr kaum mit einem positiven Impuls zu rechnen. Die Exporttätigkeit dürfte sich in den kommenden Quartalen dank einer anziehenden Nachfrage aus den Schwellenländern zwar etwas beleben. Jedoch wird diese Belebung wohl eher moderat ausfallen, auch da sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums zuletzt leicht verschlechterte. Die Importe dürften hingegen aufgrund der guten Binnennachfrage und steigender Realeinkommen kräftig zulegen.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem und im nächsten Jahr mit jeweils 1,7% zulegen.

Die Produktionslücke dürfte sich im Prognosezeitraum verringern und der Preisaufrieb erhöhen. Zudem werden die Effekte früherer Energiepreisrückgänge nach und nach auslaufen. Unter der Annahme real konstanter Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie eines unveränderten Euro/US-Dollar-Wechselkurses dürfte die Gesamtinflation im Durchschnitt des Jahres 2016 bei 0,1% liegen. Im kommenden Jahr wird sie wohl auf 1,4% steigen.

### 3. Aufschwung in Deutschland geht in die zweite Halbzeit

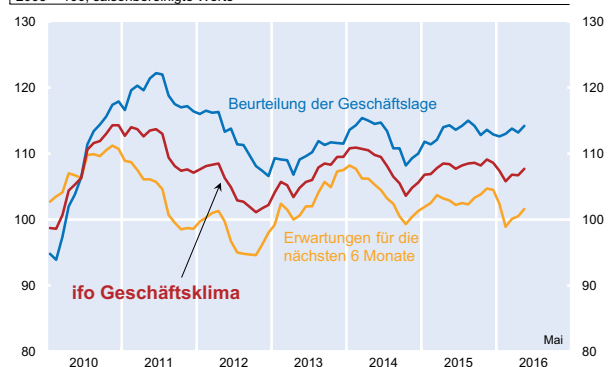
#### Überblick

In Deutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2016 kraftvoll gestiegen. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm saison- und kalenderbereinigt um 0,7% zu, im Jahresendquartal 2015 hatte die Rate bei 0,3% gelegen. Zusammengenommen hat die Produktion im Verlauf des Winterhalbjahrs mit einer Jahresrate von 2% expandiert, und damit schneller als das Produktionspotenzial (1½%). Besonders kräftig stieg die Wertschöpfung nach der Jahreswende im Verarbeitenden Gewerbe und, begünstigt von mildem Winter, auch im Baugewerbe. Die Gangart der Konjunktur dürfte aber nur vorübergehend so hoch gewesen sein; wichtigen Indikatoren zufolge ist das Expansionstempo bereits im zweiten Quartal wieder merklich geringer gewesen: So signalisieren der zwischenzeitliche Rückgang des ifo Geschäftsklimaindex und hier insbesondere die Eintrübung der Geschäftsaussichten (vgl. Abb. 3.1), dass es in Teilen der Wirtschaft zu Besorgnis und Unsicherheit gekommen ist, was die unternehmerischen Dispositionen und damit die Wirtschaftsaktivität im Frühjahr gedämpft haben dürfte. Zudem ist im Baugewerbe nach dem von guter Witterung überzeichneten Ergebnis des ersten Quartals ein Rückpralleffekt zu erwarten.

Verwendungsseitig geht die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2016 wie schon im Jahresendquartal 2015 auf den Anstieg der Binnennachfrage zurück: Die Ausrüstungsinvestitionen und hier insbesondere die Kfz-Käufe legten mit 1,9% im Vorquartalsvergleich kräftig zu. Noch stärker expandierten im gleichen Zeitraum die Bauinvestitionen (2,3%), befördert durch die saisonunüblich milde Witterung. Besonders lebhaft war die Nachfrage nach neuen Wohn- und Gewerbebauten. Der private Konsum expandierte nach der Jahreswende in unverändert schwungvollem Tempo weiter (0,4%), befördert von dem Plus an Kauf-

Abb. 3.1

ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft<sup>1)</sup>  
2005 = 100, saisonbereinigte Werte



<sup>1)</sup> Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.  
Quelle: ifo Konjunkturtest.

kraft im Gefolge steigender Löhne und erneut gesunkener Ölpreise. Zudem ging die zuvor recht kräftig gestiegene Sparneigung wieder leicht zurück. Langsamer als in den drei vorangegangenen Quartalen haben die staatlichen Konsumausgaben zugenommen. Der deutlich geringere Zustrom an Hilfesuchenden nach der Jahreswende hat die zuvor starke Zunahme der flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen gebremst. Der Außenhandel hat demgegenüber – wenngleich in weit geringerem Ausmaß als in der zweiten Jahreshälfte 2015 – einen negativen Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts geliefert. Zwar haben die Exporte nach dem Rückgang im Jahresendquartal wieder kräftig angezogen (1,0%), noch stärker nahmen aber die Importe im Zuge der Binnennachfrage zu (1,4%).

Bei alledem setzte sich der Beschäftigungsaufbau sogar beschleunigt fort, von Dezember 2015 bis April 2016 gerechnet stieg die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um 0,5%. Getragen wurde die Zunahme vom Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Ihre Zahl übertraf im März 2016 das Vorjahresniveau um 681 000 Personen. Zugleich hat die Arbeitslosigkeit weiter abgenommen. Gegenüber dem Vorjahr waren zuletzt 98 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet. Der Rückgang ist umso bemerkenswerter, als sich die Flüchtlingsmigration allmählich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar macht: So hat die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylyangabsländern im Mai 2016 nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit das vergleichbare Vorjahresniveau um 72 000 Personen übertroffen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2016).

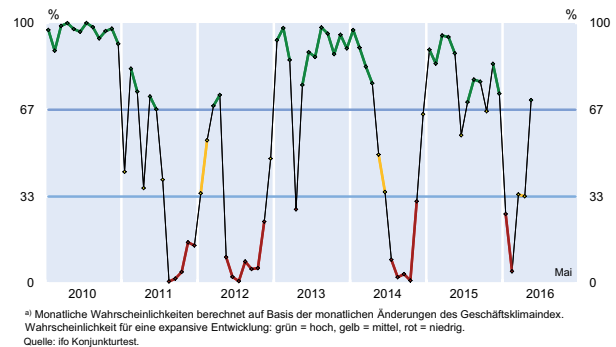
### Robuster Aufschwung setzt sich ohne Überhitzungserscheinungen fort

In den Frühjahrsmonaten dürfte sich das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion vorübergehend verlangsamt haben, ab den Sommermonaten wird sich die konjunkturelle Schlagzahl dann aber wieder erhöhen. Diese Entwicklung wird vom ifo Geschäftsklima, dem wichtigsten Frühindikator für die deutsche Wirtschaft, angezeigt. Die Wahrscheinlichkeit für eine Fortsetzung der expansiven Wirtschaftsentwicklung, die in den ersten Monaten des Jahres auf überraschend niedrige Werte gesunken war, hat im Mai die wichtige Zwei-Drittelmarke wieder übersprungen. Die ifo Konjunkturampel für die deutsche Wirtschaft steht damit wieder auf grün (vgl. Abb. 3.2).

Die quantitative Prognose für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion am aktuellen Rand erfolgt disaggregiert nach Wirtschaftsbereichen. Besonderer Fokus liegt dabei auf der systematischen Nutzung verfügbarer Frühindikatoren der amtlichen Statistik sowie monatlich zur Verfügung stehender Umfragedaten (vgl. Carstensen et al. 2009).

Abb. 3.2

ifo Konjunkturampel Deutschland – gewerbliche Wirtschaft  
Wahrscheinlichkeiten für eine expansive Wirtschaftsentwicklung<sup>\*)</sup>

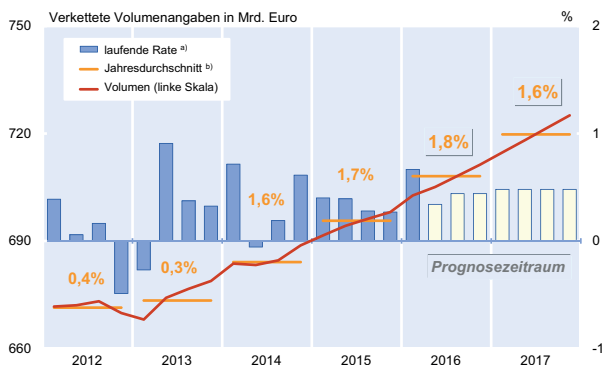


Aufgrund ihrer besonderen Stellung werden den Ergebnissen aus dem ifo Konjunkturtest eine wichtige Rolle beigegeben (vgl. Henzel und Rast 2013). Der Indikatorensetz signalisiert eine Wachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal) von 0,3% im zweiten Quartal und von 0,4% im dritten Vierteljahr. Die verhaltener Expansion im zweiten Quartal ist maßgeblich auf die schwache Entwicklung in der Industrie sowie im Baugewerbe zurückzuführen. Der Dienstleistungssektor wirkt hingegen stabilisierend. Im weiteren Verlauf findet die Industrie aber zu alter Stärke zurück; die ifo Geschäftserwartungen haben sich zuletzt spürbar verbessert. Auch der Rückgang im Baugewerbe, der lediglich eine Normalisierung nach der durch den milden Winter verzerrten Entwicklung im ersten Vierteljahr darstellt, dürfte nur temporärer Natur sein. Die Baufirmen berichten von einer anhaltend günstigen Geschäftsentwicklung bei gleichzeitig hoher Geräteauslastung. Mit dem Anstieg der Produktion in der Industrie dürften auch die Unternehmensdienstleister sowie der Verkehrssektor ihre reale Bruttowertschöpfung weiter ausweiten. Der Handelssektor und die konsumnahen Dienstleister profitieren vom robust expandierenden privaten Konsum. Die Entwicklung im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen wird von der schwungvollen Bautätigkeit beflügelt, bei den öffentlichen Dienstleistern schlägt sich die Flüchtlingsmigration nieder.

Im weiteren Verlauf wird sich der Aufschwung in kaum veränderten Tempo fortsetzen, getragen von der anhaltend schwungvollen Binnennachfrage. Der private Konsum expandiert weiter kräftig vor dem Hintergrund der günstigen Beschäftigungsentwicklung und höherer Transfereinkommen, der öffentliche Konsum verliert allerdings an Fahrt aufgrund des hier unterstellten verringerten Zustroms an Hilfesuchenden. Die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten profitieren von den günstigen Finanzierungsbedingungen, die Nachfrage nach Wohnbauten wird zusätzlich durch die hohe Zuwanderung angeregt. Vom Außenhandel sind im Prognosezeitraum weiterhin keine Impulse zu erwarten, Exporte und Importe dürften in ähnlichem Tempo expandieren.

Abb. 3.3

**Reales Bruttoinlandsprodukt**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).  
<sup>b)</sup> Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Insgesamt dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 um 1,8% zulegen (vgl. Kasten »Zur Revision der ifo Prognose vom Dezember 2015«) und damit mit einer etwas höheren Rate als im vergangenen Jahr (1,7%). Im Jahr 2017 dürfte sich der reale Anstieg auf 1,6% belaufen (vgl. Abb. 3.3). Kalenderbereinigt, d.h. unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen, nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr um 1,7% zu und im nächsten Jahr um 1,8% (vgl. Tab. 3.1). Alles in allem liegt das Anstiegstempo des realen Bruttoinlandsprodukts im Prognosezeitraum nur leicht über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials (1½%). Die Produktionslücke wird sich damit zwar weiter verringern und im nächsten Jahr wohl nahezu geschlossen sein, es zeichnen sich aber bei der insgesamt verhaltenen Gangart der Konjunktur keine Überhitzungserscheinungen auf den Güter- und Faktormärkten ab.

Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die stabile Grundtendenz bei alledem fortsetzen, jedoch kann der schwungvolle Beschäftigungsaufbau vom Jahresbeginn nicht ganz gehalten werden. Im Prognosezeitraum wird überwiegend die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeweitet wer-

den. Im Durchschnitt des Jahres 2016 steigt die Erwerbstätigenzahl um reichlich 500 000, im Jahr 2017 um 380 000. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt im Durchschnitt des laufenden Jahres um 95 000. Im Jahr 2017 dürfte sie dagegen um 35 000 steigen, nicht zuletzt aufgrund der hier unterstellten migrationsbedingten Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials. Die Arbeitslosenquote liegt in beiden Jahren voraussichtlich bei 6,1%.

Die Verbraucherpreise dürften im Jahresdurchschnitt 2016 um 0,5% steigen, dämpfend wirkt sich im Vorjahresvergleich das gegenüber 2015 niedrigere Niveau der Energiepreise aus. Nach dem Wegfall dieses Effekts werden die Verbraucherpreise im kommenden Jahr voraussichtlich um 1,5% zulegen.

Der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss dürfte von 0,6% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 auf 0,3% im Jahr 2016 sinken und im kommenden Jahr auf diesem Niveau bleiben (vgl. Tab. 3.2). Maßgeblich hierfür sind die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik und die Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Die Staatsverschuldung wird dabei weiter sinken. Die Schuldenquote des Staates wird in diesem Jahr bei 68% liegen und im nächsten Jahr bei 65%.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekannte Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen. Zur Berechnung der konkreten Intervalle für das Jahr 2016 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2015 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2016 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt, ± 0,6 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,8% reicht das Intervall also von 1,2% bis 2,4%. Die Punktprognose von 1,7% stellt den mittleren Wert dar, der am ehesten erwartet werden kann (vgl. rote Linie in Abb. 3.4). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass das entsprechende Prognoseintervall auf ± 1,0 Prozentpunkte ansteigt. Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,6% reicht das 68%-Prognoseintervall dann von 0,6 bis 2,6%.

Tab. 3.1

**Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts**

	2014	2015	2016	2017
Statistischer Überhang <sup>a)</sup>	0,7	0,5	0,4	0,6
Jahresverlaufsrate <sup>b)</sup>	1,5	1,3	1,9	1,9
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,6	1,4	1,7	1,8
Kalendereffekt <sup>c)</sup>	0,0	0,3	0,1	-0,2
Jahresdurchschnittliche Veränderung	1,6	1,7	1,8	1,6

<sup>a)</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – <sup>b)</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. – <sup>c)</sup> In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

**Finanzpolitische Rahmenbedingungen**

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Allerdings nehmen die fiskalischen Impulse im Zeitverlauf ab. Im laufenden Jahr kam es zu Entlastungen bei der

**Tab. 3.2**  
**Eckdaten der Prognose für Deutschland**

	2014	2015	2016	2017
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr <sup>a)</sup>				
Private Konsumausgaben	0,9	2,0	1,9	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,7	2,5	2,4	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,2	3,4	2,4
Ausrüstungen	4,5	4,8	3,7	2,9
Bauten	2,9	0,3	3,6	2,1
Sonstige Anlagen	3,1	2,6	2,1	2,4
Inländische Verwendung	1,3	1,6	2,2	1,6
Exporte	4,0	5,4	2,9	4,1
Importe	3,7	5,8	4,1	4,6
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,6	1,7	1,8	1,6
Erwerbstätige <sup>b)</sup> (1000 Personen)	42 703	43 056	43 570	43 949
Arbeitslose (1000 Personen)	2 898	2 795	2 698	2 732
Arbeitslosenquote BA <sup>c)</sup> (in %)	6,7	6,4	6,1	6,1
Verbraucherpreise <sup>d)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,9	0,3	0,5	1,5
Lohnstückkosten <sup>e)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	1,7	1,8	1,8
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f)</sup>				
– in Mrd. EUR	8,4	19,6	10,6	10,6
– in % des Bruttoinlandsprodukts	0,3	0,6	0,3	0,3
Leistungsbilanzsaldo				
– in Mrd. EUR	212,9	257,2	274,5	286,5
– in % des Bruttoinlandsprodukts	7,3	8,5	8,7	8,8

<sup>a)</sup> Preisbereinigte Angaben. – <sup>b)</sup> Inlands-konzept. – <sup>c)</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition ge-mäß Bundesagentur für Arbeit). – <sup>d)</sup> Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – <sup>e)</sup> Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeit-nehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – <sup>f)</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Versicherten allein zu tragenden Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung (um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte). Im Jahr 2017 wird der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung noch einmal (um rund 0,2 Prozentpunkte) angehoben. Zudem wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung ebenfalls um 0,2 Prozentpunkte erhöht.

Auf der Ausgabenseite wirken verschiedene Maßnahmen im Gesundheitsbereich expansiv. So kommt es im Jahr 2016 zu einer Leistungsausweitung bei der Gesundheitsförderung und der Prävention und zu einer Verbesserung der Versorgungsstrukturen der Krankenhäuser. Im Jahr 2017 werden die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung ausgeweitet. Zudem gehen von den investiven Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, dem Investitionspaket des Bundes sowie dem Wohnungsbauprogramm expansive Impulse aus, die sowohl die Bruttoinvestitionen des Staates als auch den staatlichen Konsum und die staatlichen Vermögenstransfers erhöhen.

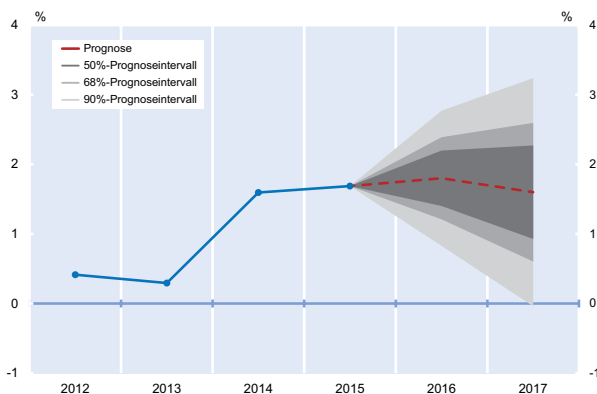
Neben den finanzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung wirken im Prognosezeitraum die Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration überschussmindernd. Im laufenden Jahr dürften diese Ausgaben um rund 8,0 Mrd. und im kommenden Jahr um etwa 2,7 Mrd. Euro (gegenüber dem jeweiligen Vorjahr) zunehmen (vgl. Tab. 3.3).<sup>1</sup>

Lohn- und Einkommensteuer. So wurden zum 1. Januar die Eckwerte des Einkommensteuertarifs angehoben, um die Mehreinnahmen aus der kalten Progression zurückzugeben. Zudem wurden das Kindergeld und der Kinderfreibetrag erhöht. Dämpfend wirkt hingegen die Anhebung des von den

Ohne Berücksichtigung der flüchtlingsbedingten Mehrausgaben belaufen sich die fiskalischen Impulse in den Jahren 2016 und 2017 auf insgesamt rund 0,3 bzw. 0,1% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Unter Berücksichtigung der Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration liegen die expansiven Impulse in den Jahren 2016 und 2017 sogar bei 0,5 bzw. 0,2%.

Abb. 3.4

**Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts**



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

### Weltwirtschaftliches Umfeld und preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Die Prognose basiert auf der Annahme, dass ein Barrel Rohöl der Sorte Brent im Jahr 2016 durchschnittlich

<sup>1</sup> Zu den hier unterstellten Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration entstehen, gehören nicht nur die individuell zurechenbaren monetären Sozialleistungen, die sich auf Basis der aktuellen Flüchtlingszahlen und unter Setzung weiterer Annahmen über die Leistungen pro Kopf ergeben, sondern auch allgemeine Ausgaben, z.B. für die Aufstockung des Personalbestands der Verwaltungsbehörden (etwa beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), sowie für investive Ausgaben. Da die Asylsuchenden zunehmend individuell untergebracht werden, dürften sich die monetären Sozialleistungen im Jahr 2017 noch einmal erhöhen, während die konsumtiven Leistungen, die unter anderem durch die Unterbringung in Sammelunterkünften entstehen, im Jahr 2017 bereits wieder zurückgehen.



**Tab. 3.3**  
**Erhöhung staatlicher Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration**

Veränderung in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr	2016	2017
Monetäre Sozialleistungen	3,2	2,9
Staatskonsum	4,4	- 0,3
Investitionen	0,4	0,1
Summe	8,0	2,7

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

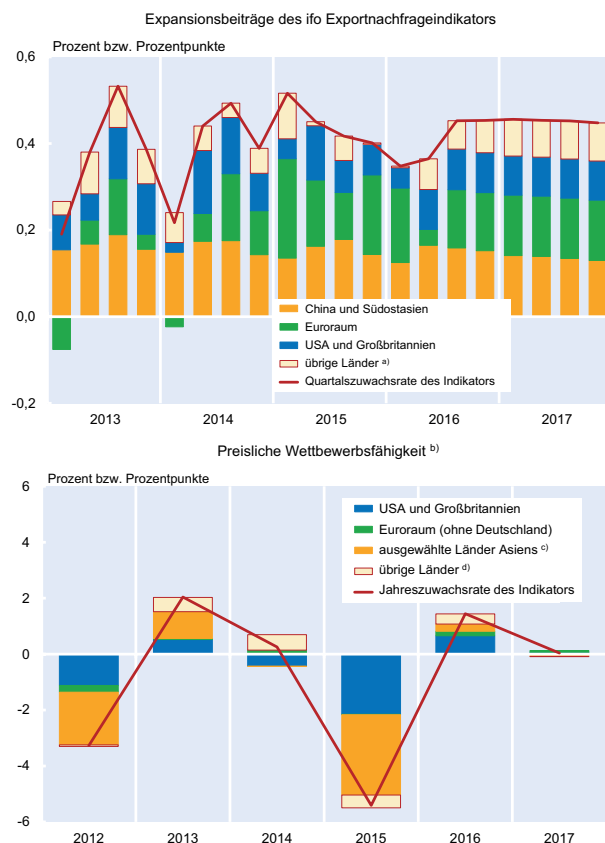
45,4 US-Dollar und im kommenden Jahr 51,0 US-Dollar kostet. Die Wechselkurse werden im Prognosezeitraum konstant fortgeschrieben, so dass das Tauschverhältnis zwischen US-Dollar und Euro in diesem und im kommenden Jahr bei 1,11 liegt.

Das Expansionstempo der Weltwirtschaft wird sich – wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben – bis in das dritte Quartal 2016 beschleunigen. Danach werden die Zuwachsraten – vor allem aufgrund der Verlangsamung der Dynamik in China – bis zum Ende des Prognosezeitraums leicht abnehmen. Da allerdings der Anteil Chinas an der Weltproduktion größer ist als der Anteil der deutschen Ex-

porte nach China an den gesamten Ausfuhren, legt der ifo Exportnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Prognosen der wichtigen deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, ab dem dritten Quartal 2016 mit konstanten Raten zu. Zudem werden die abnehmenden Impulse Chinas größtenteils durch eine sich beschleunigende Dynamik in einigen Ländern Osteuropas ausgeglichen. Insgesamt kommt die stärkste Nachfrage nach deutschen Gütern jedoch weiterhin aus Asien und dem Euroraum (vgl. oberes Bild in Abb. 3.5). Von den USA, Großbritannien und den sonstigen Handelspartnern in Lateinamerika, Osteuropa und Japan dürften ebenfalls positive Impulse ausgehen.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 37 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes dürfte sich in diesem Jahr verschlechtern (vgl. unteres Bild in Abb. 3.5). Im ersten Halbjahr wird dieser Anstieg des Indikators vor allem von der Aufwertung des Euro gegenüber den wichtigsten Währungen getrieben. Im zweiten Halbjahr, unter der Annahme konstanter Wechselkurse, ergibt sich die weitere Verschlechterung dadurch, dass die Preise in Deutschland stärker steigen als jene vieler Handelspartner. In diesem Jahr verschlechtert sich die Wettbewerbsposition insbesondere gegenüber den USA, aber auch gegenüber China und dem Euroraum. Im kommenden Jahr wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nicht weiter abnehmen. Insgesamt aber ist die Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen, aufgrund der sehr starken Verbesserung zwischen Herbst 2014 und Sommer 2015, weiterhin sehr günstig.

**Abb. 3.5**  
**Exportindikatoren**



<sup>a)</sup> Lateinamerika, Osteuropa und Japan. - <sup>b)</sup> Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 37 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. - <sup>c)</sup> China, Hongkong, Südkorea, Singapur und Japan. - <sup>d)</sup> Dänemark, Schweden, Norwegen, Schweiz, Bulgarien, Kroatien, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Kanada und Australien.  
Quellen: Deutsche Bundesbank; IWF; OECD; Berechnungen des ifo Instituts; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

**Negativer Beitrag des Außenhandels zur BIP-Entwicklung in diesem Jahr**

Im ersten Quartal 2016 stieg die Warenausfuhr überraschend stark an.<sup>2</sup> Deutlich positive Impulse kamen aus Europa, und hier insbesondere aus den Nicht-EU-Staaten, während die Ausfuhren in die USA das dritte Quartal in Folge zurückgingen. Die Exporte nach Asien verharrten auf dem Niveau des Vorquartals, nachdem sie im zweiten Halbjahr 2015 kontinuierlich schrumpften. Die Einnahmen aus Dienstleistungsexporten waren stark rückläufig, was wohl auf eine Gegenreaktion zum überzeichneten vierten Quartal zurückzuführen ist. Die Importe legten stärker zu als die Exporte, vor allem weil sich die Einfuhr von Waren kräftig erhöhte. Real wurden insbesondere mehr Konsumgüter nachgefragt, aber auch zusätzliche Vorleistungsgüter.<sup>3</sup> Die Ausgaben für Dienstleistungsimporte wurden nach dem äußerst starken vierten Quartal im ersten Quartal merklich zurückgefahren.

<sup>2</sup> Insbesondere die monatliche Außenhandelsstatistik hätte auf einen deutlich geringeren Anstieg der Warenausfuhr in Abgrenzung der VGR schließen lassen. Diese Diskrepanz ist wohl auf den starken Anstieg der Einnahmen aus Nichtwährungsgold zurückzuführen.  
<sup>3</sup> Die entsprechenden nominalen Einfuhrzahlen wurden mit dem Einfuhrpreisindex deflationiert.



**Kasten****Zur Revision der ifo Prognose vom Dezember 2015**

Im Dezember 2015 hatte das ifo Institut die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2016 des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 1,9% veranschlagt. In der vorliegenden Prognose wird an der konjunkturellen Grundeinschätzung vom vergangenen Dezember festgehalten; der binnenwirtschaftlich getriebene Aufschwung setzt sich im Jahr 2016 fort. Allerdings wird die Zuwachsrate des realen BIP in der nun vorliegenden Prognose marginal auf 1,8% zurückgenommen (vgl. Tab. 3.4). Zu dieser leichten Abwärtsrevision trägt einmal bei, dass das konjunkturelle Tempo in der zweiten Jahreshälfte 2015 der aktuellen VGR zufolge etwas geringer ausgefallen ist, als damals veranschlagt worden war. Der statistische Überhang ist damit niedriger als im Dezember 2015 erwartet worden war. Zudem wird in dieser Prognose das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahresverlauf 2016 um 0,2 Prozentpunkte auf 1,9% zurückgenommen.

Auch die Prognosen der Verwendungsaggregate wurden angepasst: Bei der Schätzung des privaten und des öffentlichen Konsums schlägt zu Buche, dass die für das laufende und das kommende Jahr unterstellte Flüchtlingszuwanderung gegenüber der Dezember-schätzung deutlich nach unten korrigiert worden ist (vgl. Kasten »Zu den Arbeitsmarkteffekten der Zuwanderung«). Die spürbare Anhebung der prognostizierten Veränderungsrate der Bauinvestitionen trägt primär dem deutlich höheren Überhang aus dem Vorjahr Rechnung. Die größte Korrektur gab es beim Veränderungsbeitrag des Außenhandels zum realen BIP, was vor allem Folge der schwächeren Einschätzung der weltwirtschaftlichen Dynamik ist. Da die Exportprognose stärker zurückgenommen wurde als die Importprognose, sinkt der Veränderungsbeitrag von null Prozentpunkten auf nunmehr – 0,3 Prozentpunkte.

**Tab. 3.4**  
**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2016**  
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts

	ifo Dezemberprognose 2015		ifo Juniprognose 2016		Prognosekorrektur für 2016	
	Prognosewerte für 2016		Prognosewerte für 2016		Differenz der Wachstumsraten bzw. - beiträge	
	Veränderung in % gegen- über Vorjahr	Wachstums- beitrag in %- Punkten <sup>a)</sup>	Veränderung in % gegen- über Vorjahr	Wachstums- beitrag in %- Punkten <sup>a)</sup>	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<b>Inlandsnachfrage</b>	<b>2,1</b>	<b>1,9</b>	<b>2,2</b>	<b>2,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>
Privater Konsum	2,0	1,1	1,9	1,0	– 0,1	– 0,1
Staatlicher Konsum	3,5	0,7	2,4	0,5	– 1,1	– 0,2
Ausrüstungen	3,5	0,2	3,7	0,2	0,2	0,0
Bauten	2,1	0,2	3,6	0,3	1,5	0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,4	0,1	2,1	0,1	– 0,3	0,0
Vorratsveränderungen	–	– 0,3	–	– 0,1	–	0,2
<b>Außenbeitrag</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>–</b>	<b>– 0,3</b>	<b>–</b>	<b>– 0,3</b>
Ausfuhr	4,4	2,0	2,9	1,4	– 1,5	– 0,6
Einfuhr	5,3	– 2,1	4,1	– 1,6	– 1,2	0,5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 0,1</b>

<sup>a)</sup> Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

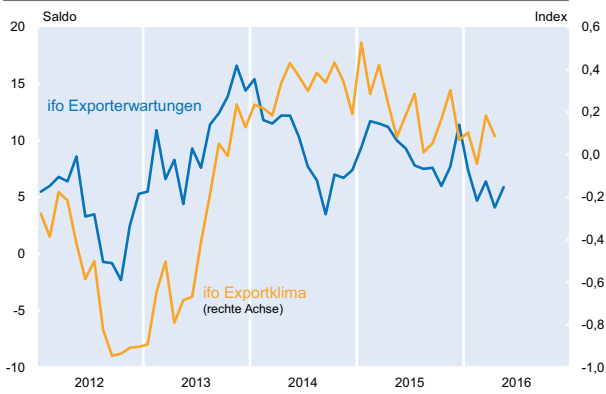
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Insgesamt dämpfte damit der Außenhandel rein rechnerisch die Expansion des Bruttoinlandsprodukts.

Im zweiten Quartal werden die Exporte voraussichtlich mit 0,9% ähnlich stark zulegen wie im ersten Quartal. Dafür spricht, dass sich das ifo Exportklima im April gegenüber dem ersten Quartal leicht verbessert hat; positive Impulse auf den Indikator kamen insbesondere von den Einschätzungen der ausländischen Unternehmen, während sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert hat (vgl. Abb. 3.6). Die für April vorliegende nominale Ausfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels zog gegenüber dem ersten

Quartal sogar kräftig an. Die Aufträge aus dem Ausland für das Verarbeitende Gewerbe (ohne sonstigen Fahrzeugbau) sind hingegen im April deutlich gegenüber dem Vorquartal gefallen. Allerdings haben die Aufträge im Winterhalbjahr bereits recht kräftig zugelegt, so dass sich der Auftragsbestand seitdem verbessert hat. Gleichzeitig liegen die ifo Exporterwartungen im Durchschnitt der Monate April und Mai unter dem ersten Quartal. Demnach erwarten weniger Firmen positive Impulse aus dem Auslandsgeschäft als im Vorquartal. Die deutliche Beschleunigung der weltwirtschaftlichen Dynamik im dritten Quartal, die vor allem auf die Entwicklung im Euroraum zurückzuführen ist, wird auch die

**Abb. 3.6**  
**Frühindikatoren für den Export**  
Saisonbereinigte Werte

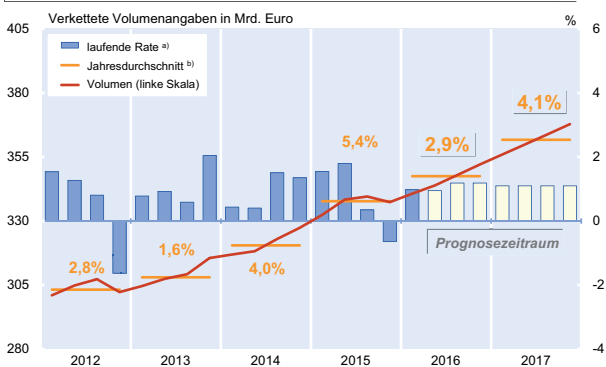


Quelle: ifo Institut.

deutschen Exporte stärker steigen lassen. Im weiteren Verlauf dürfte die Ausfuhrdynamik auf einer ähnlich hohen Rate wie im dritten Quartal verharren, bevor sie sich im kommenden Jahr geringfügig abschwächt. Zum einen wird die weltwirtschaftliche Expansion in etwa das Tempo des dritten Quartals halten können. Zum anderen wirkt die sich in diesem Jahr verschlechternde deutsche Wettbewerbsfähigkeit allmählich dämpfend auf die Ausfuhren. Aufgrund des niedrigen Niveaus zum Ende des Jahres 2015 ist in diesem Jahr mit einem Anstieg des realen Exports um lediglich 2,9% zu rechnen. Im Jahr 2017 dürfte er mit 4,1% expandieren (vgl. Abb. 3.7).

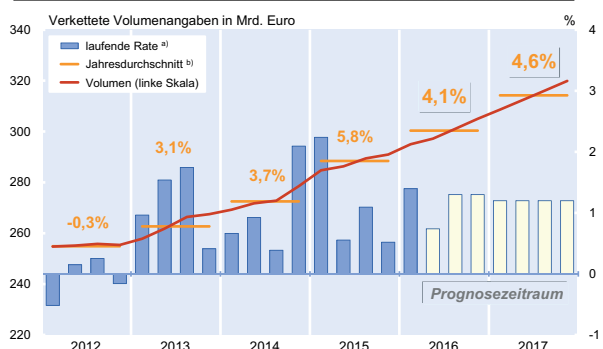
Der Import wird im zweiten Quartal 2016 voraussichtlich deutlich schwächer steigen als im ersten Quartal. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, in die verstärkt Vorleistungsgüter aus dem Ausland eingehen, zog im April nur geringfügig gegenüber dem ersten Quartal an. Die nominale Einfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels lag im April hingegen deutlich unter dem ersten Vierteljahr. Im dritten Quartal dürfte die Einfuhr dann mit einer deutlich höheren Rate als im zweiten Quartal expandieren. Der Import wird

**Abb. 3.7**  
**Reale Exporte**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).  
<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

**Abb. 3.8**  
**Reale Importe**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).  
<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

dabei vor allem von der Expansion der Ausfuhren stimuliert, die den Bedarf an ausländischen Vorleistungsgütern weiter erhöhen dürfte. Im weiteren Verlauf verliert die Ausweitung der Einfuhren etwas an Schwung, da sich einerseits die Exporte leicht abschwächen und andererseits von den Ausrüstungsinvestitionen keine zusätzlichen Impulse mehr kommen. Insgesamt dürfte der Import in diesem Jahr um 4,1% expandieren. Im kommenden Jahr wird er voraussichtlich um 4,6% steigen (vgl. Abb. 3.8). Alles in allem wird der Außenhandel damit in diesem Jahr einen negativen Beitrag zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts von – 0,3 Prozentpunkten leisten. Im kommenden Jahr dürfte der Außenhandel rechnerisch einen leicht positiven Beitrag von 0,1 Punkten liefern (vgl. Tab. 3.5).

Die Terms of Trade sind im ersten Quartal 2016 deutlich gestiegen. Die Einfuhrpreise reduzierten sich abermals kräftig aufgrund des erneuten Energiepreiserückgangs. Die Ausfuhrpreise fielen, wenn auch weniger stark als die Einfuhrpreise, da die Exporteure insbesondere chemische Erzeugnisse günstiger anboten. Im zweiten Quartal dürften die Terms of Trade in etwa unverändert bleiben. Darauf weisen die vorliegenden Werte für die Außenhandelspreise hin; sowohl die Ein- als auch die Ausfuhrpreise werden voraussichtlich um jeweils 0,4% fallen. Die Preise für Energieimporte dürften sich erneut stark reduzieren; Rückgänge werden wohl aber auch bei den Einfuhrpreisen für chemische Erzeugnisse und Datenverarbeitungsgeräte zu beobachten sein. Das führt wohl auch dazu, dass sich die Ausfuhrpreise für chemische Erzeugnisse und Datenverarbeitungsgeräte reduzieren. Darüber hinaus dürften auch deutsche Kraftfahrzeuge und -teile im Ausland günstiger werden. Im weiteren Prognosezeitraum werden sowohl die Ein- als auch die Ausfuhrpreise leicht beschleunigt zulegen. Aufgrund der in der Tendenz positiven Grunddynamik der Auslandsnachfrage können die inländischen Unternehmen ihre Kostensteigerungen besser auf ihre Abnehmer überwälzen. Gleichzeitig dürfte die Möglichkeit bestehen, bei ausländischen Firmen, aufgrund der stabilen deutschen Konjunktur, höhere Preise durchzusetzen.

**Tab. 3.5**  
**Wachstumsbeiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts**  
 (in Prozentpunkten)

	2015	2016	2017
Konsumausgaben	1,6	1,5	1,2
Private Konsumausgaben	1,1	1,0	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,5	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,4	0,7	0,5
Ausrüstungen	0,3	0,2	0,2
Bauten	0,0	0,3	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	- 0,5	- 0,1	- 0,1
Letzte inländische Verwendung	1,5	2,1	1,5
Außenbeitrag	0,2	- 0,3	0,1
Exporte	2,5	1,4	1,9
Importe	- 2,3	- 1,6	- 1,8
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>a)</sup></b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>	<b>1,6</b>

<sup>a)</sup> Veränderung in % gegenüber Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

zen. Insgesamt werden die Ausführpreise voraussichtlich mit etwas höheren Raten anziehen als die Einfuhrpreise, so dass sich die Terms of Trade in diesem und im kommenden Jahr verbessern dürften. In diesem Jahr werden sie, auch bedingt durch das starke erste Quartal 2016, um kräftige 2,0% steigen. Im kommenden Jahr wird sich der Anstieg wohl auf 0,4% belaufen. Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr bei 8,7% und im kommenden Jahr bei 8,8% liegen.

### Gedämpfte Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Vierteljahr 2016 kräftig um 1,9% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Maßgeblich hierfür war die merkliche Ausweitung der privaten Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge, welche mit 3% im Vorquartalsvergleich den stärksten Zuwachs seit zwei Jahren verzeichneten. Zu dieser Entwicklung dürften vor allem die bessere Auftragslage sowie die gestiegene Produktion im Verarbeitenden Gewerbe beigetragen haben. Bei den staatlichen Ausrüstungsinvestitionen kam es, nach dem deutlichen Anstieg zum Jahresende 2015, zu einer Gegenreaktion im ersten Quartal des laufenden Jahres.

Im Sommerhalbjahr dürfte sich die positive Grunddynamik der Ausrüstungsinvestitionen abschwächen. So liegen Produktion und Umsätze der Investitionsgüterproduzenten im April 2016 unter dem Wert von Januar, wenngleich ein kräftiger Anstieg gegenüber März zu beobachten ist. Darüber hinaus kam es jüngst zu einem Rückgang der Aufträge der Investitionsgüterproduzenten aus dem In- und Ausland. Diese Entwicklungen spiegeln sich in den ifo Geschäftserwartungen der Investitionsgüterproduzenten, die sich trotz Er-

holung am aktuellen Rand unter ihrem Wert von Ende 2015 befinden, wider (vgl. Abb. 3.9). Überdies ist die Kapazitätsauslastung der Unternehmen im April 2016 gefallen. Es ist daher nur mit geringen Erweiterungsinvestitionen zu rechnen.

Im weiteren Prognosezeitraum wird die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung allerdings wohl wieder steigen, so dass es wieder zu einer stärkeren Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen kommen dürfte. So zeigt sich seit Jahresbeginn eine deutliche Belebung der Nachfrage nach Unternehmenskrediten; diese legten zwischen Januar und April annualisiert um gut 5% pro Monat zu. Dazu dürften auch die günstigen Finanzierungsbedingungen beigetragen haben, die sich bereits seit Längerem sowohl an den Ergeb-

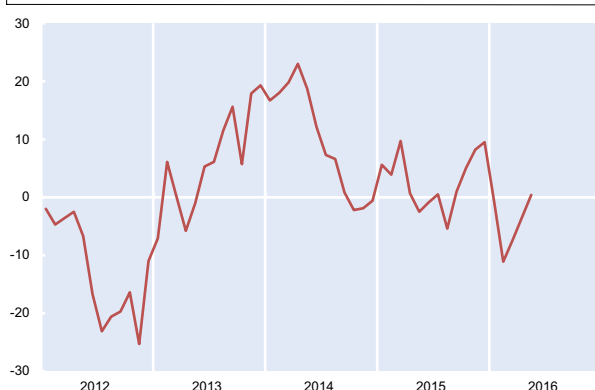
nissen der Befragungen von Unternehmen (Kredithürde) und Kreditinstituten (Bank Lending Survey der EZB) als auch an den niedrigen Kreditzinsen ablesen lassen. Gegen Ende des Prognosehorizonts dürfte es im Einklang mit den Exporten zu einer leichten Verlangsamung des Expansionsstempos kommen.

Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr wohl um 3,7% gegenüber dem Vorjahr zulegen. Für das Jahr 2017 ergibt sich voraussichtlich eine Zunahme in Höhe von 2,9% (vgl. Abb. 3.10).

### Bauinvestitionen weiter auf Expansionskurs

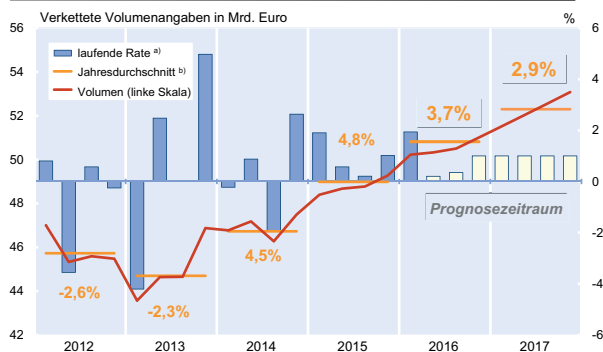
Nachdem die Bauinvestitionen bereits im vierten Quartal 2015 merklich um 2,0% gegenüber dem Vorquartal expandierten, kam es im ersten Quartal dieses Jahres abermals zu einer deutlichen Ausweitung um 2,3%. Der Anstieg der Bauinvestitionen dürfte dabei jedoch von dem außerge-

**Abb. 3.9**  
**ifo Geschäftserwartungen für Investitionsgüterproduzenten**  
 Saldo in %



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abb. 3.10**  
**Reale Investitionen in Ausrüstungen**  
 Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

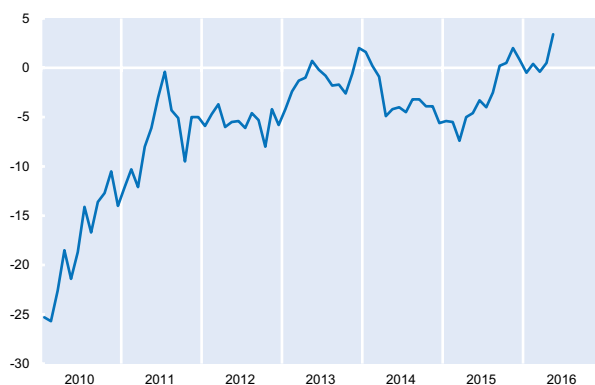


<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).  
<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

wöhnlich milden Winter überzeichnet worden sein. Zudem kamen Impulse aus dem Bedarf nach Wohnraum im Zuge der Flüchtlingsmigration.

Die Wohnungsbauinvestitionen legten im vergangenen Quartal mit 2,1% so kräftig zu wie seit zwei Jahren nicht mehr. Neben der weiterhin hohen Zuwanderung dürfte die anhaltend günstige Lage am Arbeits- und Kreditmarkt sowie die gute Einkommenssituation der privaten Haushalte zur kräftigen Expansion beigetragen haben. Dieser Trend dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. So kam es im April mit annualisiert gut 4% zur höchsten Zuwachsrate der Wohnungsbaukredite seit über zehn Jahren. Zudem bewegt sich das ifo Geschäftsklima für das Baugewerbe auf historisch hohem Niveau (vgl. Abb. 3.11). Auch die Auftragseingänge im Wohnungsbau, die Auftragsbestände und die Neubaugenehmigungen zeigen am aktuellen Rand einen kräftigen Anstieg. Allerdings hat der äußerst milde Winter die konjunkturelle Tendenz wohl überzeichnet. Dementsprechend wird es nach dem starken Winterhalbjahr 2015/2016 voraussichtlich saison- und kalenderbereinigt – als technische Gegenreaktion – zu einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen kommen.

**Abb. 3.11**  
**ifo Geschäftsklima im Baugewerbe**  
 Saldo in %



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Im weiteren Prognoseverlauf wird sich der positive Trend der Wohnungsbauinvestitionen wohl fortsetzen. Für das Jahr 2016 werden sie voraussichtlich um 3,2% ausgeweitet; im Jahr 2017 ergibt sich ein Anstieg um 2,3%.

Ähnlich den Wohnungsbauinvestitionen wiesen auch die gewerblichen Bauinvestitionen zu Jahresbeginn mit 3,6% den stärksten Quartalszuwachs seit zwei Jahren auf. Insbesondere die Belegung der Ausrüstungsinvestitionen im gleichen Zeitraum sowie die kurzfristige Investitionsnachfrage zur Umwandlung bestehender Gebäude zwecks Unterbringung von Flüchtlingen dürften sich hier niedergeschlagen haben. Vor dem Hintergrund der abnehmenden Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen sowie der geringeren Flüchtlingsmigration wird es voraussichtlich zu einer Korrektur der gewerblichen Bauinvestitionen im laufenden Quartal kommen. Mit wieder zunehmender gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung dürfte jedoch wieder verstärkt in gewerbliche Bauten investiert werden. Insbesondere der gewerbliche Hochbau sollte dabei Impulse liefern. Darauf deuten sowohl die noch vollen Auftragsbücher als auch die angestiegenen Neubaugenehmigungen hin. Hier entwickelte sich am aktuellen Rand vor allem der Bereich Handel und Lager positiv. Im laufenden Jahr werden die Investitionen in gewerbliche Bauten voraussichtlich um 3,4% ausgeweitet. Für das Jahr 2017 dürfte sich eine Rate von 1,7% ergeben.

Der öffentliche Bau legte im ersten Quartal 2016 nach dem kräftigen Zuwachs zum Jahresende 2015 mit einer geringeren Rate von 0,4% zu. Im Anbetracht weiterhin kräftig ansteigender Auftragseingänge, eines hohen Auftragsbestandes sowie zahlreicher Neubaugenehmigungen dürfte dieser geringe Zuwachs nur eine Reaktion auf die hohe Zuwachsrate im vierten Quartal 2015 gewesen sein. Im Prognosezeitraum dürfte sich vor dem Hintergrund frei werdender Kapazitäten durch die geringere Flüchtlingsmigration der Kommunalinvestitionsförderungsfonds für finanzschwache Kommunen bemerkbar machen. Weitere Impulse sollten darüber hinaus vom Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau kommen. Im laufenden Jahr nehmen die öffentlichen Bauinvestitionen somit voraussichtlich um 5,7% gegenüber dem Vorjahr zu und somit so stark wie zuletzt 1999. Für das kommende Jahr ergibt sich voraussichtlich ein Zuwachs von 2,2%.

Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr spürbar um 3,6% ausgeweitet werden. Im Jahr 2017 ergibt sich ein Zuwachs um 2,1% (vgl. Tab. 3.6 und Abb. 3.12).

### Konsumexpansion hält an

Der private Konsum hat im Jahr 2015 mit einer durchschnittlichen Rate von 0,4% pro Quartal recht schwungvoll expandiert. Im ersten Vierteljahr 2016 hat sich der Anstieg der Verbrauchsausgaben mit gleichem Tempo fortgesetzt. Befördert

**Tab. 3.6**  
**Reale Bruttoanlageinvestitionen**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2015	2016	2017
<b>Bauten</b>	0,3	3,6	2,1
Wohnungsbau	1,6	3,2	2,3
Nichtwohnungsbau	- 1,5	4,1	1,8
Gewerblicher Bau	- 1,8	3,4	1,7
Öffentlicher Bau	- 0,6	5,7	2,2
<b>Ausrüstungen</b>	4,8	3,7	2,9
<b>Sonstige Anlagen</b>	2,6	2,1	2,4
<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>	2,2	3,4	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

wurde die Konsumkonjunktur durch die weitere Zunahme der Beschäftigung, durch höhere Arbeits- und Transfereinkommen und auch durch steuerliche Entlastungen. So wurden der Grund- und der Kinderfreibetrag erhöht und der Einkommensteuertarif marginal abgesenkt. Bei den Transfers schlug als Plus zu Buche, dass das Kindergeld, die Hartz-IV-Leistungen und das Wohngeld angehoben wurden. Zusätzlich stieg die Kaufkraft der Verbraucher durch den erneuten Rückgang der Heizöl- und Kraftstoffpreise. Schließlich hat die Sparquote im ersten Vierteljahr wieder etwas nachgegeben, die im Jahresendquartal 2015 merklich gestiegen war. Gefragt waren vor allem Einrichtungsgegenstände und Pkw.

Den Frühindikatoren zufolge dürfte sich die Expansion des privaten Konsums im Frühjahr verlangsamt haben. So haben die realen Einzelhandelsumsätze im April enttäuscht; saisonbereinigt unterschritten sie sogar den Durchschnittswert des ersten Quartals deutlich. Allerdings sind das Konsumentenvertrauen und die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen zuletzt spürbar gestiegen (vgl. Abb. 3.13). Die Zahl der von privaten Haltern neu zugelassenen Pkw übertraf im Mittel der Monate April und Mai saisonbereinigt den Durchschnittswert des ersten Quartals. Gestützt wurde die Verbrauchskonjunktur von der guten Beschäftigungssituation; die im Vergleich zum ersten Quartal wieder deutlich höheren Benzin- und Kraftstoffpreise kosteten dagegen Kaufkraft. Jeder Zehntelprozentpunkt mehr Inflation bedeutet für die

privaten Haushalte (auf ein volles Jahr gerechnet) einen Realeinkommensverlust von knapp 2 Mrd. Euro.

In der zweiten Jahreshälfte dürften die privaten Konsumausgaben wieder rascher expandieren. Die monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte werden stark beschleunigt zulegen. So werden die gesetzlichen Altersrenten zur Jahresmitte außerordentlich kräftig angehoben (vgl. Bundesagentur für Arbeit und Sozialordnung 2016).<sup>4</sup> Auch wird der Kindergeldzuschlag um 20 Euro monatlich pro Kind erhöht. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,2% expandieren, real um 2,2%. Bei einer leicht erhöhten Sparquote ist im Jahresdurchschnitt 2016 mit einer Zunahme des realen privaten Konsums um 1,9% zu rechnen (vgl. Abb. 3.14).

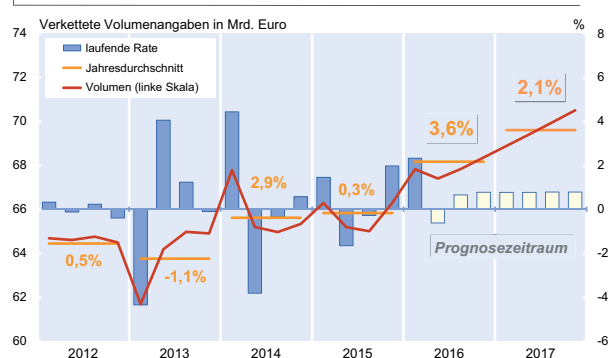
Der Anstieg des privaten Konsums wird sich im kommenden Jahr weiter fortsetzen. Die Bruttolöhne werden um 3,4% deutlich expandieren, netto fällt die Zunahme mit 2,6% deutlich geringer aus. Dämpfend wirkt die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung, zudem steigt der von Arbeitnehmern und Transferempfängern allein zu tragende Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung. Zudem wirkt die Progression des Einkommensteuertarifs wieder voll. Bei den monetären Sozialleistungen wirkt im ersten Halbjahr

Der Anstieg des privaten Konsums wird sich im kommenden Jahr weiter fortsetzen. Die Bruttolöhne werden um 3,4% deutlich expandieren, netto fällt die Zunahme mit 2,6% deutlich geringer aus. Dämpfend wirkt die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung, zudem steigt der von Arbeitnehmern und Transferempfängern allein zu tragende Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung. Zudem wirkt die Progression des Einkommensteuertarifs wieder voll. Bei den monetären Sozialleistungen wirkt im ersten Halbjahr

<sup>4</sup> Der für die Rentenanpassung 2016 relevante Lohnzuwachs aus dem Vorjahr beträgt 3,78% in den westdeutschen Bundesländern und 5,48% in den ostdeutschen Bundesländern. Dabei kommt ein statistischer Sondereffekt zum Tragen, durch den die anpassungsrelevante Lohnentwicklung um rund einen Prozentpunkt angehoben wird, was die letztjährige Minderung des Rentenanpassungssatzes in gleicher Größenordnung ausgleicht. Neben der Lohnentwicklung schlägt der »Nachhaltigkeitsfaktor« zu Buche, der die Veränderung des Verhältnisses von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern berücksichtigt. In diesem Jahr wirkt sich dieser Faktor mit 1,0018 leicht positiv auf die Höhe des Anpassungssatzes aus. Ebenfalls rentenerhöhend (mit einem Zahlenwert von 1,0026) wirkt sich im laufenden Jahr der Faktor »Altersvorsorgeaufwendungen« aus, der die Absenkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung im Jahr 2015 abbildet. Zusammengefasst folgt hieraus eine Rentenerhöhung zur Jahresmitte 2016 von 4,25% in den westdeutschen Bundesländern und von 5,95% in den ostdeutschen Ländern.

Abb. 3.12

**Reale Bauinvestitionen**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



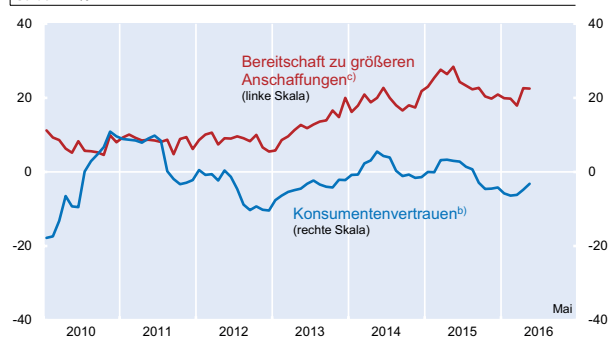
<sup>1)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).

<sup>2)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.13

**Indikatoren zur Konsumkonjunktur<sup>a)</sup>**  
Salden in %

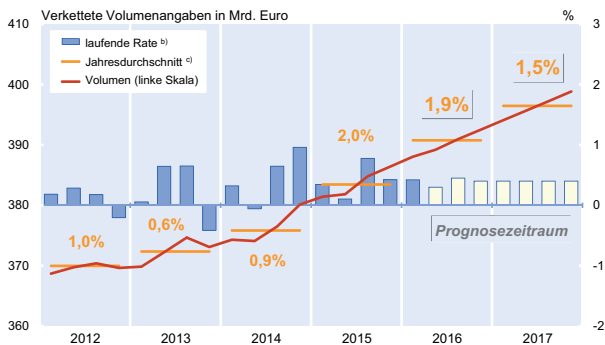


<sup>a)</sup> Saisonbereinigt. – <sup>b)</sup> Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden zwölf Monaten), Arbeitslosigkeitswartungen (in den kommenden zwölf Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden zwölf Monaten). – <sup>c)</sup> Gegenwärtig.  
Quelle: Europäische Kommission.



Abb. 3.14

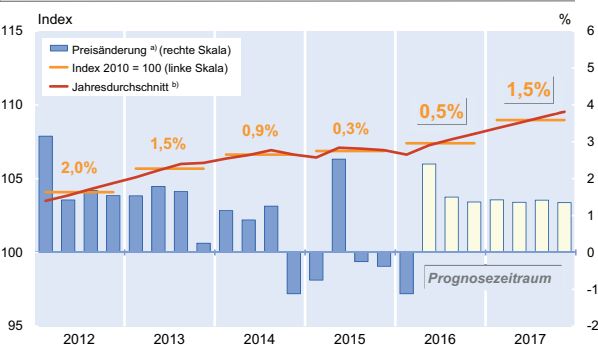
**Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>a)</sup>**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.  
<sup>b)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).  
<sup>c)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.15

**Verbraucherpreise**  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %; annualisiert.  
<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

im Vorjahresvergleich die diesjährige kräftige Rentenerhöhung nach, zudem dürfte die Anpassung der Altersrenten zur Jahresmitte 2017 erneut recht kräftig ausfallen. Darüber hinaus werden im Zuge der steigenden Arbeitslosigkeit von Migranten höhere Zahlungen von Arbeitslosengeld nötig. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,0% zulegen. Die Sparquote dürfte langsam weiter steigen. Hierfür sprechen die lebhaftere Wohnbautätigkeit und – vor dem Hintergrund des sinkenden Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung – die Notwendigkeit zur privaten Altersvorsorge. Alles in allem dürften die Verbrauchsausgaben 2017 damit voraussichtlich um 2,8% zulegen, real um 1,5%. Im konjunkturellen Verlauf leistet der private Konsum damit weiter einen beträchtlichen Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Tab. 3.7).

**Verbraucherpreise steigen spürbar**

Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist im ersten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 1,1% gesunken. Maßgeblich hierfür war, dass

die heimischen Preise für Energie aufgrund des erneuten Einbruchs der Notierungen auf den Rohölmärkten kräftig nachgegeben haben. Nachdem sich der Trend bei den Ölpreisen wieder umgekehrt hat, dürfte sich das Verbraucherpreisniveau im zweiten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von schätzungsweise 2½% sehr kräftig erhöht haben (vgl. Abb. 3.15). Ohne Energieträger gerechnet sind die Verbraucherpreise im ersten Quartal saisonbereinigt mit einer Jahresrate von 0,8% gestiegen, im zweiten mit einer Jahresrate von 1½%.

Günstig im Hinblick auf die Entwicklung der Verbraucherpreise wirkt sich seit geraumer Zeit die bei Mieten rückläufige Teuerung aus, die sich im Vorjahresvergleich zuletzt (im Mai) nur auf 1,1% (nach 1,5% im Jahresdurchschnitt 2014) belief. Die Wohnungsmieten haben ein Gewicht von 21% im Wägungsschema; sie machen knapp 40% der gesamten Preisentwicklung bei den Dienstleistungen aus. Der überraschend niedrige Anstieg der aktuell gezahlten Mieten im Bundesdurchschnitt<sup>5</sup> dürfte mit der Einführung einer neuen,

<sup>5</sup> Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf Basis von Preisangaben der bulwiengesa AG belief sich der Anstieg der Neuvertragsmieten im Jahr 2015 auf über 3%.

**Tab. 3.7**  
**Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts<sup>a)</sup>**  
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2014				2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private																
Konsumausgaben	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,3	0,1	0,8	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentlicher Konsum	0,6	0,4	0,6	0,3	0,7	0,7	0,7	0,9	0,5	0,5	0,5	0,5	0,7	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	-0,2	0,9	-1,9	2,6	1,9	0,6	0,2	1,0	1,9	0,2	0,3	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauten	4,4	-3,8	-0,4	0,6	1,4	-1,7	-0,3	2,0	2,3	-0,6	0,6	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Sonstige Anlagen	1,9	0,6	0,6	0,7	0,7	0,6	0,7	0,7	0,2	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen <sup>b)</sup>	0,0	0,4	-0,7	0,0	-0,1	-0,3	0,0	0,1	0,1	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,8	0,1	-0,4	0,9	0,6	-0,2	0,6	0,9	0,8	0,2	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag <sup>b)</sup>	-0,1	-0,2	0,5	-0,2	-0,2	0,6	-0,3	-0,5	-0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	0,4	0,4	1,5	1,4	1,5	1,8	0,3	-0,6	1,0	0,9	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
Importe	0,7	0,9	0,4	2,1	2,2	0,6	1,1	0,5	1,4	0,7	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,7	-0,1	0,2	0,6	0,4	0,4	0,3	0,3	0,7	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5

<sup>a)</sup> Saison- und kalenderbereinigte Werte. – <sup>b)</sup> Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

**Tab. 3.8**  
**BIP-Deflator**  
Inflationsbeiträge der Komponenten des BIP-Deflators in Prozentpunkten

	2015	2016	2017
BIP-Deflator <sup>a)</sup>	2,1	1,9	1,7
Arbeitnehmerentgelte (Inländer) <sup>b)</sup>	1,0	1,1	0,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen <sup>b)</sup>	0,6	0,7	0,5
Abschreibungen <sup>b)</sup>	0,2	0,1	0,2
Prod.- und Importabgaben abz. Subventionen <sup>b)</sup>	0,2	0,0	0,1
Saldo der Primäreinkommen übrige Welt <sup>2)</sup>	- 0,1	0,0	0,0

<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. – <sup>b)</sup> Je Einheit reales Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

breiter angelegten Mietstichprobe und die dadurch verstärkte Einbeziehung von privaten Kleinvermietern und ländlichen Regionen in die amtliche Preisstatistik zusammenhängen. Zudem trat ab Juni 2015 in bestimmten Kommunen die »Mietpreisbremse« in Kraft (vgl. Bieg und Schäfer 2016).

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau weiter leicht beschleunigt steigen. Von den Rohölnotierungen geht zwar annahmegemäß kein weiterer Preisdruck mehr aus, in der vorliegenden Prognose ist wie üblich reale Konstanz unterstellt. Dagegen dürften sich aber die Stromtarife erhöhen, da für das Jahr 2017 mit einem Anstieg der EEG-Umlage zu rechnen ist. Zudem werden die Kosten für den Netzausbau erfahrungsgemäß über höhere Netzentgelte auf die Verbraucher umgelegt. Schließlich nehmen die Arbeitskosten und die Auslastung der Produktionskapazitäten zu, was angesichts der guten Konsumkonjunktur an die privaten Haushalte weitergegeben werden dürfte. Insgesamt dürften die Verbraucherpreise 2016 aufgrund des niedrigen Niveaus zu Jahresanfang um 0,5% und im kommenden Jahr um 1,5% steigen.

Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts, der die Kosten der inländischen Leistungserstellung misst, wird im laufenden Jahr voraussichtlich um 1,9% steigen und im kommenden Jahr um 1,7%. Maßgeblich für die abgeschwächte Entwicklung ist zum einen, dass im Prognosezeitraum die Lohnstückkosten wohl etwas langsamer zunehmen. Zum anderen dürften die Gewinne der Unternehmen, je Produkteinheit gerechnet, nach dem Auslaufen der Terms-of-Trade bedingten Zusatzgewinne nicht mehr ganz so rasch steigen wie bisher (vgl. Tab. 3.8).

### Staatskonsum steigt weiter kräftig

Der Staatskonsum hatte sich im vergangenen Jahr – unter anderem als Folge der Flüchtlingsmigration und der damit verbundenen zusätzlichen Sach- und Personalaufwendungen – sehr dynamisch entwickelt. Im vierten Quartal 2015 wurde sogar saisonbereinigt ein Anstieg in Höhe von 0,9% gegenüber dem Vorquartal verzeichnet. Diese Dynamik konnte im ersten Quartal des laufenden Jahres allerdings nicht gehalten werden, was auch Folge des unerwartet star-

ken Rückgangs der Flüchtlingszahlen sein dürfte. Dennoch lag der Zuwachs beim Staatskonsum mit 0,5% immer noch über dem langjährigen Durchschnitt. Im Prognosezeitraum wird davon ausgegangen, dass die Flüchtlingsmigration in deutlich geringem Umfang zu höheren konsumtiven Ausgaben führt; die Zuwachsraten im laufenden Jahr dürften aber weiterhin bei 0,5% liegen. Zu Beginn des kommenden Jahres kommt es infolge des Pflegestärkungsgesetzes nochmals zu einer deutlicheren Zunahme. Allerdings gehen die Zuwachsraten im Jah-

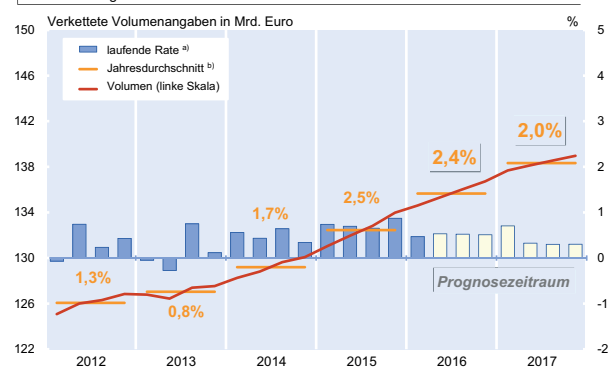
resverlauf 2017 auf den langjährigen Mittelwert von etwa 0,3% zurück. Jahresdurchschnittlich dürften die Konsumausgaben des Staates damit in den Jahren 2016 und 2017 um 2,4 bzw. 2,0% zunehmen (vgl. Abb. 3.16).

### Industrie gewinnt im Jahresverlauf wieder an Fahrt

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist mit einem kräftigen Wachstum ins Jahr 2016 gestartet. Das Bruttoinlandsprodukt legte (saison- und kalenderbereinigt) um 0,7% vom vierten Quartal 2015 zum ersten Vierteljahr 2016 zu. Die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche war dabei sehr heterogen (vgl. Tab. 3.9). Die Aufwärtssimpulse kamen besonders aus dem Baugewerbe (+ 2,0%), aus dem Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (+ 1,9%) sowie aus dem Produzierenden Gewerbe ohne Bau (+ 1,6%). Überraschend ist mit + 3,3% das Ergebnis der Finanz- und Versicherungsdienstleister: Seit dem Jahr 2006 verzeichnete dieser Wirtschaftsbereich keine so große Zuwachsrate. Hingegen war die Bruttowertschöpfung im Bereich Information und Kommunikation (- 0,7%) sowie bei den Unternehmensdienstleistern (- 0,6%) rückläufig.

Die quantitative Prognose für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Verlauf des Jahres 2016 und

**Abb. 3.16**  
**Reale Konsumausgaben des Staates**  
Saisonbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).  
<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

**Tab. 3.9**  
**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>a)</sup>**

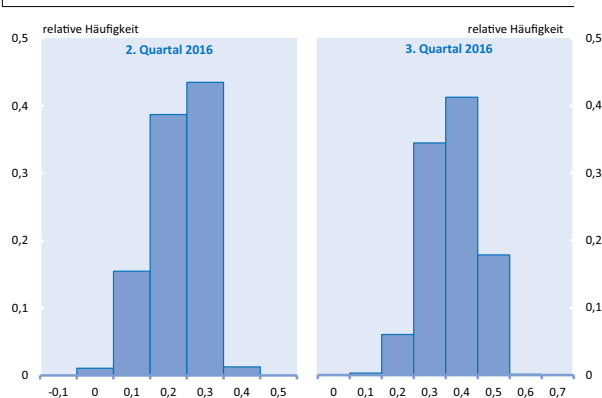
	2016				2017
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1
	Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %				
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,7</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>
<b>Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche</b>	<b>0,9</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>
darunter:					
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,6	0,1	0,3	0,5	0,6
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	2,0	0,1	0,4	0,5	0,6
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-0,9	0,2	0,3	0,3	0,4
Baugewerbe	2,0	-0,6	0,8	0,7	0,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,9	0,1	0,2	0,3	0,3
Information und Kommunikation	-0,7	1,0	0,8	0,9	0,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	3,3	-0,8	-0,1	-0,2	-0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,1	0,4	0,5	0,5	0,5
Unternehmensdienstleister	-0,6	0,5	0,6	0,6	0,7
Öffentliche Dienstleister	0,3	0,6	0,4	0,3	0,3
Sonstige Dienstleister	-0,4	0,3	0,2	0,1	0,1

<sup>a)</sup> Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2. Quartal 2016 bis 1.Quartal 2017: Prognose des ifo Instituts.

das erste Vierteljahr 2017 erfolgt nach Wirtschaftsbereichen disaggregiert. Basis für die Vorgehensweise sind monatlich verfügbare amtliche Frühindikatoren sowie eine breite Palette von monatlich erhobenen Umfragedaten. Besonders den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests wird dabei eine gewichtige Rolle zugemessen (vgl. Carstensen et al. 2009). Auf der Grundlage des vom ifo Institut standardmäßig verwendeten Indikatorenansatzes ergibt sich ein Anstieg des saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukts (jeweils im Vorquartalsvergleich) in Höhe von 0,3% im zweiten Quartal 2016 und von 0,4% im dritten Quartal 2016; Abbildung 3.17 zeigt die Häufigkeitsverteilung der im Rahmen eines Pooling-of-Forecasts-Ansatzes

**Abb. 3.17**  
**Verteilung der Modellprognosen für das reale BIP<sup>a)</sup>**



<sup>a)</sup> Verteilung der sich im Rahmen eines Kombinationsansatzes ergebenden Veränderungsrate des BIP gegenüber Vorquartal, vgl. Carstensen et al. (2009). Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

gewonnenen Quartalsschätzungen der BIP-Rate.<sup>6</sup>

Maßgeblich für den Produktionsanstieg im zweiten Quartal dieses Jahres sind, mit Ausnahme des Finanz- und Versicherungssektors, die Dienstleister. Im Baugewerbe dürfte es hingegen zu einer Gegenreaktion kommen, da die Produktion zu Jahresbeginn aufgrund der milden Witterung nicht so stark wie saisonüblich gedrosselt wurde. Deshalb wird die Ausweitung in den Frühjahrsmonaten wohl nicht das Normalmaß erreichen. Nach dem starken ersten Quartal wird die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes im zweiten Vierteljahr lediglich schwach expandieren. Darauf deutet die jüngst veröffentlichte Industrieproduktion hin; der Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe lag im April 2016 mit 0,1% über dem Durchschnitt des ersten Quartals. Darüber hinaus hat sich der Auftragseingang (ohne Großaufträge) zuletzt schwach entwickelt.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion jedoch mit zunehmenden Raten expandieren. Die Industrie

wird ihre temporäre Schwäche wohl überwinden; darauf deutet der spürbare Anstieg des ifo Geschäftsklimas im Verarbeitenden Gewerbe hin. Insbesondere blicken die befragten Industriefirmen wieder weniger pessimistisch auf die zukünftige Geschäftsentwicklung. Im Zuge der erstarkenden Industriekonjunktur weiten außerdem die unternehmensnahen Dienstleister und der Verkehrssektor ihre Wertschöpfung zunehmend aus. Der robust expandierende Konsum stützt die positive Konjunktur im Handel und den übrigen Dienstleistungssektoren. Die Grundtendenz im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei den öffentlichen Dienstleistern ist weiterhin maßgeblich von der anhaltenden Flüchtlingsmigration geprägt.

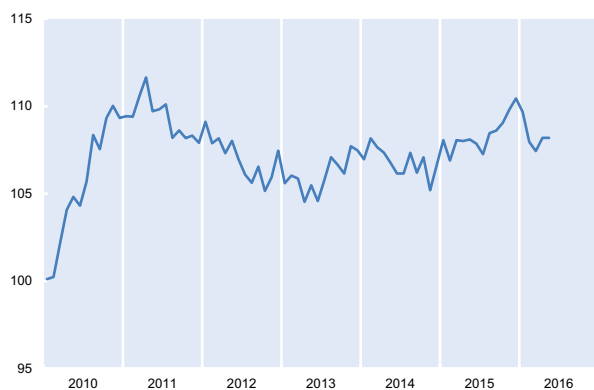
Alles in allem dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,8% gegenüber dem Vorjahr zulegen (vgl. Abb. 3.3). Im kommenden Jahr wird der Zuwachs mit 1,6% voraussichtlich etwas geringer ausfallen.

### Beschäftigung weiter im Aufwind

Im Verlauf des Winterhalbjahrs nahm die Beschäftigung um gut 300 000 Personen zu. Sie entwickelte sich deutlich dy-

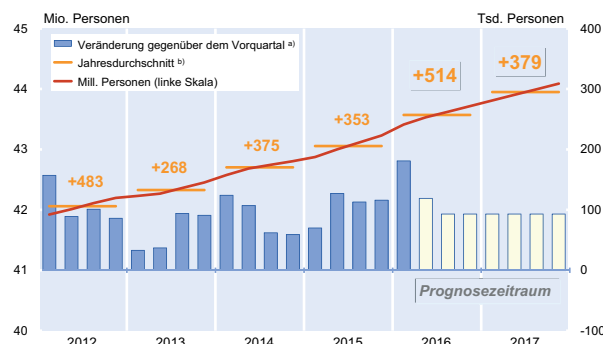
<sup>6</sup> Das ifo Institut prognostiziert die reale Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche mit Hilfe von Brückengleichungen. Im Rahmen eines Kombinationsansatzes (Pooling-of-Forecasts) wird eine Vielzahl von Modellen kombiniert, um der Modellunsicherheit Rechnung zu tragen. Schließlich werden die Quartalsprognosen der einzelnen Wirtschaftsbereiche zu einer Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts aggregiert.

**Abb. 3.18**  
ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft  
2005 = 100, saisonbereinigt



Quelle: Ifo Konjunkturtest.

**Abb. 3.19**  
Erwerbstätige  
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen (rechte Skala).  
<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des Ifo Instituts.

**Kasten**

**Zu den Arbeitmarkteffekten der Zuwanderung**

Die Zahl der registrierten Asylsuchenden betrug im Jahr 2015 gut 1 Mio. Personen. Gleichzeitig konnte nur knapp jeder zweite Schutzsuchende in diesem Zeitraum einen Asylantrag stellen. Auf Syrer entfielen dabei die meisten Asylerstanträge, gefolgt von Albanern und Kosovaren. Die Gesamtschutzquote der Asylsuchenden ist mit 50% (nach 31% im Vorjahr) deutlich angestiegen. Dabei lässt sich feststellen, dass knapp 96% aller syrischen Asylerstanträge in einer Rechtsstellung als Flüchtling mündeten, während das bei nahezu keinem der Anträge aus Albanien und dem Kosovo der Fall war (vgl. BAMF 2016). Dies spiegelt auch die Einstufung letzterer als sichere Herkunftsländer im Oktober 2015 wider.

**Tab. 3.10**  
Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf das Erwerbspersonenpotenzial  
in 1 000 Personen

		2015	2016	2017
Asylbewerber insgesamt				
Anträge im EASY-System	(1)	1 092	350	250
Registrierte Asylanträge	(2)	477	696	318
Laufende Asylverfahren	(3)	287	433	207
Asylbewerber im laufenden Asylverfahren				
erfahrungsmäßige Erwerbsquote (in Prozent)	(4)	15	20	20
Personen in Qualifizierungsmaßnahmen <sup>a)</sup>	(5)	5	14	9
Erwerbspersonen	(6) = (3)*(4) – (5)	38	72	32
Entscheidungen durch das BAMF				
Entscheidungen über Asylanträge	(7)	283	710	660
Gesamtschutzquote <sup>b)</sup> (in Prozent)	(8)	50	67	70
Positive Entscheidungen	(9) = (7)*(8)	141	471	462
Asylbewerber mit positivem Bescheid				
Anteil der 14- bis 64-Jährigen <sup>c)</sup> (in Prozent)	(10)	76	76	76
Personen im erwerbsfähigen Alter	(11) = (9)*(10)	107	357	350
Partizipationsrate (in Prozent)	(12)	65	65	65
Potenzielle Erwerbspersonen	(13) = (11)*(12)	70	232	228
davon in Qualifizierungsmaßnahmen	(14)	19	39	57
Erwerbspersonen	(15) = (13) – (14)	51	193	171
Gesamteffekt auf das Erwerbspersonenpotenzial	(16) = (15) + (6)	89	266	203

<sup>a)</sup> Annahme: Asylbewerber mit einer hohen Anerkennungswahrscheinlichkeit können schon während des laufenden Verfahrens an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen. – <sup>b)</sup> Durchschnittliche Schutzquote; im Jahresverlauf 2015 und 2016 steigt sie und liegt ab Oktober 2016 bei 70 Prozent. – <sup>c)</sup> Durchschnittliche Quote.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Annahmen und Berechnungen des Ifo Instituts.

In dieser Prognose werden folgende Eckwerte der Flüchtlingsmigration unterstellt. Die Zahl der neu einreisenden Schutzsuchenden sinkt in diesem Jahr auf 350 000 Personen (vgl. Tab. 3.10) und im Jahr 2017 noch einmal auf 250 000 Personen. Im Vergleich zur Ifo Konjunkturprognose vom vergangenen Dezember ist dies ein deutlicher Rückgang; damals lagen die Annahmen zur Flüchtlingsmigration bei 750 000 Personen in diesem Jahr und 500 000 Personen im kommenden Jahr. Die Haupttrouten der Migrationsströme nach Mitteleuropa sind im Laufe des Winterhalbjahrs geschlossen worden. Die Zahl neuer EASY-Registrierungen (das ist das Verfahren zur Erstverteilung von Asylbegehrenden) betrug im Mai nur noch gut 15 000 Personen. Die Anzahl der Asylanträge wird in diesem Jahr

deutlich ansteigen. Zum einen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Annahme- und Bearbeitungskapazitäten erhöht. Zum anderen besteht noch ein merklicher Rückstau, da eine Vielzahl von Schutzsuchenden noch nicht die Möglichkeit hatte, einen Asylantrag zu stellen. So beträgt die Anzahl neuer Asylanträge in diesem Jahr voraussichtlich knapp 700 000 und im nächsten Jahr gut 300 000.

Weiterhin ist der Stand unbearbeiteter Asylanträge hoch und kann nur allmählich abgebaut werden. Das BAMF dürfte 2016 gut 700 000 Entscheidungen über Asylanträge treffen. Das Jahr 2017 liegt mit voraussichtlich gut 650 000 Entscheidungen auf vergleichbarem Niveau. Ein Rückgang des Flüchtlingszugangs insbesondere aus sicheren Herkunftsländern (vgl. BAMF 2016)<sup>1</sup> lässt einen Anstieg der Gesamtschutzquote vermuten, da immer weniger aussichtslose Asylverfahren geführt werden dürften. Für die vorliegende Prognose wird ein Anstieg der Gesamtschutzquote auf durchschnittlich 70% bis zum Jahr 2017 unterstellt. Zusätzlich wird angenommen, dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter an allen Asylbewerbern bei 76% und ihre Partizipationsquote am Arbeitsmarkt bei 65% liegen. Daraus ergibt sich eine Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials in Höhe von 260 000 Personen im Verlauf dieses Jahres und von 200 000 Personen im kommenden Jahr. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom vergangenen Dezember reduzieren die geänderten Annahmen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration den flüchtlingsbedingten Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials in diesem Jahr um knapp 90 000 und im kommenden Jahr um etwa 260 000 Personen.

<sup>1</sup> Im Januar 2016 betrug die Zahl der Zugänge aus den Balkanländern nur noch ein Zwanzigstel aller Erstantragsteller.

namischer als im Jahresdurchschnitt 2015. Die hohe Zuwachsrate der Produktion im ersten Quartal 2016 ging mit einer starken Zunahme der Erwerbstätigenzahl einher.

Aktuelle Arbeitsmarktindikatoren deuten jedoch auf eine Abkühlung der Dynamik im Verlauf dieses Jahres hin. Nachdem das ifo Beschäftigungsbarometer (vgl. Abb. 3.18) einen Höchststand zur Jahreswende verzeichnete, ging es zurück und stagnierte im Monat Mai auf nach wie vor hohem Niveau. Auch hat der Zugang an gemeldeten Arbeitsstellen nach einem Anstieg von 22% im Monat Januar (im Vergleich zum Vorjahr) in den Folgemonaten deutlich abgenommen. Im Mai ist er wieder auf 12% angestiegen. Alles in allem dürfte sich die Erwerbstätigkeit um durchschnittlich gut 500 000 Personen (1,2%) in diesem Jahr und um 380 000 Personen (0,9%) im Jahr 2017 ausweiten (vgl. Abb. 3.19). Die stabile Grundtendenz auf dem Arbeitsmarkt setzt sich somit voraussichtlich im Prognosehorizont fort, jedoch kann der schwungvolle Zuwachs vom Jahresbeginn nicht gehalten werden. Der Beschäftigungsaufbau wird in beiden Jahren überwiegend durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung getragen (vgl. Tab. 3.11).

Nach einem Rückgang der Arbeitsstunden (vgl. Abb. 3.20) im ersten Quartal dieses Jahres<sup>7</sup> dürften diese im laufenden Jahr insgesamt mit 1,2% zunehmen. Gleichzeitig nimmt voraussichtlich die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer mit 0,1% moderat zu, da sie geringfügig mehr Überstunden leisten dürften. Im Jahr 2017 dürften die Arbeitsstunden gesamtwirtschaftlich mit 1,0% zunehmen, bei einer konstanten Entwicklung der Arbeitszeit je Arbeitnehmer.

<sup>7</sup> Der Rückgang der kalendarisch und saisonal bereinigten Reihe ist hier möglicherweise überzeichnet. Die Anzahl der Arbeitstage im vierten Quartal 2015 lag deutlich über dem langjährigen Durchschnitt, hingegen wurden im ersten Quartal 2016 deutlich weniger Arbeitstage als normal verzeichnet.

### Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahr 2017

Erste Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf den Arbeitsmarkt lassen sich bereits beobachten (vgl. Kasten »Zu den Arbeitmarkteffekten der Zuwanderung«). Obschon die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2016 weiter gesunken ist, hat zum einen die Arbeitslosigkeit von Personen aus den acht zugangsstärksten Asylländern<sup>8</sup> im Monat Mai um 72 000 Personen (im Vergleich zum Vorjahr) zugenommen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2016). Zum anderen stieg die Beschäftigung in dieser Gruppe um lediglich 20 000 Personen. Auch die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hat sich deutlich verstärkt. Die Zahl der erwerbsfähigen SGB-II-Leistungsberechtigten stieg im Vergleich zum

<sup>8</sup> Asylländer: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

**Tab. 3.11**  
**Arbeitsmarktbilanz**  
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

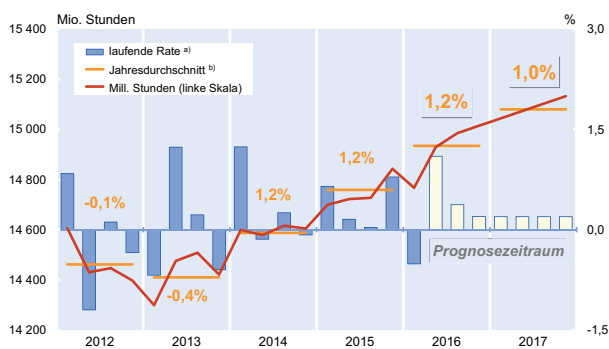
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)</b>	57 845	57 639	58 349	59 038	59 740	60 323
<b>Erwerbstätige</b>						
Inländer	42 007	42 269	42 640	42 988	43 503	43 882
Arbeitnehmer	37 447	37 810	38 243	38 662	39 198	39 585
darunter						
SV Beschäftigte	29 341	29 713	30 197	30 823	31 432	31 819
Geringfügig Beschäftigte	4 981	5 017	5 029	4 856	4 814	4 819
Selbstständige	4 560	4 459	4 397	4 326	4 305	4 297
Pendlersaldo	53	59	63	68	67	67
<b>Erwerbstätige Inland</b>	42 060	42 328	42 703	43 056	43 570	43 949
<b>Arbeitslose</b>	2 897	2 950	2 898	2 795	2 698	2 732
<b>Arbeitslosenquote</b>						
BA <sup>a)</sup>	6,8	6,9	6,7	6,4	6,1	6,1
Erwerbslose <sup>b)</sup>	2 224	2 182	2 090	1 950	1 795	1 873
<b>Erwerbslosenquote<sup>c)</sup></b>	5,0	4,9	4,7	4,3	4,0	4,1

<sup>a)</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – <sup>b)</sup> Definition der ILO. – <sup>c)</sup> Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.



**Abb. 3.20**  
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen im Inland  
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).  
<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Vorjahr um 100 000 Personen. Die Meseberger Erklärung zum Abschluss des Koalitionsgipfels im Mai lässt darauf schließen, dass sich diese Entwicklung fortsetzen wird. Aus Bundesmitteln sollen 100 000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geschaffen werden.

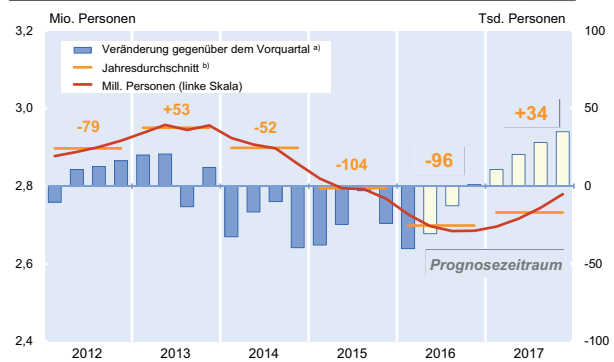
Die arbeitsmarktgerichtete Migration aus den Ländern der EU-Osterweiterung<sup>9</sup> hat mit einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um mehr als 170 000 Personen (Vorjahresveränderung im Monat März) maßgeblich zur Ausweitung der Erwerbstätigkeit beigetragen. Die Anzahl der Arbeitslosen in dieser Gruppe stieg hingegen um lediglich 12 000 Personen im selben Zeitraum. Dabei war die Nettomigration (vgl. Statistisches Bundesamt 2016) aus diesen Ländern im Jahr 2015 um gut 10% höher als im Vorjahr.<sup>10</sup> Die Nettomigration aus Italien, Spanien, Griechenland und Portugal – die zum Teil stark von der europäischen Staatsschuldenkrise betroffen waren – ist im letzten Jahr hingegen rückläufig gewesen.

Flüchtlingsbedingt wird das Erwerbspersonenpotenzial im Jahresverlauf 2016 voraussichtlich um 260 000 Personen zunehmen, im Folgejahr steigt es noch einmal um 200 000 Personen. Gleichzeitig wird im Prognoseverlauf ein weiterhin positiver Beitrag der arbeitsmarktgerichteten Migration mit allerdings leicht abnehmender Tendenz unterstellt. Die demographische Entwicklung führt dagegen zu einem Rückgang der heimischen Erwerbspersonen. Aus der Gesamtanalyse von Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot ergibt sich, dass die Arbeitslosigkeit allmählich wieder ansteigen dürfte. Darauf deutet auch die Komponente A (Arbeitslosigkeit) des IAB-Arbeitsmarktbarometers hin. Diese ist im Verlauf des ersten Quartals 2016 erstmals wieder auf einen Indexstand unter 100 gefallen. Dies signalisiert

<sup>9</sup> EU-Osterweiterung: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien.

<sup>10</sup> Diese Entwicklung wird vornehmlich durch Staatsangehörige aus Kroatien, Polen und Rumänien bestimmt. Für Kroatien gilt seit 1. Juli 2015 vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit.

**Abb. 3.21**  
Arbeitslose  
Saisonbereinigter Verlauf



<sup>a)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen (rechte Skala).  
<sup>b)</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.  
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

zumindest eine Verlangsamung des Rückgangs der Arbeitslosenzahlen im zweiten Halbjahr dieses Jahres.

Im Jahresdurchschnitt 2016 sinkt die Zahl der Arbeitslosen (vgl. Abb. 3.21) noch einmal um gut 95 000 Personen und steigt im Jahr 2017 um voraussichtlich knapp 35 000 Personen an. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) beträgt in beiden Jahren 6,1%. Die Zahl der Erwerbslosen, die aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen niedriger als die Zahl der Arbeitslosen ist, geht seit Mitte letzten Jahres stärker zurück als die Zahl der Arbeitslosen. Die Arbeitskräfteerhebung bildet womöglich eine Zunahme der Unterbeschäftigung einiger Bevölkerungsgruppen – insbesondere flüchtlingsbedingter Migranten – nur unzureichend ab. Die Erwerbslosenquote dürfte in diesem Jahr auf 4,0% sinken und im nächsten Jahr auf 4,1% leicht zunehmen.

### Stundenproduktivität nur mit mäßigen Zuwachsraten

Deutschland sieht sich seit geraumer Zeit fallenden Zuwachsraten bei der Arbeitsproduktivität gegenüber (vgl. Kasten »Zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Deutschland«). Im Jahr 2015 setzte sich dieser Trend fort, und der Produktivitätszuwachs fiel mit 0,5% nur sehr schwach aus (vgl. Tab. 3.12). Aus der Industrie kamen mit einem Anstieg der Stundenproduktivität um 1,2% zwar stärkere Impulse, jedoch wirkte die Vielzahl der Dienstleistungssektoren bremsend auf die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung. Die Ausnahme bildet hier der Bereich Information und Kommunikation, der mit 2,2% zwar einen positiven, wenngleich aber im längerfristigen Vergleich ebenfalls unterdurchschnittlichen Zuwachs aufwies.

Im Prognosezeitraum ist mit keiner kräftigen Expansion der Stundenproduktivität zu rechnen. Die Zuwachsraten beim realen Bruttoinlandsprodukt liegen knapp über dem Potenzialwachstum. Jedoch wird es voraussichtlich zu einer kräftigen

**Kasten****Zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Deutschland**

Seit 1991 hat der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität (hier gemessen als reales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen) trendmäßig abgenommen. Im Zeitraum 2010 bis 2014 lag der durchschnittliche Zuwachs bei lediglich 0,8% pro Jahr, während sich die durchschnittliche Zuwachsrate vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 auf 1,8% belaufen hatte.

Die scharfe Rezession hat offensichtlich zu einem Strukturbruch beim Produktivitätswachstum geführt. Am stärksten sichtbar wird dieser Bruch im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe: Vor der Wirtschafts- und Finanzkrise betrug dort das durchschnittliche Wachstum der Stundenproduktivität 3,3%, in den Jahren 2010 bis 2014 belief sich der mittlere Zuwachs auf 0,7%. Laut dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015) ist eine wesentliche Erklärung hierfür das Ende der Auslagerung wenig produktiver Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes ins Ausland.

Während die deutschen Industriefirmen in den 1990er und 2000er Jahren vermehrt niedrig produktive Teilbereiche ins Ausland verlagerten, fand diese Entwicklung ein Ende mit der globalen Rezession. Ein weiterer Erklärungsansatz für den trendmäßigen Rückgang in den Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität ist der Beschäftigungsaufbau in arbeitsintensiven und weniger produktiven Wirtschaftsbereichen wie bspw. dem Dienstleistungssektor. Somit ist der trendmäßige Rückgang in den Zuwachsraten besonders auf strukturelle Verschiebungen innerhalb der deutschen Wirtschaft zurückzuführen. Darüber hinaus spielen Veränderungen in der Zusammensetzung des deutschen Arbeitsmarktes eine entscheidende Rolle: Mit den Hartz-Reformen ist es gelungen, einen Großteil zuvor arbeitsloser Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Jedoch hatte dies zur Folge, dass Beschäftigte mit einer unterdurchschnittlichen Produktivität die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität verlangsamt.

Untermauert werden die Aussagen zu den strukturellen Verschiebungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt durch einen Blick auf die Erwerbstätigenentwicklung getrennt nach Wirtschaftsbereichen. Während die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) im Zeitraum 2010 bis 2015 jahresdurchschnittlich um lediglich 0,5% stieg, wurde sie in eher unterdurchschnittlich arbeitsproduktiven Sektoren kräftiger ausgeweitet (Baugewerbe: + 0,9%, Unternehmensdienstleister: + 2,5%, öffentliche Dienstleister: + 1,0%). Dies hat zur Folge, dass die Zuwachsraten bei der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität nur gering ausfielen.

**Tab. 3.12****Entwicklung der Stundenproduktivität nach Wirtschaftsbereichen**  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

Wirtschaftsbereich	1991–2007	2010–2014	2015
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2,5	2,6	- 0,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	3,3	0,7	1,2
Verarbeitendes Gewerbe	3,4	0,9	0,8
Baugewerbe	- 0,3	0,5	0,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	2,5	1,0	0,3
Information und Kommunikation	4,8	4,0	2,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,5	0,0	- 1,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,5	1,4	- 0,5
Unternehmensdienstleister	- 1,3	0,1	- 0,1
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	1,0	0,2	- 0,4
Sonstige Dienstleister	0,0	0,1	0,3
Gesamtwirtschaft	1,8	0,8	0,5

Anmerkung: Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

tigen Ausweitung des Arbeitsvolumens kommen. Getrieben ist diese insbesondere durch die hohe Nachfrage der deutschen Unternehmen nach Beschäftigten; gleichzeitig bleibt die durchschnittliche Arbeitszeit im Prognosezeitraum nahezu konstant. Da der Trend beim Beschäftigungsaufbau in den unterdurchschnittlich produktiven Sektoren anhalten dürfte, wird sich dies unmittelbar in den Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität niederschlagen.

Insgesamt wird die reale Stundenproduktivität in diesem Jahr um 0,6% ansteigen. Im kommenden Jahr wird der Zuwachs voraussichtlich 0,7% betragen.

**Moderater Anstieg der Tariflöhne**

Im ersten Quartal 2016 hat sich der Anstieg der Tariflöhne auf Stundenbasis mit 2,0% (gegenüber dem Vorjahr) verglichen mit 2,4% im Jahresdurchschnitt 2015 spürbar verlangsamt. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass im Vorjahr deutlich mehr Einmalzahlungen geleistet worden sind, insbesondere ein Betrag von 150 Euro je Arbeitnehmer in der

Metall- und Elektroindustrie. Die aktuell neu vereinbarten Tarifsteigerungen liegen in einer Größenordnung von 2,5% (Metall- und Elektroindustrie: nach dreimonatiger Verzögerung + 2,8% und eine Einmalzahlung von 150 Euro; öffentlicher Dienst des Bundes und der Gemeinden: + 2,4%; Baugewerbe: West + 2,4%, Ost + 2,9%; VW: nach dreimonatiger Verzögerung + 2,8%). Im Jahresdurchschnitt dürfte sich in der Gesamtwirtschaft ein Anstieg der Tariflöhne um 2,3% (je Stunde) bzw. 2,2% (je Arbeitnehmer) ergeben (vgl. Tab. 3.13).

Der gesetzliche Mindestlohn wurde im laufenden Jahr nicht angehoben, allerdings gab es kräftige Erhöhungen für einige branchenspezifische Mindestlöhne (die aufgrund von Übergangsregelungen noch unter 8,50 Euro pro Stunde lagen). Außerdem ist zu erwarten, dass angesichts der weiter steigenden Arbeitsnachfrage häufiger übertarifliche Leistungen gezahlt werden. Somit wird der Effektivverdienst je Arbeitnehmer im Durchschnitt um 2,5% steigen, und damit stärker als der Tarifverdienst.

Im Jahr 2017 dürften die Tariflöhne im Jahresdurchschnitt etwas stärker steigen als 2016 (um 2,4% auf Stundenbasis

**Tab. 3.13**  
**Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)**

	Veränderung zum Vorjahr in %						
	durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohn drift (Arbeitnehmer)	Lohn drift (Stunde)	Tariflohn (Monat)	Tariflohn (Stunde)
2012	- 1,1	2,8	3,9	0,1	1,2	2,7	2,7
2013	- 0,8	2,1	2,9	- 0,4	0,4	2,5	2,5
2014	0,6	2,7	2,1	- 0,2	- 0,9	2,9	3,0
2015	0,4	2,8	2,3	0,4	0,0	2,3	2,4
2016	0,1	2,5	2,5	0,3	0,2	2,2	2,3
2017	0,0	2,4	2,4	0,1	0,0	2,3	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesbank; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

und um 2,3% auf Monatsbasis). Zwar sind die für das kommende Jahr bereits vereinbarten Stufenerhöhungen in den größten Tarifbereichen geringer als die Anhebungen im laufenden Jahr (mit 2,0% in der Metall- und Elektroindustrie bzw. mit 2,35% im öffentlichen Dienst des Bundes und der

Gemeinden); zu berücksichtigen ist allerdings, dass es keine Nullmonate gibt, sondern im Gegenteil die Erhöhungen schon früher im Jahr stattfinden, so dass in einigen Monaten der kumulierte Anstieg aus den beiden Jahren 2016 und 2017 im Vorjahresvergleich zu Buche schlägt.

**Tab. 3.14**  
**Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren<sup>a)</sup> 1991 bis 2017**  
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts!

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote <sup>b)</sup>
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozial-beiträge		Zins- ausgaben	Brutto- investitionen		
1991	43,2	22,0	16,3	46,4	2,6	3,1	- 3,2	11,9
1992	44,6	22,4	16,7	47,2	3,1	3,3	- 2,6	13,7
1993	44,9	22,3	17,2	48,0	3,1	3,1	- 3,1	14,0
1994	45,4	22,4	17,7	47,9	3,2	2,9	- 2,5	14,5
1995 <sup>c)</sup>	45,2	22,0	18,1	48,2	3,4	2,6	- 3,0	15,6
1996	45,4	21,8	18,7	48,9	3,4	2,5	- 3,5	15,6
1997	45,1	21,5	19,0	48,1	3,3	2,3	- 2,9	15,5
1998	45,2	21,9	18,7	47,7	3,3	2,3	- 2,5	15,1
1999	46,0	22,9	18,5	47,7	3,0	2,3	- 1,7	13,3
2000 <sup>d)</sup>	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	- 1,5	13,5
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	- 3,1	14,0
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	- 3,9	14,1
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	- 4,2	13,8
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	- 3,7	13,5
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	- 3,4	13,2
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	- 1,7	12,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	- 0,2	11,8
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	- 3,2	11,8
2010 <sup>e)</sup>	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	- 4,4	11,6
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	- 1,0	11,4
2012	44,4	22,5	16,5	44,5	2,3	2,3	- 0,1	10,2
2013	44,4	22,6	16,5	44,5	2,0	2,3	- 0,1	8,8
2014	44,6	22,6	16,5	44,3	1,8	2,2	0,3	7,8
2015	44,6	22,9	16,6	44,0	1,6	2,2	0,6	6,9
2016	44,3	22,7	16,6	44,0	1,5	2,2	0,3	6,4
2017 <sup>f)</sup>	44,5	22,7	16,8	44,3	1,4	2,2	0,2	6,1

<sup>a)</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – <sup>b)</sup> Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. – <sup>c)</sup> Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Mrd. Euro). – <sup>d)</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro). – <sup>e)</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Mrd. Euro). – <sup>f)</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (3,8 Mrd. Euro).

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Zum Jahresbeginn 2017 ist auch die erste Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns an die Tarifentwicklung seit seiner Einführung zum Jahresanfang 2015 vorgesehen. Die zuständige Kommission wird noch im Juni 2016 den exakten Betrag festlegen. Die Anhebung soll sich – im Regelfall – daran orientieren, wie sich der vom Statistischen Bundesamt errechnete Index der tariflichen Stundenverdienste verändert hat. Vermutlich wird es auf einen Anstieg um 3% bis 3½% oder etwa 25 Cent bis 30 Cent pro Stunde hinauslaufen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts (2016) sind immerhin rund 4 Mio. Jobs oder reichlich 10% aller Beschäftigten vom Mindestlohn betroffen. Dieses deutet darauf hin, dass der Anstieg der Effektivlöhne den der Tariflöhne erneut übertrifft. Dem steht entgegen, dass durch die geplante Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge Beschäftigte mit einem weit unterdurchschnittlichen Einkommen an Gewicht gewinnen. Insgesamt dürfte der tatsächliche Bruttoverdienst je Arbeitnehmer um 2,4% gegenüber 2016 steigen, also nur marginal stärker als der tarifliche. Die (nominalen) Lohnstückkosten steigen auf Stundenbasis sowohl 2016 als auch 2017 im Vorjahresvergleich um 1,8%, also ungefähr im gleichen Tempo wie in den drei Jahren zuvor (2013: 2,0%, 2014: 1,6%, 2015: 1,7%).

### **Staatliche Überschüsse trotz expansiver Finanzpolitik**

Die Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Bereits seit dem Jahr 2012 ist der gesamtstaatliche Haushalt weitgehend ausgeglichen. Im Jahr 2015 wurde sogar ein Überschuss in Höhe von 0,6% des BIP erzielt (vgl. Tab. 3.14).

Für den Prognosezeitraum wird erwartet, dass der Budgetüberschuss wieder etwas abnehmen wird. Maßgeblich hierfür sind die expansiven Impulse der Finanzpolitik und die Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Insgesamt dürften die Staatsausgaben allein aufgrund der Flüchtlingsmigration in den Jahren 2016 und 2017 um 0,3 bzw. 0,1% des BIP zunehmen (vgl. Tab. 3.3).

Im laufenden Jahr steigen die Steuereinnahmen mit knapp 3% nicht mehr so stark wie im Vorjahr, was unter anderem auf die Steuertarifanpassungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer zurückzuführen ist. Zum 1. Januar 2016 wurden der Grund- und der Kinderfreibetrag angehoben. Zudem wurden die Eckwerte des Steuertarifs verschoben. Damit sollen die Mehreinnahmen aus der kalten Progression zurückgegeben werden (vgl. Breuer 2016). Im kommenden Jahr dürfte das Steueraufkommen aufgrund der dynamisch steigenden Bemessungsgrundlagen sogar etwas stärker expandieren, und zwar um rund 3½%.

Die Sozialbeiträge steigen im laufenden Jahr mit 4,2% etwas kräftiger als die Bruttolöhne und -gehälter. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer und Rentner zur gesetzlichen Krankenversicherung um ca. 0,2 Prozentpunkte erhöht wurde. Im Jahr 2017 wird der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung noch einmal um rund 0,2 Prozentpunkte angehoben; zudem wird auch der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte erhöht. In der Summe steigt das Beitragsaufkommen damit im Jahr 2017 mit 4½% und damit erneut stärker als die Summe der Bruttolöhne und -gehälter.

Die staatlichen Verkäufe werden im Prognosezeitraum weiter zunehmen, da die Mautpflicht erweitert wird und viele Kommunen aufgrund steigender Ausgaben die Gebühren anheben. Die staatlichen Vermögenstransfers dürften aufgrund der durch die Erbschaftsteuerreform induzierten Vorzieheffekte in den Jahren 2016 und 2017 allerdings zurückgehen.

Insgesamt steigen die Einnahmen des Staates damit im laufenden Jahr um 3,0% und im kommenden Jahr um 3,6%, was zu einer leicht sinkenden Einnahmequote im laufenden Jahr führt. Im Jahr 2017 nehmen die Einnahmen des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt jedoch bereits wieder zu (vgl. Tab. 3.14).

Die Ausgaben des Staates nehmen im Prognosezeitraum sehr dynamisch zu, was auch den migrationsbedingten Zusatzausgaben geschuldet ist. So werden die staatlichen Vorleistungskäufe aufgrund der Aufwendungen zur Unterbringung von Hilfsbedürftigen mit knapp 4,7% noch einmal stärker als im Vorjahr steigen. Erst im Jahr 2017 wird in Folge der rückläufigen Flüchtlingszahlen damit gerechnet, dass sich die Zuwachsrate normalisiert (3,0%). Die im Prognosezeitraum ebenfalls sehr starke Zunahme der sozialen Sachleistungen (5,2% im Jahr 2016 und 5,7% im Jahr 2017) ist ebenfalls zum Teil auf migrationsbedingte Zusatzbelastungen zurückzuführen. Darüber hinaus kommt es im Prognosezeitraum zu Leistungsausweitungen, wie im Jahr 2016 im Gesundheitsbereich und 2017 in der Pflegeversicherung, was die Ausgaben der Sozialversicherung dynamisch ansteigen lassen dürfte. Die Arbeitnehmerentgelte des Staates dürften in diesem Jahr mit 2,9% expandieren, was auch auf Ausweitungen des Personalbestands zurückzuführen ist. Im kommenden Jahr nehmen die Arbeitnehmerentgelte des Staates dann mit 2,7% zu.

Die monetären Sozialleistungen des Staates erhöhen sich mit knapp 4½% erneut so dynamisch wie im Vorjahr, was ebenfalls teilweise auf migrationsbedingte Sonderausgaben zurückgeführt werden kann. Im kommenden Jahr bleibt diese starke Dynamik erhalten. Dies liegt zum einen daran, dass die Hilfesuchenden zunehmend die Sammelunterkünfte ver-

lassen dürften und individuell untergebracht werden, was zu einer Übernahme der Kosten der Unterkunft durch die Sozialkassen führt und die monetären Transfers ansteigen lässt. Zum anderen wird die Rentenanpassung im laufenden Jahr außerordentlich hoch ausfallen, was auch in der ersten Jahreshälfte 2017 zu deutlichen Ausgabensteigerungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung führen wird. Zudem wurden zu Beginn des Jahres 2016 das Kindergeld und das Wohngeld erhöht; im Herbst 2016 folgt eine Anhebung der BAföG-Leistungen.

Die sonstigen Transfers dürften im Prognosezeitraum durch erhöhte Transfers in Krisenregionen und zur Fluchtursachenbekämpfung zunehmen. Die Bruttoinvestitionen des Staates werden im laufenden Jahr mit rund 4½% und im kommenden Jahr mit 2,7% ansteigen, was auch auf investive Maßnahmen der Bundesregierung zurückzuführen ist. So sollen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, den Klimaschutz, sowie die Städtebauförderung erhöht werden. Zudem sollen Investitionen in finanzschwachen Kommunen mit einem Volumen von 3½ Mrd. Euro bis zum Jahr 2018 gefördert werden. Außerdem dürfte die Flüchtlingsmigration die staatlichen Investitionen erhöhen. Die Zinsausgaben entwickeln sich in Folge der weiterhin günstigen Refinanzierungssituation im Prognosezeitraum rückläufig. Zudem führen die Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen in Höhe von insgesamt 5,1 Mrd. Euro überwiegend im Jahr 2017 zu Minderausgaben (in Höhe von 3,8 Mrd. Euro), da diese als Nettozugänge von nichtproduzierten Vermögensgütern behandelt werden.

Insgesamt erhöht sich damit die staatliche Ausgabendynamik von rund 3% im Jahr 2015 auf 3,8% bzw. 3,6% in den Jahren 2016 und 2017. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte damit von 0,6% des BIP (rund 20 Mrd. Euro) im Jahr 2015 auf 0,3% (rund 10 Mrd. Euro) im Jahr 2016 zurückgehen und auch im kommenden Jahr auf diesem Niveau bleiben. Die Staatsverschuldung wird unter diesen Bedingungen weiter sinken. Als Anteil am Bruttoinlandsprodukt dürfte diese rund 68% im Jahr 2016 und voraussichtlich 65% zum Jahresende 2017 betragen.

Abgeschlossen am Dienstag, 14. Juni 2016

## Literatur

- BAMF (2016a), *Das Bundesamt in Zahlen 2015 – Modul Asyl*, Nürnberg.
- BAMF (2016b), *Asylgeschäftsstatistik für den Monat Januar 2016*, Nürnberg.
- Beyer, R.C.M. und V. Wieland (2016), »Schätzung des mittelfristigen Gleichgewichtszinses in den Vereinigten Staaten, Deutschland und dem Euro-Raum mit der Laubach-Williams-Methode«, Institute for Monetary and Financial Stability Working Paper Series 100.
- Bieg, M. und D. Schäfer (2016), »Preisentwicklung 2015«, *Wirtschaft und Statistik* (2), 52–78.

Breuer, Chr. (2016), »Steuer Mehreinnahmen und heimliche Steuererhöhungen«, *ifo Schnelldienst* 69(11), 46–50.

Bundesagentur für Arbeit (2016a), *Arbeitsmarkt in Kürze: Fluchtmigration*, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2016b), *Monatsbericht Mai*, Nürnberg.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2016), »Stärkstes Rentenplus seit 23 Jahren«, Pressemitteilung, 21. März.

Carstensen, K., St. Henzel, J. Mayr und K. Wohlrabe (2009), IFOCAST: Methoden der ifo-Kurzfristprognose, *ifo Schnelldienst* 62(23), 15–28.

Cúrdia, V., A. Ferrero, n. G. Cee Ng und A. Tambalotti (2015), »Has U.S. Monetary Policy Tracked the Efficient Interest Rate?«, *Journal of Monetary Economics* 70(C), 72–83.

Del Negro, M., M. Giannoni, M. Cocci, S. Shahanaghi und M. Smith (2015), »Why Are Interest Rates So Low?«, Liberty Street Economics (Internet Blog der Federal Reserve Bank of New York) 20. Mai.

Henzel, St. und S. Rast (2013), »Prognoseeigenschaften von Indikatoren zur Vorhersage des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 66(17), 39–46.

Hristov, A. (2016), »Measuring the Natural Rate of Interest in the Eurozone: A DSGE Perspective«, *CESifo Forum* 17(1), 86–91.

Laubach, Th. und J.C. Williams (2016), »Measuring the Natural Rate of Interest Redux«, Finance and Economics Discussion Series 2016-11, Board of Governors of the Federal Reserve System (U.S.).

Peersman, G. und I. Van Robays (2009), »Oil and the Euro area economy«, *Economic Policy* 24, 603–651.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2010), »Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen«, *ifo Schnelldienst* 63(20), 3–61.

Statistisches Bundesamt (2016a), *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Ausländische Bevölkerung Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016b), »Vier Millionen Jobs vom Mindestlohn betroffen«, Pressemitteilung, 6. April.

Taylor, J.B. (2012), »Monetary Policy Rules Work and Discretion Doesn't: A Tale of Two Eras«, *Journal of Money, Credit and Banking* 44(6), 1017–1032.

Wollmershäuser, T. (2013), »Die Geldpolitik der EZB in der Klemme – kann mehr »Forward Guidance« helfen?«, *ifo Schnelldienst* 66(22), 35–45.

Wu, Ji.C. und F.D. Xia (2016), »Measuring the Macroeconomic Impact of Monetary Policy at the Zero Lower Bound«, *Journal of Money, Credit, and Banking* 48(2–3), 253–291.

## Anhang



## Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2015				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung .....	2 722,5	1 830,4	293,4	598,7	–
2 – Abschreibungen .....	531,3	304,3	67,2	159,8	–
3 = Nettowertschöpfung 1) .....	2 191,2	1 526,2	226,2	438,9	– 236,2
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte .....	1 538,4	1 096,3	229,6	212,6	13,0
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben .....	21,2	12,5	0,1	8,6	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen .....	24,9	23,2	0,2	1,5	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen .....	656,5	440,6	– 3,3	219,2	– 249,2
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte .....	1 541,3	–	–	1 541,3	10,2
9 – Geleistete Subventionen .....	27,5	–	27,5	–	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .....	326,4	–	326,4	–	5,4
11 – Geleistete Vermögenseinkommen .....	724,2	645,5	48,0	30,7	179,6
12 + Empfangene Vermögenseinkommen .....	787,5	378,6	21,6	387,3	116,2
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) .....	2 560,1	173,8	269,2	2 117,1	– 301,6
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern .....	355,8	73,4	–	282,4	10,0
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern .....	365,4	–	365,4	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2) .....	621,4	–	–	621,4	3,4
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) .....	622,2	120,7	500,8	0,8	2,6
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen .....	532,8	61,2	470,8	0,8	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen .....	525,6	–	–	525,6	7,7
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers .....	293,8	156,1	64,6	73,2	50,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers .....	252,8	137,7	21,5	93,7	91,0
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 522,2	141,4	621,5	1 759,3	– 263,8
23 – Konsumausgaben .....	2 221,6	–	586,8	1 634,8	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 50,5	–	50,5	–
25 = Sparen .....	300,6	90,9	34,7	175,0	– 263,8
26 – Geleistete Vermögenstransfers .....	40,3	2,6	29,8	7,9	4,2
27 + Empfangene Vermögenstransfers .....	37,7	18,3	12,2	7,3	6,8
28 – Bruttoinvestitionen .....	568,1	314,1	66,6	187,4	–
29 + Abschreibungen .....	531,3	304,3	67,2	159,8	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern .....	– 2,1	– 1,2	– 1,9	0,9	2,1
31 = Finanzierungssaldo .....	263,4	97,9	19,6	145,9	– 263,4
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 522,2	141,4	621,5	1 759,3	– 263,8
35 – Geleistete soziale Sachtransfers .....	382,6	–	382,6	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers .....	382,6	–	–	382,6	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) .....	2 522,2	141,4	238,9	2 141,9	– 263,8
38 – Konsum 2) .....	2 221,6	–	204,2	2 017,4	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 50,5	–	50,5	–
40 = Sparen .....	300,6	90,9	34,7	175,0	– 263,8

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

**Hauptaggregate der Sektoren**

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2016				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung .....	2 827,7	1 902,7	301,0	624,0	–
2 – Abschreibungen .....	545,3	311,6	69,2	164,5	–
3 = Nettowertschöpfung 1) .....	2 282,4	1 591,1	231,7	459,5	– 250,5
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte .....	1 598,7	1 139,6	236,2	223,0	13,6
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben .....	20,0	11,1	0,1	8,9	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen .....	25,5	23,7	0,2	1,5	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen .....	689,1	464,2	– 4,3	229,2	– 264,1
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte .....	1 602,1	–	–	1 602,1	10,2
9 – Geleistete Subventionen .....	28,3	–	28,3	–	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .....	332,6	–	332,6	–	5,4
11 – Geleistete Vermögenseinkommen .....	709,8	635,2	45,8	28,7	178,0
12 + Empfangene Vermögenseinkommen .....	775,0	373,3	20,2	381,5	112,8
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) .....	2 660,7	202,3	274,3	2 184,1	– 318,3
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern .....	368,8	76,6	–	292,2	11,1
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern .....	379,5	–	379,5	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2) .....	646,1	–	–	646,1	3,5
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) .....	647,2	124,9	521,6	0,7	2,3
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen .....	555,1	63,4	490,9	0,7	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen .....	547,6	–	–	547,6	8,0
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers .....	297,2	157,6	66,9	72,7	48,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers .....	254,4	138,6	21,6	94,3	90,7
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 622,3	168,1	639,2	1 815,0	– 279,9
23 – Konsumausgaben .....	2 295,0	–	612,7	1 682,3	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 51,4	–	51,4	–
25 = Sparen .....	327,3	116,7	26,5	184,1	– 279,9
26 – Geleistete Vermögenstransfers .....	39,3	2,2	28,5	8,6	5,0
27 + Empfangene Vermögenstransfers .....	38,5	19,3	11,7	7,5	5,8
28 – Bruttoinvestitionen .....	592,7	326,1	69,6	197,0	–
29 + Abschreibungen .....	545,3	311,6	69,2	164,5	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern .....	– 1,3	– 1,0	– 1,3	1,1	1,3
31 = Finanzierungssaldo .....	280,4	120,4	10,6	149,5	– 280,4
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 622,3	168,1	639,2	1 815,0	– 279,9
35 – Geleistete soziale Sachtransfers .....	402,7	–	402,7	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers .....	402,7	–	–	402,7	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) .....	2 622,3	168,1	236,5	2 217,7	– 279,9
38 – Konsum 2) .....	2 295,0	–	210,0	2 085,0	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 51,4	–	51,4	–
40 = Sparen .....	327,3	116,7	26,5	184,1	– 279,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

**Hauptaggregate der Sektoren**

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2017				
	Gesamte Volks- wirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapital- gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung .....	2 924,1	1 964,3	308,9	650,8	–
2 – Abschreibungen .....	560,1	319,5	71,2	169,4	–
3 = Nettowertschöpfung 1) .....	2 363,9	1 644,8	237,7	481,4	– 260,6
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte .....	1 654,7	1 178,1	242,5	234,1	14,2
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben .....	19,7	10,6	0,1	9,0	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen .....	26,3	24,5	0,2	1,6	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen .....	715,8	480,6	– 4,6	239,8	– 274,8
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte .....	1 657,8	–	–	1 657,8	11,1
9 – Geleistete Subventionen .....	29,3	–	29,3	–	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben .....	340,5	–	340,5	–	5,4
11 – Geleistete Vermögenseinkommen .....	707,7	634,6	44,7	28,4	178,5
12 + Empfangene Vermögenseinkommen .....	775,4	369,6	20,5	385,3	110,8
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) .....	2 752,5	215,6	282,5	2 254,5	– 330,7
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern .....	385,4	79,8	–	305,6	11,6
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern .....	396,6	–	396,6	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2) .....	672,9	–	–	672,9	3,6
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) .....	674,2	128,6	544,8	0,7	2,3
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen .....	579,3	65,6	513,0	0,7	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen .....	571,5	–	–	571,5	8,3
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers .....	302,5	159,3	70,5	72,7	47,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers .....	258,1	141,3	21,9	94,9	91,4
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 712,8	180,8	662,3	1 869,7	– 291,0
23 – Konsumausgaben .....	2 368,3	–	638,9	1 729,5	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 52,4	–	52,4	–
25 = Sparen .....	344,5	128,4	23,5	192,7	– 291,0
26 – Geleistete Vermögenstransfers .....	40,7	2,3	29,2	9,2	6,0
27 + Empfangene Vermögenstransfers .....	41,2	22,1	11,5	7,6	5,5
28 – Bruttoinvestitionen .....	613,7	336,1	71,5	206,1	–
29 + Abschreibungen .....	560,1	319,5	71,2	169,4	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern .....	– 1,0	3,0	– 5,1	1,2	1,0
31 = Finanzierungssaldo .....	292,5	128,6	10,6	153,3	– 292,5
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) .....	2 712,8	180,8	662,3	1 869,7	– 291,0
35 – Geleistete soziale Sachtransfers .....	425,6	–	425,6	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers .....	425,6	–	–	425,6	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) .....	2 712,8	180,8	236,7	2 295,4	– 291,0
38 – Konsum 2) .....	2 368,3	–	213,2	2 155,1	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche .....	–	– 52,4	–	52,4	–
40 = Sparen .....	344,5	128,4	23,5	192,7	– 291,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
**Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015 (1)	2016 (2)	2017 (2)	2016		2017 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

**Entstehung des Inlandsprodukts**

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,8	1,2	0,9	1,2	1,1	0,9	0,8
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	0,4	0,0	0,1	0,0	0,0	0,6	-0,3
Arbeitsvolumen	1,2	1,2	1,0	1,2	1,2	1,5	0,5
Produktivität (4)	0,5	0,6	0,7	0,9	0,3	0,2	1,1
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>	<b>1,6</b>	<b>2,1</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>	<b>1,6</b>

**2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen**

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2221,6	2295,0	2368,3	1116,9	1178,1	1152,9	1215,4
Private Konsumausgaben 5)	1634,8	1682,3	1729,5	819,9	862,4	842,9	886,5
Konsumausgaben des Staates	586,8	612,7	638,9	297,0	315,7	310,0	328,9
Bruttoanlageinvestitionen	606,1	634,8	659,8	305,0	329,8	316,7	343,1
Ausrüstungen	200,1	208,1	214,8	99,2	108,9	102,3	112,5
Bauten	297,6	313,3	326,5	150,6	162,7	156,7	169,8
Sonstige Anlagen	108,5	113,5	118,6	55,2	58,3	57,7	60,9
Vorratsveränderungen 6)	-38,0	-42,1	-46,1	-8,8	-33,3	-10,8	-35,4
Inländische Verwendung	2789,7	2887,7	2982,0	1413,1	1474,6	1458,9	1523,1
Außenbeitrag	236,2	250,5	260,6	127,3	123,1	134,0	126,6
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	7,8	8,0	8,0	8,3	7,7	8,4	7,7
Exporte	1419,7	1442,5	1508,5	709,4	733,1	743,7	764,8
Importe	1183,5	1192,0	1247,9	582,0	610,0	609,7	638,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3025,9</b>	<b>3138,2</b>	<b>3242,6</b>	<b>1540,4</b>	<b>1597,8</b>	<b>1592,8</b>	<b>1649,8</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	3,0	3,3	3,2	3,4	3,2	3,2	3,2
Private Konsumausgaben 5)	2,7	2,9	2,8	2,9	2,9	2,8	2,8
Konsumausgaben des Staates	4,0	4,4	4,3	4,7	4,2	4,4	4,2
Bruttoanlageinvestitionen	3,6	4,7	3,9	5,4	4,2	3,8	4,0
Ausrüstungen	5,4	4,0	3,2	5,2	2,9	3,2	3,3
Bauten	2,0	5,3	4,2	5,7	4,8	4,0	4,4
Sonstige Anlagen	4,7	4,6	4,5	4,7	4,6	4,5	4,5
Inländische Verwendung	2,6	3,5	3,3	3,6	3,4	3,2	3,3
Exporte	6,5	1,6	4,6	1,6	1,6	4,8	4,3
Importe	4,1	0,7	4,7	0,5	0,9	4,8	4,6
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3,8</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>3,9</b>	<b>3,5</b>	<b>3,4</b>	<b>3,3</b>

**3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)**

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2063,6	2105,9	2139,5	1033,2	1072,6	1049,8	1089,6
Private Konsumausgaben 5)	1533,8	1563,1	1586,0	765,6	797,5	776,3	809,7
Konsumausgaben des Staates	529,8	542,6	553,3	267,5	275,1	273,4	279,9
Bruttoanlageinvestitionen	558,3	577,0	591,0	277,4	299,6	284,0	307,0
Ausrüstungen	195,9	203,2	209,2	96,3	107,0	99,0	110,1
Bauten	263,3	272,7	278,4	131,7	141,0	134,3	144,1
Sonstige Anlagen	99,5	101,6	104,0	49,6	51,9	50,8	53,2
Inländische Verwendung	2586,4	2644,0	2687,6	1306,2	1337,8	1327,4	1360,2
Exporte	1350,9	1389,9	1446,9	683,4	706,5	714,6	732,3
Importe	1153,6	1201,3	1256,9	585,9	615,5	614,7	642,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2782,6</b>	<b>2832,3</b>	<b>2879,0</b>	<b>1403,3</b>	<b>1429,1</b>	<b>1427,3</b>	<b>1451,6</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	2,2	2,1	1,6	2,4	1,7	1,6	1,6
Private Konsumausgaben 5)	2,0	1,9	1,5	2,3	1,5	1,4	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,5	2,4	2,0	2,6	2,2	2,2	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	2,2	3,4	2,4	4,0	2,7	2,4	2,5
Ausrüstungen	4,8	3,7	2,9	4,8	2,8	2,9	3,0
Bauten	0,3	3,6	2,1	4,2	3,0	2,0	2,2
Sonstige Anlagen	2,6	2,1	2,4	2,2	2,1	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,6	2,2	1,6	2,6	1,9	1,6	1,7
Exporte	5,4	2,9	4,1	2,9	2,9	4,6	3,6
Importe	5,8	4,1	4,6	4,3	4,0	4,9	4,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>	<b>1,6</b>	<b>2,1</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>	<b>1,6</b>

## noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2015 (1)	2016 (2)	2017 (2)	2016		2017 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

## 4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0,9	1,2	1,6	1,0	1,5	1,6	1,6
Private Konsumausgaben 5)	0,6	1,0	1,3	0,6	1,3	1,4	1,3
Konsumausgaben des Staates	1,5	1,9	2,3	2,0	1,9	2,1	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,4	1,3	1,5	1,3	1,4	1,4	1,5
Ausrüstungen	0,6	0,3	0,3	0,4	0,1	0,3	0,3
Bauten	1,7	1,7	2,1	1,5	1,8	2,0	2,1
Sonstige Anlagen	2,1	2,4	2,0	2,4	2,5	2,0	2,0
Inländische Verwendung	1,0	1,3	1,6	1,0	1,5	1,6	1,6
Exporte	1,0	-1,2	0,5	-1,3	-1,2	0,3	0,7
Importe	-1,6	-3,3	0,1	-3,6	-3,0	-0,2	0,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,1</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>1,7</b>	<b>1,6</b>

## 5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	2117,1	2184,1	2254,5	1073,2	1110,9	1109,6	1144,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	280,1	290,9	302,4	141,0	149,9	146,8	155,6
Bruttolöhne und -gehälter	1261,1	1311,2	1355,4	625,4	685,8	647,8	707,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	575,8	582,0	596,7	306,8	275,2	314,9	281,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	443,0	476,6	498,0	218,4	258,2	227,9	270,1
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2560,1</b>	<b>2660,7</b>	<b>2752,5</b>	<b>1291,6</b>	<b>1369,1</b>	<b>1337,5</b>	<b>1415,1</b>
Abschreibungen	531,3	545,3	560,1	271,3	274,0	278,6	281,5
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3091,3</b>	<b>3206,0</b>	<b>3312,7</b>	<b>1562,9</b>	<b>1643,1</b>	<b>1616,1</b>	<b>1696,6</b>
nachrichtlich:							
<b>Volkseinkommen</b>	<b>2261,2</b>	<b>2356,5</b>	<b>2441,3</b>	<b>1142,2</b>	<b>1214,3</b>	<b>1184,5</b>	<b>1256,9</b>
Arbeitnehmerentgelte	1541,3	1602,1	1657,8	766,4	835,7	794,6	863,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	719,9	754,4	783,5	375,8	378,6	389,8	393,7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,0	3,2	3,2	3,3	3,1	3,4	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,1	3,9	3,9	4,0	3,8	4,1	3,7
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	4,0	3,4	4,0	3,9	3,6	3,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,8	2,5	2,4	2,5	2,6	2,6	2,2
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,4	2,5	1,6	2,5	2,5	1,8	1,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,1	1,1	2,5	1,5	0,6	2,6	2,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	8,1	7,6	4,5	8,7	6,7	4,3	4,6
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>3,9</b>	<b>3,9</b>	<b>3,5</b>	<b>4,2</b>	<b>3,7</b>	<b>3,6</b>	<b>3,4</b>
Abschreibungen	2,6	2,6	2,7	2,6	2,7	2,7	2,7
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3,7</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>3,9</b>	<b>3,5</b>	<b>3,4</b>	<b>3,3</b>
nachrichtlich:							
<b>Volkseinkommen</b>	<b>3,9</b>	<b>4,2</b>	<b>3,6</b>	<b>4,4</b>	<b>4,1</b>	<b>3,7</b>	<b>3,5</b>
Arbeitnehmerentgelte	3,8	3,9	3,5	4,0	3,9	3,7	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,2	4,8	3,9	5,1	4,4	3,7	4,0

## 6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1263,0	1314,3	1357,2	631,0	683,3	653,7	703,5
Nettolöhne und -gehälter	836,5	869,6	892,2	409,9	459,7	421,3	470,9
Monetäre Sozialleistungen	525,6	547,6	571,5	272,3	275,3	285,3	286,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	99,1	102,8	106,5	51,2	51,7	53,0	53,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	575,8	582,0	596,7	306,8	275,2	314,9	281,8
Sonstige Transfers (Saldo)	-79,5	-81,3	-84,2	-39,3	-42,0	-40,7	-43,4
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1759,3</b>	<b>1815,0</b>	<b>1869,7</b>	<b>898,5</b>	<b>916,5</b>	<b>927,9</b>	<b>941,9</b>
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	50,5	51,4	52,4	25,4	26,0	25,9	26,5
Private Konsumausgaben 5)	1634,8	1682,3	1729,5	819,9	862,4	842,9	886,5
Sparen	175,0	184,1	192,7	104,0	80,1	110,8	81,9
<b>Sparquote 7)</b>	<b>9,7</b>	<b>9,9</b>	<b>10,0</b>	<b>11,3</b>	<b>8,5</b>	<b>11,6</b>	<b>8,5</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	3,7	4,1	3,3	3,8	4,3	3,6	3,0
Nettolöhne und -gehälter	3,5	3,9	2,6	4,0	3,9	2,8	2,4
Monetäre Sozialleistungen	4,0	4,2	4,4	3,5	4,9	4,8	4,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,4	3,8	3,6	3,6	4,0	3,5	3,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,1	1,1	2,5	1,5	0,6	2,6	2,4
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2,9</b>	<b>3,2</b>	<b>3,0</b>	<b>3,1</b>	<b>3,2</b>	<b>3,3</b>	<b>2,8</b>
Private Konsumausgaben 5)	2,7	2,9	2,8	2,9	2,9	2,8	2,8
Sparen	4,4	5,2	4,6	4,3	6,4	6,5	2,2



**noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

	2015 (1)	2016 (2)	2017 (2)	2016		2017 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

**7. Einnahmen und Ausgaben des Staates**

## a) Mrd. EUR

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	691,8	712,0	737,2	355,3	356,8	368,5	368,6
Nettosozialbeiträge	500,8	521,6	544,8	253,1	268,6	264,7	280,1
Vermögenseinkünfte	21,6	20,2	20,5	11,6	8,5	12,0	8,4
Sonstige Übertragungen	21,5	21,6	21,9	9,1	12,5	9,2	12,7
Vermögensübertragungen	12,2	11,7	11,5	5,0	6,7	4,8	6,7
Verkäufe	102,6	104,3	105,8	49,4	54,9	50,1	55,7
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>1350,7</b>	<b>1391,6</b>	<b>1441,9</b>	<b>683,5</b>	<b>708,1</b>	<b>709,5</b>	<b>732,4</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen	144,0	150,7	155,3	68,8	81,9	71,0	84,3
Arbeitnehmerentgelte	229,6	236,2	242,5	113,5	122,6	116,6	125,9
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	48,0	45,8	44,7	23,2	22,7	22,5	22,2
Subventionen	27,5	28,3	29,3	13,9	14,4	14,4	14,9
Monetäre Sozialleistungen	470,8	490,9	513,0	244,1	246,8	256,2	256,8
Soziale Sachleistungen	252,1	265,3	280,4	131,2	134,2	138,8	141,7
Sonstige Transfers	64,6	66,9	70,5	37,8	29,1	39,9	30,6
Vermögenstransfers	29,8	28,5	29,2	12,8	15,7	13,1	16,1
Bruttoanlageinvestitionen	66,6	69,6	71,5	29,5	40,2	30,5	41,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,9	-1,3	-5,1	-0,6	-0,7	-4,4	-0,7
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>1331,1</b>	<b>1381,0</b>	<b>1431,3</b>	<b>674,2</b>	<b>706,9</b>	<b>698,5</b>	<b>732,8</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>19,6</b>	<b>10,6</b>	<b>10,6</b>	<b>9,3</b>	<b>1,3</b>	<b>11,0</b>	<b>-0,4</b>

## b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	4,9	2,9	3,5	3,2	2,6	3,7	3,3
Nettosozialbeiträge	3,9	4,2	4,4	4,2	4,1	4,6	4,3
Vermögenseinkünfte	-13,5	-6,5	1,5	-8,8	-3,1	3,4	-1,2
Sonstige Übertragungen	12,3	0,5	1,5	0,7	0,4	1,1	1,8
Vermögensübertragungen	0,1	-3,8	-1,7	-3,6	-3,9	-4,0	0,0
Verkäufe	1,1	1,6	1,5	1,9	1,3	1,5	1,4
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>3,9</b>	<b>3,0</b>	<b>3,6</b>	<b>3,2</b>	<b>2,9</b>	<b>3,8</b>	<b>3,4</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen	3,9	4,7	3,0	5,8	3,8	3,1	2,9
Arbeitnehmerentgelt	2,2	2,9	2,7	2,9	2,8	2,7	2,7
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-6,8	-4,4	-2,6	-4,4	-4,4	-3,0	-2,2
Subventionen	8,0	2,9	3,5	3,1	2,8	3,6	3,4
Monetäre Sozialleistungen	4,4	4,3	4,5	3,5	5,0	4,9	4,0
Soziale Sachleistungen	5,0	5,2	5,7	5,3	5,2	5,8	5,6
Sonstige Transfers	4,9	3,5	5,4	5,0	1,7	5,6	5,2
Vermögenstransfers	-18,2	-4,2	2,3	1,4	-8,3	2,0	2,6
Bruttoanlageinvestitionen	5,3	4,6	2,7	5,4	4,0	3,6	2,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>3,1</b>	<b>3,8</b>	<b>3,6</b>	<b>3,9</b>	<b>3,6</b>	<b>3,6</b>	<b>3,7</b>
nachrichtlich:							
<b>Finanzierungssaldo in % des BIP</b>	<b>0,6</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,6</b>	<b>0,1</b>	<b>0,7</b>	<b>0,0</b>

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

3) Geleistete Arbeitsstunden.

4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

# Elektromotoren, Energieversorgung und Erziehung: Die Güte der entstehungsseitigen ifo-Kurzfristprognose

58

Franziska Fobbe\* und Robert Lehmann

**Die Vorhersage der gesamtwirtschaftlichen Produktion getrennt nach Wirtschaftsbereichen ist seit geraumer Zeit ein wichtiger Baustein einer jeden Konjunkturprognose. Das ifo Institut benutzt hierzu den eigens entwickelten IFOCAST-Ansatz. Der vorliegende Artikel setzt sich kritisch mit der Prognosegüte der vom ifo Institut herausgegebenen entstehungsseitigen Prognosen auseinander. Im Ergebnis kann den ifo-Prognosen eine sehr gute Treffsicherheit attestiert werden. Besonders hoch ist die Güte für das Bruttoinlandsprodukt, die Industrie und das Baugewerbe. Für wenige Bereiche im Dienstleistungssektor hingegen besteht Verbesserungsbedarf. Die Lösung hierfür besteht in der systematischeren Nutzung der Befragungsindikatoren des Dienstleistungssektors aus dem ifo Konjunkturtest.**

Die entstehungsseitige Vorhersage des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist mittlerweile fester Bestandteil einer jeden Konjunkturprognose. Neben den großen Wirtschaftsforschungsinstituten und der Gemeinschaftsdiagnose veröffentlicht auch das ifo Institut regelmäßig Prognosen getrennt nach einzelnen Wirtschaftszweigen. Bis dato setzt sich aber kein Anbieter öffentlich mit der Prognosegüte des entstehungsseitigen Ansatzes auseinander. Der vorliegende Artikel greift diese Lücke auf und beleuchtet kritisch die Treffsicherheit der vom ifo Institut veröffentlichten entstehungsseitigen Prognosen. Damit reiht sich dieser Aufsatz in eine Veröffentlichungstradition ein, in der sich das ifo Institut seit Jahren öffentlich mit der Güte seiner eigenen Konjunkturprognosen auseinandersetzt (vgl. Lehmann und Weber 2016; 2014; Nierhaus 2016a; Wollmershäuser 2015; Henzel et al. 2014).

Insgesamt kann die entstehungsseitige Prognose des ifo Instituts als sehr treffsicher bezeichnet werden. Für das BIP und den Großteil der Wirtschaftsbereiche liefert der Ansatz sehr gute Prognosen für das laufende und folgende Quartal, die zudem einer naiven Prognose (Annahme: Fortschreibung der letzten Realisation) deutlich überlegen sind. Jedoch nimmt die Prognosegüte ab, wenn die einzelnen Dienstleistungsbereiche in den Fokus der Betrachtung rücken. Besonders jene Bereiche, für die nur eine kleine Zahl oder gar keine Indikatoren zur Verfügung stehen (z.B. Information und Kommunikation oder die öffentlichen Dienstleister), sind nur sehr schwer prognostizierbar.

Der vorliegende Aufsatz ist wie folgt aufgebaut. Zuerst erläutern wir kurz den ifo-eigenen Prognoseansatz für die Entstehungsseite. Daran anschließend präsentieren wir die Datengrundlage und den dazugehörigen Evaluationszeitraum. Welche Fehlermaße wir für die Evaluation nutzen, ist im dritten Abschnitt beschrieben. Nach der Diskussion der Ergebnisse ziehen wir im letzten Abschnitt ein Fazit und geben einen kurzen Ausblick auf die weitere Vorgehensweise in der ifo-Hausprognose.

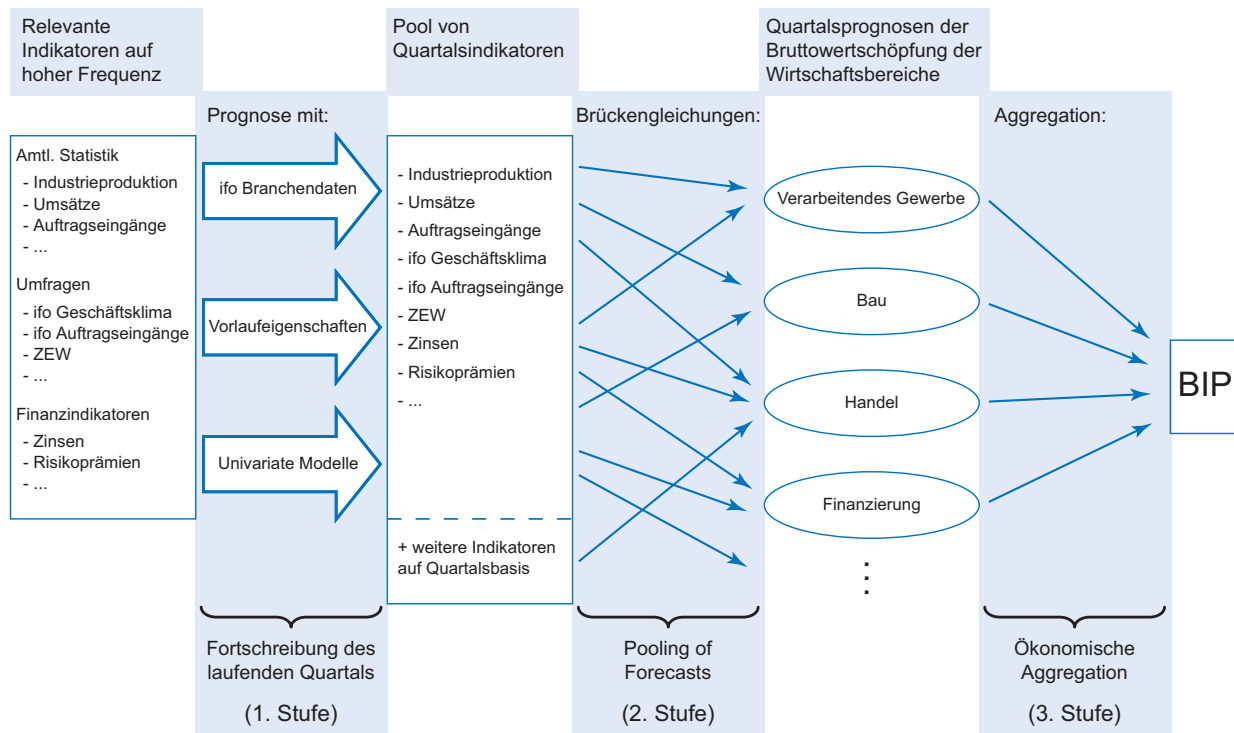
## Der ifo-Ansatz

Vorhersagen der wirtschaftlichen Aktivität in der kurzen Frist sind zentrale Bestandteile einer jeden Konjunkturprognose. Zum einen dienen kurzfristige Prognosen dazu, die aktuelle Phase des inländischen Konjunkturzyklus abzuschätzen. Einhergehend damit ist es für den Prognostiker entscheidend zu wissen, ob etwaige wirtschaftspolitische Eingriffe, bspw. aufgrund einer drohenden Rezession, bereits ihre Wirkungen entfalten. Zum anderen sind Kurzfristprognosen der Ausgangspunkt für längerfristige Vorhersagen. Somit hängt der Prognoseerfolg für die mittlere und lange Frist essentiell von der Unverzerrtheit in der kurzen Frist ab.

Kurzfristprognosen beruhen zumeist auf der Vorhersage der Entstehungsseite, also aus einer Abschätzung der sektoralen Bruttowertschöpfungsentwicklung. Entstehungsseitige Prognosen erfreuen sich großer Beliebtheit, da für die Vielzahl von Wirtschaftsbereichen mehr oder weniger gute (Früh-)Indikatoren zur Verfügung stehen. Wie jeder Anbieter von Konjunkturprognosen hat auch das ifo Institut eine

\* Franziska Fobbe war im Zeitraum 14. März 2016 bis 6. Mai 2016 Praktikantin am ifo Zentrum für Konjunkturforschung und Befragungen.

Abb. 1  
Schematische Darstellung von IFOCAST



Quelle: Carstensen et al. (2009b, S. 16).

eigene Vorgehensweise entwickelt, aus welcher kurzfristige Vorhersagen für das BIP und die großen Wirtschaftsbereiche gewonnen werden. Der Ansatz wird treffenderweise als IFOCAST bezeichnet und ist in drei Stufen aufgebaut: Erstens werden monatliche Indikatoren für den Prognosezeitraum fortgeschrieben und anschließend zu Quartalsangaben aggregiert. Im zweiten Schritt nutzt IFOCAST sogenannte Brückengleichungen, die die quartalsmäßigen Bruttowertschöpfungsangaben der einzelnen Wirtschaftsbereiche in Beziehung zu den diversen Indikatoren setzen. Die Vielzahl an Prognosen, die der Ansatz generiert, werden mit sogenannten Kombinationsstrategien (oder auch »Pooling of Forecasts«) zu einer einzelnen Zahl verdichtet.<sup>1</sup> Der letzte Schritt umfasst die Aggregation der einzelnen Wertschöpfungsangaben zum BIP, basierend auf den aktuellen Standards der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).<sup>2</sup> In Abbildung 1 ist der eben beschriebene IFOCAST-Ansatz schematisch dargestellt.

nannten ifo Konjunkturtest, sowie der amtlichen Statistik in Deutschland. Besondere Stellung nehmen aber zwei Indikatoren im Rahmen des IFOCAST ein: der ifo Geschäftsklimaindex und die Industrieproduktion. Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein, wenn nicht der wichtigste, umfragebasierter Frühindikator für die deutsche Konjunktur. Seine Eigenschaften wurden in mehreren Studien bestätigt, die in einem aktuellen Überblick von Seiler und Wohlrabe (2013) zusammengetragen sind. Auf der Seite der sogenannten »harten« Indikatoren nimmt die Industrieproduktion eine zentrale Rolle ein. Nicht nur weil die Industrie gemeinhin als Zyklusmacher der deutschen Volkswirtschaft gilt (vgl. Abberger und Nierhaus 2008), sondern auch aufgrund der Tatsache, dass die Industrieproduktion als Primärstatistik unmittelbar für die Schnellschätzung des BIP herangezogen wird. Für Details und weiterführende Informationen zu IFOCAST sei an dieser Stelle auf Carstensen et al. (2009b) verwiesen.

Relevante Indikatoren gewinnt das ifo Institut in der Regel aus seiner eigenen Unternehmensbefragung, dem soge-

### Datengrundlage und Evaluationszeitraum

Traditionell wird in Deutschland die Prognose des BIP von der Verwendungsseite her abgeleitet. Jedes verwendungsseitige Aggregat (privater Konsum, Staatskonsum, Investitionen, Ex- und Importe) wird einzeln analysiert und prognostiziert. Die Vorhersage der gesamtwirtschaftlichen Produktion hingegen rückte erst spät in den Fokus der prognostizierenden Institutionen. In der Gemeinschaftsdiagno-

<sup>1</sup> Die einfachste denkbare Möglichkeit, eine Vielzahl von Prognosen zu verdichten, ist der einfache Mittelwert. Daneben hat sich in der Literatur eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten erfolgreich etabliert (vgl. Drechsel und Scheufele 2012 oder Lehmann und Wohlrabe 2015).

<sup>2</sup> Dem Problem der »additiven Inkonsistenz« (vgl. Nierhaus 2013), das natürlich auch bei verketteten Volumenangaben der Entstehungsrechnung auftritt, ist hier besonders Rechnung getragen. Dabei werden alle Angaben zunächst auf das zuletzt verfügbare Jahr umbasiert. Anschließend generiert die Summenbildung korrekte Aggregatsangaben.

se zum Beispiel finden sich Prognosen zu den einzelnen Wirtschaftsbereichen erstmalig in der Veröffentlichung vom Frühjahr 2007 (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2007). Das ifo Institut publiziert seit Sommer 2009 Vorhersagen für die einzelnen Wirtschaftszweige in seiner Hausprognose (vgl. Carstensen et al. 2009a). Da im vorliegenden Artikel die Hausprognose des ifo Instituts im Fokus der Betrachtung steht, wird die Prognosegüte der Gemeinschaftsdiagnose im Folgenden ausgeblendet.

Im Verlauf der Publikationshistorie kam es immer wieder zu mehr oder weniger großen Veränderungen. Zu Beginn der entstehungsseitigen Vorhersage prognostizierte man sowohl Wachstumsraten zum Vorjahresquartal, basierend auf Ursprungswerten, als auch Veränderungsdaten zum Vorquartal auf Basis saisonbereinigter Zeitreihen. Im Verlauf wurde die Vorhersage von Vorjahreswachstumsraten hingegen verworfen. Zudem stand auch der Prognosehorizont immer wieder im Fokus der Veränderung. Während zu Beginn der ifo-Hausprognose lediglich ein Quartal der Entstehungsseite in die Zukunft prognostiziert wurde, ist es mittlerweile Usus, dass das laufende und die drei folgenden Quartale vorhergesagt werden (vgl. Wollmershäuser et al. 2016, Tab. 3.9, S. 44 in dieser Ausgabe). Die gravierendsten Eingriffe, die zugleich die zeitliche Vergleichbarkeit stark einschränken, sind die beiden jüngsten, großen Revisionen der VGR. Im Jahr 2011 ergaben sich Änderungen für die entstehungsseitige Berechnung des BIP aufgrund der Umstellung auf die neue Wirtschaftszweigklassifikation, Ausgabe 2008 (WZ2008).<sup>3</sup> Besonders die Zusammenfassung diverser Teilbereiche aus der alten Klassifikation in neue Wirtschaftszweige macht einen Vergleich mit alten Konjunkturprognosen unmöglich. Die zweite erhebliche Veränderung fand im Jahr 2014 statt: Die große Generalrevision der VGR. Besonders die neue Verbuchung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Investitionen – und nicht wie vorher als Abschreibungen – hatte erheblichen Einfluss auf das BIP (vgl. Rätz und Braakmann 2014 für eine detaillierte Aufschlüsselung der Effekte). All diese Veränderungen im Zeitverlauf müssen bei der Interpretation der nachfolgenden Ergebnisse berücksichtigt werden. Das Einzige, was in der Publikationshistorie der entstehungsseitigen Prognose unangetastet blieb, ist die Vorhersage von ausschließlich preisbereinigten Größen. Eine nominale, also in laufenden Preisen ausgewiesene Prognose der Wertschöpfungsaggregate findet sich zu keinem Zeitpunkt.

Berücksichtigt man all die zuvor genannten Veränderungen, schränkt sich der Evaluationszeitraum auf die ifo-Prognosen von Sommer 2011 bis Winter 2015 ein.<sup>4</sup> Zudem können für

<sup>3</sup> Für einen kurzen Überblick über die wichtigsten Änderungen sei auf Lehmann (2011) sowie auf Kloß und Lehmann (2013) verwiesen. Detaillierte Angaben finden sich in Emmel (2008).

<sup>4</sup> Alle Prognoseergebnisse können unter dem folgenden Link nachvollzogen werden: <https://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Forecasts/ifo-Economic-Forecast/Archiv.html>.

diese Zeitperiode, aus eben genannten Gründen, ausschließlich die Prognosen für das laufende ( $t + 0$ ) und folgende Quartal ( $t + 1$ ) evaluiert werden. Die Treffsicherheit wird für die folgenden Aggregate/Wirtschaftsbereiche untersucht: BIP, Bruttowertschöpfung (BWS) insgesamt, Produzierendes Gewerbe ohne Bau, Verarbeitendes Gewerbe (Abschnitt C – WZ2008), Energie- und Wasserversorgung; Recycling (Abschnitte D+E – WZ2008), Baugewerbe (Abschnitt F – WZ2008), Handel, Verkehr und Gastgewerbe (Abschnitte G+H+I – WZ2008), Information und Kommunikation (Abschnitt J – WZ2008), Finanz- und Versicherungsdienstleister (Abschnitt K – WZ2008), Grundstücks- und Wohnungswesen (Abschnitt L – WZ2008), Unternehmensdienstleister (Abschnitt M+N – WZ2008), Öffentliche Dienstleister (Abschnitte O+P+Q – WZ2008) und Sonstige Dienstleister (Abschnitte R+S+T – WZ2008). Untersuchungsgegenstand sind dabei die preis- und saisonbereinigten Wachstumsraten zum Vorquartal.

Als letzter Schritt muss über die Zielgröße, an der die Prognose gemessen werden soll, entschieden werden. Dabei spaltet sich die Zunft in zwei Lager. Die eine Gruppe argumentiert über die Treffsicherheit in Bezug auf den endgültig veröffentlichten und nicht mehr revisionsanfälligen Wert. Die andere Gruppe bemisst die Güte ihrer Prognosen anhand der ersten Veröffentlichung. Für Deutschland wird diese erste Veröffentlichung als »Schnellmeldung« bezeichnet und 45 Tage nach Ende des entsprechenden Quartals publiziert.<sup>5</sup> Aus den einzelnen ifo-Hausprognosen und zusätzlich aus den Texten zur Gemeinschaftsdiagnose konnten wir eine konsistente Reihe an Schnellmeldungen für die einzelnen Aggregate extrahieren. Diese Reihen nutzen wir als Referenz für die im Folgenden beschriebenen Fehlermaße.

## Fehlermaße

In der einschlägigen Literatur findet sich eine Vielzahl verschiedener Maße, die zur Beurteilung der Prognosegüte herangezogen werden können (vgl. Nierhaus 2016a; Berg 2015 oder Andres und Spiwoks 2000). Im Folgenden verwenden wir zunächst drei eher einfache Gütemaße, die besonders die Höhe und Richtung der Prognosefehler anzeigen. Anschließend ziehen wir noch zwei relative Maße zur Beurteilung heran, die die Prognosefehler ins Verhältnis zu anderen Größen setzen.

Unter einfachen Fehlermaßen fassen wir den *mittleren Prognosefehler (MPF)*, den *mittleren absoluten Prognosefehler (MAPF)* und die *Wurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers (WMQPF)* zusammen. Der MPF dient besonders für Tendenzaussagen, also jene Einschätzung darüber,

<sup>5</sup> Für den Euroraum und die Europäische Union bestehen sogar Schnell-schätzungen, die bereits 30 Tage nach Ende des entsprechenden Quartals publiziert werden (vgl. Nierhaus 2016b).

ob die Prognosen im Mittel eher zu optimistisch oder zu pessimistisch sind. Bezeichnet  $P_t$  den Prognosewert und  $R_t$  die Realisation für eine zu prognostizierende Größe, dann ist der MPF definiert als:

$$MPF = \frac{1}{T} \sum_{t=1}^T (P_t - R_t).$$

Problematisch am MPF ist zum einen, dass sich positive und negative Prognosefehler ausgleichen, egal welche Größe sie annehmen. Damit resultiert der gleiche MPF sowohl aus einer hohen als auch niedrigen Über- und Unterschätzung. Dies versucht der MAPF zu umgehen, indem er jeden Prognosefehler betragsmäßig betrachtet:

$$MAPF = \frac{1}{T} \sum_{t=1}^T (|P_t - R_t|).$$

Hierbei können sich positive und negative Fehler nicht mehr ausgleichen; jedoch wird hier kleinen Fehlern das gleiche Gewicht wie großen Fehlern zugeordnet. Will man große Fehler stärker gewichten, dann eignet sich hierfür zum Beispiel die WMQPF, die auch in der Literatur häufig Anwendung findet:

$$WMQPF = \sqrt{\frac{1}{T} \sum_{t=1}^T (P_t - R_t)^2}.$$

Mit diesen drei Maßen bekommt man einen (relativ) soliden Überblick über die allgemeine Treffsicherheit der Prognosen. Jedoch lassen die drei Maße keinerlei Urteil darüber zu, wie gut oder schlecht eine Prognose ist. Um dies einschätzen zu können, benötigt man einen Vergleichsmaßstab. Hierfür nutzen wir die zwei schon erwähnten relativen Größen: Zum einen die *Standardisierte Wurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers (SWMQPF)* und zum anderen den *Theilschen Ungleichheitskoeffizienten (Theils U)*. Für die SWMQPF wird die Standardabweichung der zu prognosti-

zierenden Reihe ( $\delta$ ) herangezogen. Ein Wert kleiner als Eins signalisiert, dass die durchschnittliche Schwankung der Prognosefehler kleiner als die mittlere Schwankung der eigentlichen Reihe ist. Solch ein Ergebnis kann durchaus als gut bezeichnet werden. Bei Theil's U werden hingegen durchschnittliche Prognosefehler ins Verhältnis gesetzt:

$$Theils\ U = \frac{WMQPF_{ifo}}{WMQPF_{naiv}}.$$

Im Zähler befindet sich die WMQPF der vom ifo Institut abgegebenen Prognosen. Im Nenner ist die WMQPF einer naiven Prognose abgetragen, also einer Referenzprognose. Für die naive Prognose wird ein Random Walk angenommen: Die Prognose für heute entspricht der Realisation von gestern ( $P_t = R_{t-1}$ ). Eine naive Prognose ist besonders bei jenen Größen schwer zu übertreffen, die eine geringe Schwankungsintensität über die Zeit aufweisen. Die ifo-Prognose ist bei Werten kleiner als Eins als gut zu bezeichnen.

### Wie gut sind die entstehungsseitigen ifo-Prognosen?

In Tabelle 1 und Tabelle 2 sind die zuvor eingeführten Fehlermaße für die einzelnen Wirtschaftsbereiche / Aggregate abgetragen. Während die erste Tabelle die Prognose für das laufende Quartal ( $t = 0$ ) abbildet, präsentiert die zweite Tabelle die Fehlermaße für das folgende Quartal ( $t = 1$ ).

Zunächst steht das laufende Quartal im Fokus. Für den wichtigsten Wirtschaftsindikator, das BIP, kann das ifo Institut eine hohe Treffsicherheit aufweisen, mit einer leichten Tendenz zur Überschätzung. Jedoch ist der mittlere Prognosefehler des ifo-Ansatzes deutlich kleiner als die Standardabweichung der Reihe ( $SWMQPF = 0,416$ ) und die

**Tab. 1**  
Fehlermaße für die Prognose des laufenden Quartals ( $t = 0$ )

Aggregat / Bereich	MPF	MAPF	WMQPF	SWMQPF	Theils U
Bruttoinlandsprodukt	0,057	0,143	0,177	0,416	0,377
Bruttowertschöpfung insgesamt	0,067	0,333	0,377	0,854	0,816
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	- 0,022	0,644	0,804	0,665	0,615
Verarbeitendes Gewerbe	- 0,056	0,789	0,954	0,756	0,577
Energie- und Wasserversorgung; Recycling	0,343	1,229	1,538	0,862	0,407
Baugewerbe	0,156	2,000	2,073	<b>1,075</b>	0,565
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	0,056	0,567	0,669	<b>1,230</b>	0,628
Information und Kommunikation	0,225	0,625	0,773	<b>1,842</b>	<b>1,034</b>
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,575	1,875	2,225	<b>2,247</b>	0,828
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,500	0,500	0,539	<b>3,247</b>	<b>1,077</b>
Unternehmensdienstleister	- 0,200	0,356	0,478	0,788	0,892
Öffentliche Dienstleister	- 0,011	0,389	0,451	<b>1,353</b>	<b>1,147</b>
Sonstige Dienstleister	0,438	0,438	0,544	0,981	0,840

Anmerkung: Einträge in Fettschrift signalisieren Werte größer als 1. Zusätzlich sind Einträge in der Spalte Theils U kursiv, wenn die naive Prognose im Durchschnitt kleinere Fehler generiert.

Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.



Prognosefehler des naiven Ansatzes (Theils  $U = 0,377$ ). Auch die für die Zyklik der heimischen Volkswirtschaft so wichtigen Industrie weist das ifo Institut sehr gute Prognosen aus: der mittlere Fehler beträgt 0,954 Prozentpunkte. Ein weiterer Wirtschaftsbereich, bei welchem auf eine Vielzahl an Frühindikatoren zurückgegriffen werden kann, ist das Baugewerbe. Der ifo-Ansatz generiert auch hier kleinere Fehler als eine naive Vorhersage, jedoch ist der Prognosefehler mit mehr als 2 Prozentpunkten höher als die Schwankung der zu prognostizierenden Reihe. Mögliche Erklärungsansätze hierfür sind diskretionäre Eingriffe der deutschen Wirtschaftspolitik wie bspw. die Förderung der energetischen Sanierung. Die Effekte solcher Eingriffe sind schwer vorherzusagen, so dass auch für das Baugewerbe insgesamt von einer guten Prognose gesprochen werden kann.

Die Prognosegüte des ifo Instituts wird hingegen etwas schlechter, wenn man den Dienstleistungssektor in seine einzelnen Bereiche aufspaltet. Für die Bereiche »Information und Kommunikation«, »Grundstücks- und Wohnungswesen« sowie »Öffentliche Dienstleister« können die ifo-Prognosen die Schwankungen der Reihe kaum abbilden und sind sogar etwas weniger treffsicher als die naive Vorhersage. Jedoch ist das größtenteils durch das Nicht-Vorhandensein von Indikatoren in diesen Wirtschaftsbereichen erklärbar. Dennoch geben wir im folgenden Abschnitt einen Ausblick darauf, wie die Prognosegüte in diesen Bereichen in Zukunft gesteigert werden kann.

Bei näherer Betrachtung der Prognosen für das folgende Quartal zeigt sich, dass auch hier die Prognosegüte des ifo Instituts sehr gut ist. Zudem fällt auf, dass die Wachstumsraten der zuvor als problematisch bezeichneten Wirtschaftsbereiche für  $t = 1$  besser getroffen werden. Die einzige Ausnahme bilden auch hier die öffentlichen Dienstleis-

ter (Theils  $U = 1,056$ ). Für die meisten Bereiche ist das ifo Institut im Durchschnitt zu pessimistisch mit seinen Prognosen. Dennoch sind die mittleren Prognosefehler, mit wenigen Ausnahmen, kleiner als die Standardabweichung der zu prognostizierenden Reihen.

### Fazit und Ausblick

Insgesamt kann man die entstehungsseitigen Prognosen des ifo Instituts als gut bezeichnen, wodurch diese eine solide Basis für die längerfristige Vorhersage darstellen. Jedoch besteht bei einigen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im Dienstleistungssektor, noch Verbesserungsbedarf.

Besonderes Augenmerk fällt dabei auf die systematische Nutzung zusätzlicher Befragungsindikatoren, die vom ifo Institut monatlich erfasst werden. Bis dato war die Verwendung dieser Indikatoren nur eingeschränkt möglich, da die Reihen erst seit 2005 zur Verfügung stehen und damit für einen zeitreihenökonomischen Ansatz wie IFOCAST zu kurz waren (vgl. Wohlrabe 2011). In einer neueren Studie von Wohlrabe und Wojciechowski (2014) konnte hingegen auf längere Zeitreihen zurückgegriffen und die Vorlaufeigenschaften der ifo-Indikatoren für offizielle Aggregate der amtlichen Statistik (Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung) bestätigt werden. Auch die tiefere Disaggregation nach Sektoren bescheinigt den ifo-Befragungsergebnissen die Eignung als konjunkturelle Frühindikatoren (vgl. Wojciechowski 2015 für den Bereich »Information und Kommunikation«). Zudem ist es möglich, Befragungsindikatoren für die Bereiche »Gastgewerbe«, »Verkehr und Lagerei«, »Unternehmensdienstleister« und »Grundstücks- und Wohnungswesen« zu extrahieren. Die Betrachtung von Korrelationen offenbart auch für diese Bereiche einen kräftigen Vorlauf der ifo-Indikatoren in Bezug auf das Bruttowertschöpfungs-

**Tab. 2**  
**Fehlermaße für die Prognose des folgenden Quartals ( $t = 1$ )**

Aggregat / Bereich	MPF	MAPF	WMQPF	SWMQPF	Theils U
Bruttoinlandsprodukt	- 0,095	0,181	0,213	0,625	0,779
Bruttowertschöpfung insgesamt	- 0,028	0,117	0,162	0,547	0,533
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	0,007	0,415	0,591	<b>1,164</b>	0,860
Verarbeitendes Gewerbe	- 0,122	0,566	0,773	0,985	0,748
Energie- und Wasserversorgung; Recycling	- 1,613	2,647	3,412	0,650	0,729
Baugewerbe	- 0,485	1,263	1,657	0,855	0,729
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,339	0,495	0,770	0,529	0,689
Information und Kommunikation	0,293	0,718	0,903	0,811	0,715
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,916	1,116	1,460	0,967	0,924
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,302	0,427	0,512	0,462	0,763
Unternehmensdienstleister	- 0,178	0,489	0,699	<b>1,216</b>	0,821
Öffentliche Dienstleister	0,175	0,220	0,237	0,555	<b>1,056</b>
Sonstige Dienstleister	0,322	0,522	0,601	<b>1,203</b>	0,767

Anmerkung: Einträge in Fettschrift signalisieren Werte größer als 1. Zusätzlich sind Einträge in der Spalte Theils U kursiv, wenn die naive Prognose im Durchschnitt kleinere Fehler generiert.

Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

wachstum. Diese Erkenntnisse sind umso wichtiger, da im IFOCAST-Ansatz genau diese Wirtschaftsabschnitte prognostiziert werden.

Das ifo Institut ist stets bestrebt, seine Prognosen zu verbessern. Die erste kritische Auseinandersetzung mit der entstehungsseitigen Vorhersage förderte zum einen die hohe Treffsicherheit für die überwiegende Mehrheit der Wirtschaftsbereiche zu Tage. Zum anderen müssen die Prognosen für einige Dienstleistungsaggregate verbessert werden. Ein Ansatz ist die Nutzung der ifo-Indikatoren für diese Bereiche. In Zukunft wird das ifo Institut diese Quelle systematischer für seine eigenen Hausprognosen ausschöpfen und in naher Zukunft die Prognoseeigenschaften noch intensiver beleuchten.

## Literatur

- Abberger, K. und W. Nierhaus (2008), »Die ifo Kapazitätsauslastung – ein gleichlaufender Indikator der deutschen Industriekonjunktur«, *ifo Schnelldienst* 61(16), 15–23.
- Andres, P. und M. Spiwoks (2000), *Prognosegütemaße: State of the Art der statistischen Ex-post-Beurteilung von Prognosen*, Sofia-Studien zur Institutionenanalyse Nr. 00-1, verfügbar unter: <http://sofia-darmstadt.de/fileadmin/Dokumente/Studien/2000/00-1.pdf>.
- Berg, T.O. (2015), »Forecast Accuracy of a BVAR under Alternative Specifications of the Zero Lower Bound«, Ifo Working Paper No. 203.
- Carstensen, K., W. Nierhaus, O. Hülsewig, K. Abberger, Chr. Breuer, St. Elstner, S. Henzel, J. Mayr, W. Meister, G. Paula, A. Stangl und T. Wollmershäuser (2009a), »ifo Konjunkturprognose 2009/2010: Abschwung setzt sich fort«, *ifo Schnelldienst* 62(12), 11–57.
- Carstensen, K., St. Henzel, J. Mayr und K. Wohlrabe (2009b), »IFOCAST: Methoden der ifo-Kurzfristprognose«, *ifo Schnelldienst* 62(23), 15–28.
- Drechsel, K. und R. Scheufele (2012), »The performance of short-term forecasts of the German economy before and during the 2008/2009 recession«, *International Journal of Forecasting* 28(2), 428–445.
- Emmel, W. (2008), »Die Revision der Wirtschaftszweigklassifikation 2008«, *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 2, 20–26.
- Henzel, St., W. Nierhaus und T. Wollmershäuser (2014), »Evaluation der ifo Konjunkturprognosen«, *ifo Schnelldienst* 67(17), 43–45.
- Kloß, M. und R. Lehmann (2013), »Ärzte, Architekten, Autohändler – Wer treibt das Wachstum im Dienstleistungssektor?«, *ifo Dresden berichtet* 20(3), 26–29.
- Lehmann, R. (2011), »Auswirkungen der Umstellung auf die neue Wirtschaftszweigklassifikation für die Regionalauswertung des ifo Konjunkturtests«, *ifo Dresden berichtet* 18(5), 28–31.
- Lehmann, R. und M. Weber (2016), »Mehr als Kaffeesatzleserei: Eine Evaluation der ifo Prognosen zur Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland und Sachsen«, *ifo Dresden berichtet* 23(2), 22–26.
- Lehmann, R. und M. Weber (2014), »Der Blick in die Glaskugel wird schärfer: Eine Evaluation der Treffsicherheit der ifo Dresden Konjunkturprognosen«, *ifo Dresden berichtet* 21(3), 45–46.
- Lehmann, R. und K. Wohlrabe (2015), »Forecasting GDP at the Regional Level with Many Predictors«, *German Economic Review* 16(2), 226–254.
- Nierhaus, W. (2013), »Wirtschaftswachstum in den VGR: Vorjahrespreisbasis Revisited«, *ifo Schnelldienst* 66(3), 29–36.
- Nierhaus, W. (2016a), »Wirtschaftskonjunktur 2015: Prognose und Wirklichkeit«, *ifo Schnelldienst* 69(3/1), 34–40.
- Nierhaus, W. (2016b), »Vorjahrespreisbasis: Aggregation und Wachstumsbeiträge«, *ifo Schnelldienst* 69(11), 39–45.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2007), »Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2007«, *ifo Schnelldienst* 60(8), 3–57.
- Räth, N. und A. Braakmann (2014), »Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014«, *Wirtschaft und Statistik* (9), 502–543.
- Seiler, Chr. und K. Wohlrabe (2013), »Das ifo Geschäftsklima und die deutsche Konjunktur«, *ifo Schnelldienst* 66(18), 17–21.
- Wollmershäuser, T. (2015), »Evaluation der ifo Konjunkturprognosen – ein Vergleich mit den Prognosen von Consensus Economics«, *ifo Schnelldienst* 68(22), 26–28.
- Wollmershäuser, T., W. Nierhaus, N. Hristov, T.O. Berg, Chr. Breuer, J. Garnitz, Chr. Grimme, A. Hristov, R. Lehmann, W. Meister, M. Reif, F. Schröter, A. Steiner, K. Wohlrabe und A. Wolf (2016), »ifo Konjunkturprognose 2016/2017: Aufschwung in Deutschland geht in die zweite Halbzeit«, *ifo Schnelldienst* 69(12), 21–57.
- Wohlrabe, K. (2011), *Konstruktion von Indikatoren zur Analyse der wirtschaftlichen Aktivität in den Dienstleistungsbereichen*, ifo Forschungsberichte 55, ifo Institut, München.
- Wohlrabe, K. und P. Wojciechowski (2014), »Die ifo Konjunkturbefragungen im Dienstleistungssektor – Hintergründe, Erklärungen und Performance«, *ifo Schnelldienst* 67(21), 47–53.
- Wojciechowski, P. (2015), »Konjunkturtest im Fokus: Information und Kommunikation«, *ifo Schnelldienst* 68(7), 57–60.

# Soziale Ungleichheit und Brexit – Ergebnisse der April- und Mai-Umfragen des Ökonomenpanels 2016

64

Kai Jäger, Manuela Krause und Niklas Potrafke

In der April-Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und FAZ wurden Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten zur gegenwärtigen Ungleichheitsdebatte befragt. Im Mai stand der mögliche Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union im Mittelpunkt der Befragung.

## Fragen und Ergebnisse der April-Umfrage

Die Einkommens- und Vermögensungleichheit ist in den vergangenen Monaten häufig in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Die Experten sind sich nicht einig, ob die Ungleichheit in Deutschland in den zurückliegenden Jahren tatsächlich zugenommen hat. Aus dem jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung geht hervor, dass sich die Einkommensverteilung – gemessen am Gini-Koeffizienten – seit der Jahrtausendwende kaum verändert hat. Allerdings hat sich seitdem die Verteilung des Privatvermögens deutlich zugunsten der vermögensstärksten 10% der Haushalte verschoben, so dass die Vermögensungleichheit zugenommen hat. Die Ökonomen wurden daher sowohl zur Einkommens- als auch zur Vermögensungleichheit befragt. Die Rücklaufquote betrug 31,9%. 88,6% der Teilnehmer beantworteten dabei den Fragebogen vollständig.

Eine absolute Mehrheit von 63% der Teilnehmer ist der Meinung, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland seit

der Jahrtausendwende zugenommen hat. 21% stimmen dieser Aussage nicht zu; 16% sind sich unsicher (vgl. Abb. 1).

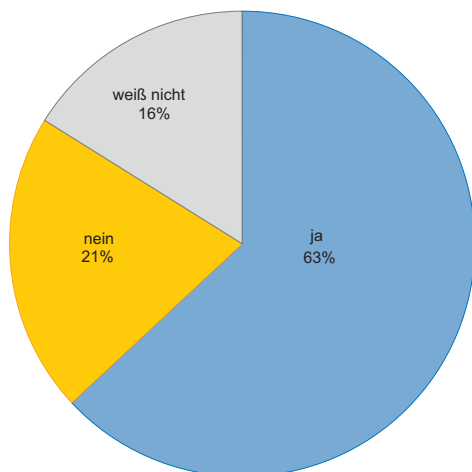
Befragt zu den Gründen für eine mögliche Zunahme der Einkommensungleichheit, nennen die Teilnehmer vor allem die Globalisierung (60%) sowie den Arbeitsmarkt (52%) als entscheidende Faktoren (bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich, vgl. Abb. 2.). Die Zuwanderung als möglicher Grund wird dagegen nicht als übermäßig relevant erachtet (13%). Einige Teilnehmer betonten zudem die Wirkung des technologischen Wandels, der höherqualifizierten Arbeitnehmern bessere Einkommenschancen beschert als Geringqualifizierten.

Die Ökonomen wurden weiterhin zu ihrer generellen Einschätzung zu den ökonomischen Folgen von Einkommensungleichheit befragt. Dabei konnten sie auf einer zehnstufigen Skala zwischen einer vollen Zustimmung (0) bis hin zu einer generellen Ablehnung (10) der vorhandenen Aussagen wählen. Die Antworten der Teilnehmer fielen dabei in allen Fällen ausgeglichen aus. Der Mittelwert zur Aussage, dass große Einkommensunterschiede die wirtschaftliche Entwicklung hemmen, liegt bei 4,82. Die Aussage, dass große Einkommensunterschiede dagegen als Anreiz für individuelle Leistung ökonomisch gut sind, erreichte im Vergleich einen Mittelwert von 5,19. Die Unterschiede in den Mittelwerten sind allerdings nicht statistisch signifikant.

Zur Verbesserung der ökonomischen Situation der unteren Einkommensgruppen halten die befragten Ökonomen insbesondere Investitionen in Bildung für ausschlaggebend. 90% der Teilnehmer sehen bei dieser Maßnahme starke bzw. eher positive Effekte zur Verbesserung der ökonomischen Situation der unteren Einkommensgruppen. Auch eine verbesserte Umverteilung durch eine progressive Besteuerung wird als positiv

Abb. 1  
Einkommensungleichheit in Deutschland seit der Jahrtausendwende

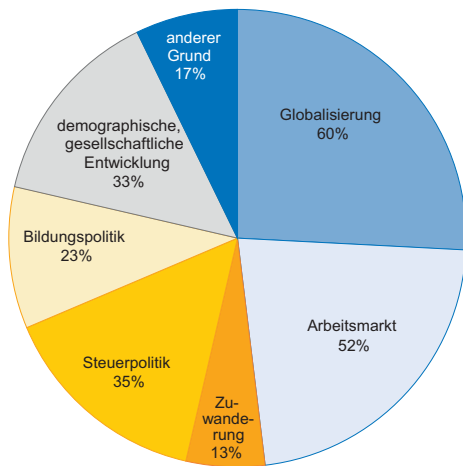
Hat die Einkommensungleichheit in Deutschland seit der Jahrtausendwende zugenommen?



Quelle: Ökonomenpanel April 2016.

**Abb. 2**  
**Gründe für Einkommensungleichheit seit der Jahrtausendwende**

Falls Sie der Meinung sind, dass die Einkommensungleichheit seit der Jahrtausendwende zugenommen hat, was sind Ihrer Meinung nach die Gründe? Mehrfachnennungen sind möglich



Quelle: Ökonomenpanel April 2016.

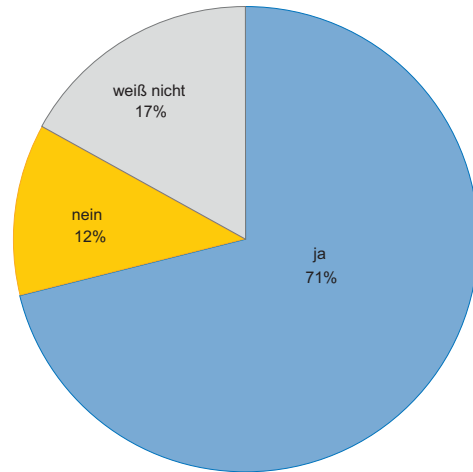
bewertet (61%). Eine Erhöhung der Sozialhilfe bzw. des Arbeitslosengeldes wird dagegen negativ gesehen. So sind 41% der Teilnehmer der Ansicht, dass von dieser Maßnahme starke bzw. eher negative Effekte ausgehen (vgl. Abb. 3).

Die Ökonomen wurden weiterhin zur Vermögensungleichheit befragt. Auch hier stimmt eine absolute Mehrheit von 71% der Teilnehmer zu, dass die Vermögensungleichheit seit der Jahrtausendwende zugenommen hat. 12% stimmen dieser Aussage nicht zu; 17% sind sich unsicher (vgl. Abb. 4).

Befragt zur gegenwärtigen Vermögensungleichheit in Deutschland, beurteilen 61% der Teilnehmer diese als hoch

**Abb. 4**  
**Vermögensungleichheit in Deutschland seit der Jahrtausendwende**

Hat die Vermögensungleichheit in Deutschland seit der Jahrtausendwende zugenommen?



Quelle: Ökonomenpanel April 2016.

bzw. sehr hoch. 37% der Teilnehmer bezeichnen die Vermögensungleichheit in Deutschland dagegen als »mittel«.

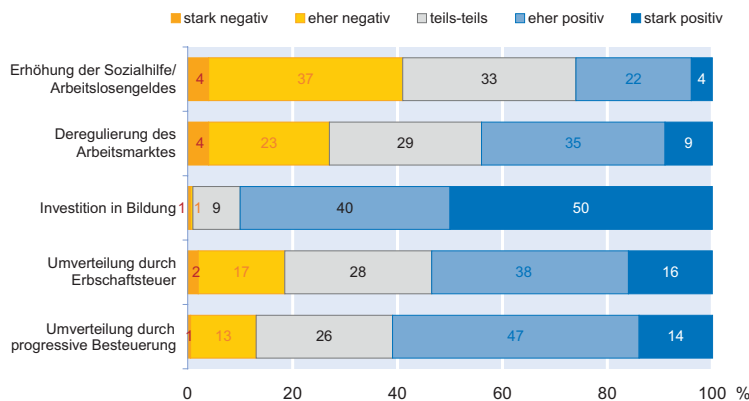
Im Vergleich zu anderen Ländern wird die Vermögensungleichheit in Deutschland allerdings als niedrig eingeschätzt. Dies gilt insbesondere bei einem Vergleich mit den USA (61%) oder Großbritannien (43%). Gegenüber anderen Ländern der Eurozone wird die Vermögensungleichheit in Deutschland vornehmlich als mittel beurteilt (56%).

**Optionale Kommentare**

Die Teilnehmer hatten am Ende des Fragebogens zudem die Möglichkeit, einen optionalen Kommentar zur gegenwärtigen Ungleichheitsdebatte abzugeben. Ein Großteil der Kommentare mahnte dabei an, dass Ungleichheitsdebatten differenzierter geführt werden müssten. So kommt es bei einer Beurteilung der Situation maßgeblich auf die Definition und die damit verbundene Messung von Einkommen und Vermögen an.

**Abb. 3**  
**Verbesserung der ökonomischen Situation der unteren Einkommensgruppen**

Welchen Effekt haben Ihrer Meinung nach die folgenden Maßnahmen zu Verbesserung der ökonomischen Situation der unteren Einkommensgruppen?



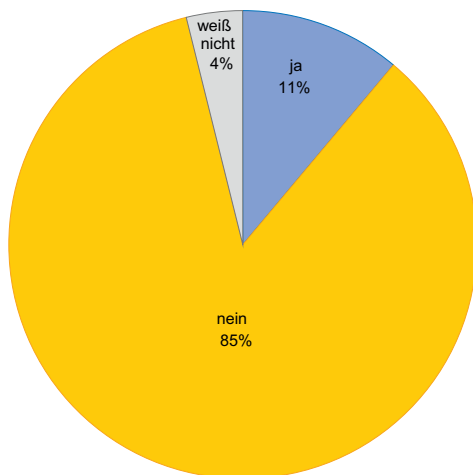
Quelle: Ökonomenpanel April 2016.

**Fragen und Ergebnisse der Mai-Umfrage**

In der Mai-Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und FAZ wurden Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten zum bevorstehenden Referendum über einen möglichen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union befragt.

**Abb. 5**  
**Ausscheiden Großbritanniens aus der EU**

Würden Sie ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU befürworten?



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2016.

Das Referendum über einen möglichen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) wird am 23. Juni 2016 in Großbritannien durchgeführt. Gegenwärtige Meinungsumfragen sehen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Befürwortern und Gegnern eines sogenannten Brexit, vor dessen Folgen zahlreiche Politiker warnen. Auch viele Ökonomen, wie ifo-Präsident Clemens Fuest, sprechen sich gegen einen Austritt Großbritanniens aus der EU aus. In der Umfrage des Ökonomenpanels wurden die Ökonomen zum Brexit, zur Zukunft Deutschlands in der EU sowie zur Zukunft der EU im Allgemeinen befragt. Die Rücklaufquote betrug 25,3%. 97,6% der Teilnehmer beantworteten dabei den Fragebogen vollständig.

Eine absolute Mehrheit von 85% der Teilnehmer der im Ökonomenpanel befragten Professoren lehnt einen Austritt Großbritanniens aus der EU ab. Lediglich 11% würden ein Ausscheiden Großbritanniens befürworten; 4% sind sich unsicher (vgl. Abb. 5).

Im Fall eines Brexits erwarten die Teilnehmer in der langen Frist ökonomische Nachteile – sowohl für die britische als auch für die deutsche Wirtschaft. So verbinden 86% der Teilnehmer mit einem möglichen Ausscheiden Großbritanniens aus der EU geringe bis starke ökonomische Nachteile für die britische Wirtschaft. Lediglich 4% versprechen sich dadurch geringe bis starke ökonomische Vorteile. Auch im Hinblick auf die deutsche Wirtschaft wird ein möglicher Austritt Großbritanniens vermehrt nachteilig beurteilt. 77% der Teilnehmer erwarten dadurch geringe bis starke ökonomische Nachteile. 20% können keine klaren Vor- oder Nachteile für die deutsche Wirtschaft erkennen.

Im Hinblick auf die Frage nach einem möglichen Austritt Deutschlands aus der EU sind sich die befragten Ökonomen überwiegend einig. So lehnt mit 93% eine absolute Mehrheit der Teilnehmer diese Option ab. Lediglich 4% würden ein Ausscheiden Deutschlands befürworten; 3% sind sich unsicher (vgl. Abb. 6).

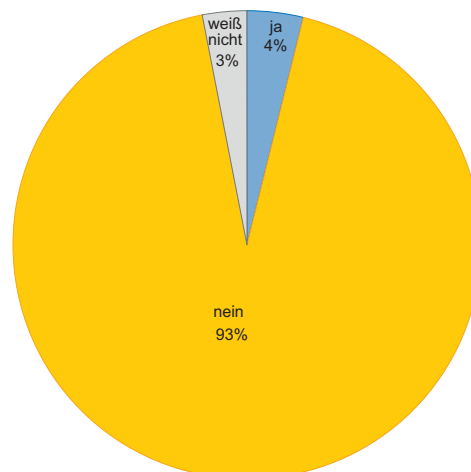
Dabei stehen nach Ansicht der Ökonomen für Deutschland nicht nur die wirtschaftlichen Vorteile einer EU-Mitgliedschaft im Vordergrund. Die Mehrheit der Teilnehmer würde eine EU-Mitgliedschaft Deutschlands auch dann voll und ganz bzw. eher befürworten, wenn die deutsche Wirtschaft nicht von dieser profitieren würde (67%). Lediglich 20% der Teilnehmer stimmen dieser Aussage eher bzw. überhaupt nicht zu (vgl. Abb. 7).

Die Ökonomen wurden weiterhin zu ihrer generellen Einschätzung zur Zukunft der EU befragt. Dabei konnten sie auf einer zehnstufigen Skala zwischen der Möglichkeit einer weitergehenden Vertiefung der politischen Integration in Europa mit einer vermehrten Kompetenzübernahme durch die EU (0) bis hin zu einer Ablehnung dieser Vertiefung mit einer vermehrten Rückübertragung von Kompetenzen an die Nationalstaaten (10) wählen. Die Antworten der Teilnehmer fielen an dieser Stelle ausgeglichen aus. Der Mittelwert liegt bei 4,91.

Die Ökonomen wurden weiterhin befragt, ob sie das Modell der »Vereinigten Staaten von Europa« längerfristig für passend erachten. Die Antworten der Teilnehmer lassen hierbei keine klare Tendenz erkennen. So halten 45% der Teilnehmer dieses Modell für prinzipiell gut; 37% finden es dagegen grundsätzlich ungeeignet. 18% der Teilnehmer treffen keine klare Aussage dazu.

**Abb. 6**  
**Ausscheiden Deutschlands aus der EU**

Würden Sie ein Ausscheiden Deutschlands aus der EU befürworten?

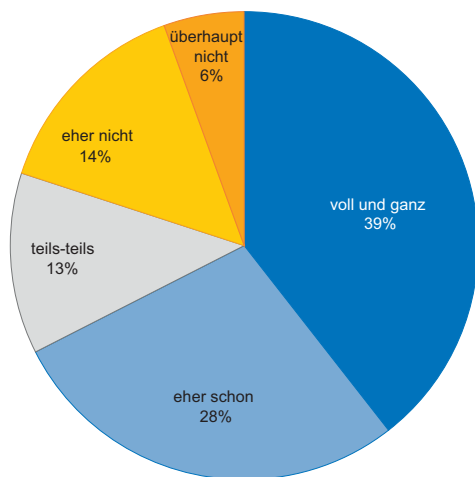


Quelle: Ökonomenpanel Mai 2016.



**Abb. 7**  
**EU-Mitgliedschaft und die deutsche Wirtschaft**

Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu oder nicht: Selbst wenn die deutsche Wirtschaft nicht von einer EU-Mitgliedschaft profitiert, würde ich eine EU-Mitgliedschaft trotzdem befürworten, damit Europa enger zusammenwächst.



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2016.

Zugleich lehnt die Mehrheit der Teilnehmer die Schaffung eines EU-Finanzministeriums mit einem eigenen Budget, politischen Durchgriffsrechten und einer gemeinsamen Verschuldungsmöglichkeit ab. So sprechen sich 58% der Teilnehmer gegen diese Idee aus, während immerhin noch 27% ein gemeinsames EU-Finanzministerium befürworten würden. 15% der Teilnehmer sind sich bei dieser Frage unsicher.

### Wie sicher sind sich die Befragten bei ihren Antworten?

Bei den meisten Fragen, insbesondere bei denen zu einem möglichen Ausstieg Großbritanniens aus der EU sowie den damit verbundenen ökonomischen Folgen für Großbritannien und Deutschland, hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, auf einer Skala von 0 bis 10 anzugeben, wie sicher sie sich bei ihrer Bewertung sind. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Teilnehmer bei ihren Einschätzungen im Mittel relativ sicher waren. In der Frage zu einem Ausstieg Großbritanniens aus der EU erreichte die durchschnittliche Sicherheitseinschätzung einen Wert von 8,6. Bei der Bewertung der ökonomischen Auswirkungen eines Ausscheidens Großbritanniens lag der Mittelwert bei einer Fokussierung auf die britische Wirtschaft bei 7,6 und im Hinblick auf die deutsche Wirtschaft bei 7,5. Besonders sicher waren sich die Teilnehmer bei der Frage nach einem möglichen Ausstieg Deutschlands aus der EU. An dieser Stelle erreichte die durchschnittliche Sicherheitseinschätzung einen Wert von 9,2.

Sowohl die Teilnehmer, die gegen einen möglichen Brexit (9,0) sind, als auch diejenigen, die für die britische Wirtschaft (8,11) sowie die deutsche Wirtschaft (8,37) starke ökonomische Nachteile von einem Ausstieg Großbritanniens aus der EU erwarten, waren sich am sichersten. Die durchschnittliche Sicherheitseinschätzung war auch bei den Teilnehmern höher, die einen Ausstieg Deutschlands aus der EU ablehnen (9,37). Gewichtet man die Antworten entsprechend dem geäußerten Sicherheitsgrad der Teilnehmer, so erhöht sich die Ablehnung eines Ausstiegs Deutschlands aus der EU von 93% auf 95%. Die Zustimmung zu einem möglichen Ausstieg verringert sich dagegen von 4% auf 3%.

mische Nachteile von einem Ausstieg Großbritanniens aus der EU erwarten, waren sich am sichersten. Die durchschnittliche Sicherheitseinschätzung war auch bei den Teilnehmern höher, die einen Ausstieg Deutschlands aus der EU ablehnen (9,37). Gewichtet man die Antworten entsprechend dem geäußerten Sicherheitsgrad der Teilnehmer, so erhöht sich die Ablehnung eines Ausstiegs Deutschlands aus der EU von 93% auf 95%. Die Zustimmung zu einem möglichen Ausstieg verringert sich dagegen von 4% auf 3%.

### Optionale Kommentare

Die meisten optionalen Kommentare führten aus, dass zwischen den ökonomischen und den politischen Folgen eines Brexits unterschieden werden muss. Während die ökonomischen Auswirkungen überwiegend als negativ angesehen werden, gibt es hinsichtlich der politischen Konsequenzen durchaus verschiedene Meinungen bei den Teilnehmern. So sehen einige in einem Brexit die Chance, die EU in ihrer Gesamtheit, aber auch insbesondere im Hinblick auf ihren bisherigen Integrationsprozess, zu reformieren. Andere wiederum warnen vor einer Destabilisierung bis hin zu einem vollständigen Auseinanderbrechen der Union. Im Allgemeinen hängen die Effekte nach Meinung der Ökonomen vor allem von der zukünftigen Entwicklung der EU sowie der weiteren Beziehung zwischen der EU und Großbritannien nach dem Referendum ab.

Im Hinblick auf die Zukunft der EU geht aus den meisten Kommentaren hervor, dass die bisherige Konzeption der EU und des Euroraums in jedem Fall reformiert werden sollte. In welche Richtung dieser Reformprozess allerdings laufen sollte, darüber herrscht – wie bereits bei den Fragen – Uneinigkeit bei den Kommentaren. So spricht sich ein Teilnehmer für die Vereinigten Staaten von Europa als »ein konstitutionelles Ziel für die lange Frist« aus, während ein anderer Teilnehmer dagegen ein »Europa der Vaterländer« als »richtiges Modell« befürwortet.

# ifo Migrationsmonitor: Rückgang der Zahl der registrierten Flüchtlinge – schwierige Arbeitsmarktsituation für Asylbewerber

Die Zahl der Asylanträge in Deutschland bewegte sich in den vergangenen Monaten auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Die Zahl der registrierten Flüchtlinge ging hingegen stark zurück. Laut freiwilligen Selbstangaben registrierter Flüchtlinge ist der Anteil derjenigen, die über keine Schulbildung oder nur eine Grundschulbildung verfügen, beachtlich hoch. Die Arbeitsmarktsituation für Staatsangehörige aus Kriegs- und Krisenländern ist schwierig und stellt Asylbewerber in Deutschland vor große Herausforderungen. Der deutliche Anstieg des Angebots an Integrationskursen ist somit positiv zu bewerten.

## Entwicklung der Asylbewerberzahlen

Die politische Debatte beim Thema Einwanderung wird derzeit von der Flüchtlingsthematik beherrscht.<sup>1</sup> Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Asylantragszahlen in Deutschland seit 1991. Seit 1995 wird zwischen Erst- und Folgeanträgen unterschieden. Ein Erstantrag liegt dann vor, wenn ein Bewerber zum ersten Mal einen Antrag stellt; um einen Folgeantrag handelt es sich, wenn nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrags erneut ein Antrag gestellt wird (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2014). Es wird deutlich, dass die Zahl der Asylanträge im letzten Jahr um ein Vielfaches höher war als in den vergangenen 20 Jahren. Lagen die Zahlen in den ersten Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung noch zwischen etwa 250 000 und 440 000, waren sie in den Jahren ab 1994 deutlich nied-

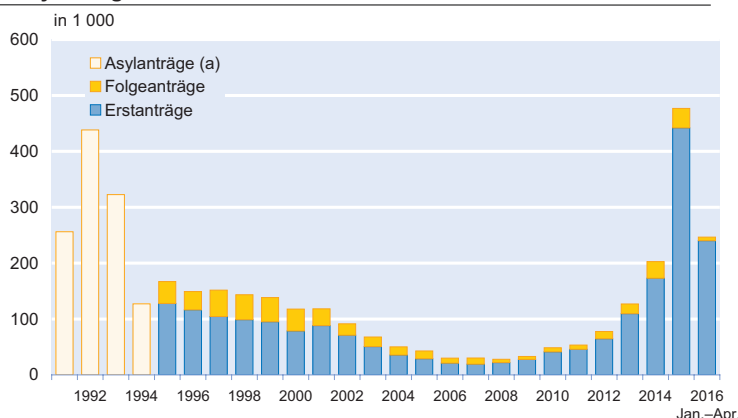
riger. Die Asylbewerberzahlen gingen in den Jahren 2001 bis 2008 von etwa 118 000 auf ca. 28 000 zurück. Seit 2009 haben sich die Zahlen wieder kontinuierlich erhöht, wobei der Anstieg 2014 und insbesondere 2015 deutlich ausfiel.<sup>2</sup> Bemerkenswert ist die Zahl der Asylanträge von Januar bis April 2016: In den ersten vier Monaten dieses Jahres stellten ca. 246 000 Personen einen Antrag auf Asyl in Deutschland – mit Ausnahme des vergangenen Jahres beantragten seit 1994 nicht mehr so viele Menschen innerhalb eines gesamten Jahres Asyl.

Die Abbildungen 2a und 2b veranschaulichen den Anteil der Asylerstanträge aus den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern. Während im letzten Jahr gut ein Drittel aller Asylerantragsteller aus Syrien kamen, war es in den Monaten von Januar bis April dieses Jahres fast die Hälfte. An zweiter und dritter Stelle standen 2015 mit jeweils 12% bzw. 8% Bewerber aus Albanien und dem Kosovo. Hingegen stellten im Zeitraum von Januar bis April 2016 Bewerber aus dem Irak mit 15% die zweitgrößte Gruppe dar und Bewerber aus Afghanistan mit 12% die drittgrößte Gruppe. Bewerber aus diesen Herkunftsländern standen 2015 an Stelle 5 und 4. Asylerantragsteller aus Albanien wiederum machten in den ersten vier Monaten dieses Jahres die sechstgrößte Gruppe aus, während das Kosovo nicht mehr zu den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern zählte. Ein Vergleich zwischen Abbildung 2a und 2b macht deutlich, dass der Anteil, der auf die drei zugangsstärksten Herkunftsländer entfiel, im Zeitraum von Januar bis April 2016 im

\* Die Autorin dankt Dominik Elsner für die Unterstützung bei der Datenrecherche.

<sup>1</sup> Vgl. Poutvaara und Wech (2015) sowie Wech (2016) für einen Überblick über die Einwandererzahlen in Deutschland.

Abb. 1  
Asylanträge in Deutschland

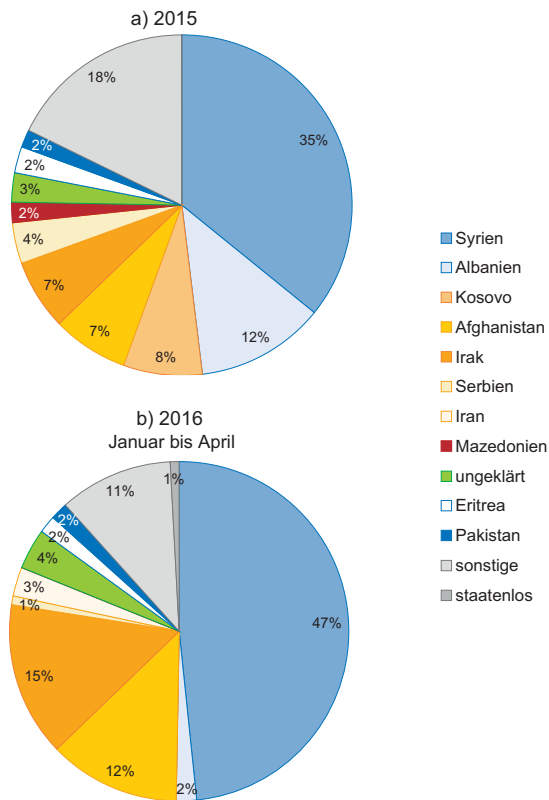


(a) Bis 1994 wurde nicht zwischen Erst- und Folgeantrag unterschieden.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016b).

<sup>2</sup> Die Zahl der registrierten Asylbewerber lag im vergangenen Jahr deutlich höher als die Zahl der Asylanträge, auf diese Thematik wird im Abschnitt »Vergleich Asylbewerberzahlen – registrierte Flüchtlinge« eingegangen.

**Abb. 2**  
**Asylanträge in Deutschland nach Herkunftsländern**



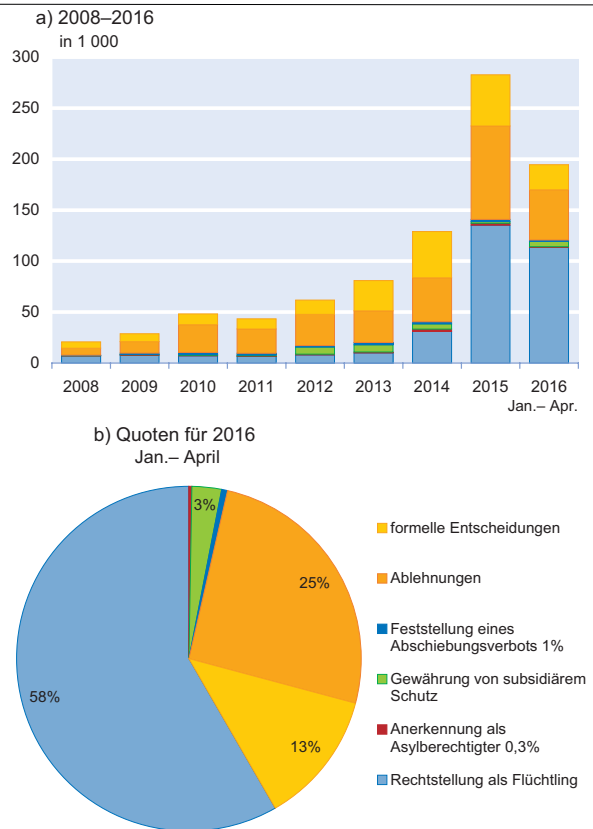
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016b).

Vergleich zu 2015 um mehr als ein Drittel von etwa 55% auf ca. 75% gestiegen ist.

Die Abbildungen 3a und 3b zeigen die Zahl der Entscheidungen über Asylanträge sowie die Entscheidungsquoten. Asylbewerber, die in ihrem Herkunftsländ wegen persönlicher Merkmale von Verfolgung bedroht sind, erhalten den Status eines Flüchtlings; Bewerber, die von staatlicher Verfolgung bedroht sind, werden als Asylberechtigte anerkannt. Subsidiärer Schutz wird den Bewerbern gewährt, denen in ihrem Herkunftsländ ein ernsthafter Schaden droht; ein Abschiebungsverbot besteht dann, wenn die Abschiebung eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt. Als formelle Entscheidungen werden die Fälle bezeichnet, für die Deutschland nicht zuständig ist oder in denen das Verfahren eingestellt wird.<sup>3</sup> Abbildung 3a verdeutlicht den starken Anstieg der Anträge, über die entschieden wurde. So wurde im

<sup>3</sup> Eine genauere Definition der einzelnen Entscheidungsarten findet sich in der vorherigen Ausgabe des ifo Migrationsmonitors (vgl. Wech 2016); Leithold und Oesingmann (2016) beschäftigen sich mit den Rechtsfolgen der Entscheidungen.

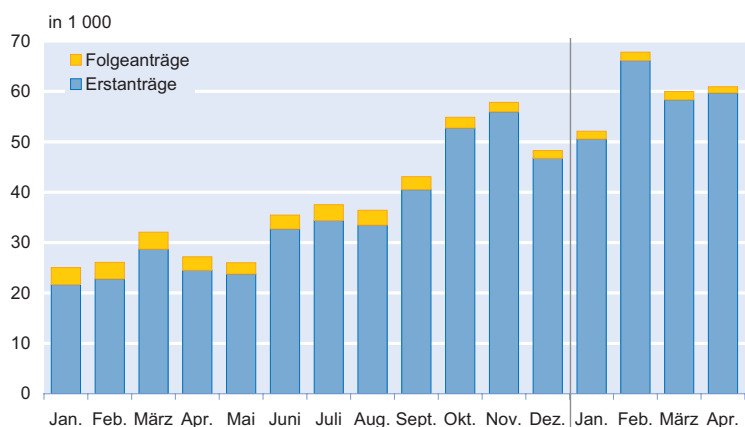
**Abb. 3**  
**Entscheidungen über Asylanträge in Deutschland**  
Erst- und Folgeanträge



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016b).

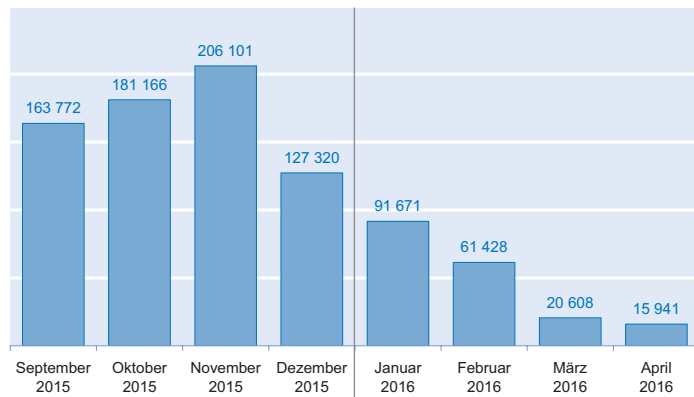
Jahr 2015 über mehr als doppelt so viele Anträge eine Entscheidung getroffen wie im Vorjahr. Im Zeitraum von Januar bis April 2016 wurden mit ca. 195 000 Anträgen etwa 1,5 mal so viele Anträge bearbeitet wie im gesamten Jahr 2014. Neben der Änderung der Zahl der Anträge, über die entschieden wurde, sind auch bei der Art der getroffenen

**Abb. 4**  
**Asylanträge in Deutschland, Januar 2015 bis April 2016**



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016b).

**Abb. 5**  
**Registrierte Zugänge nach Deutschland im EASY-System<sup>a)</sup>**



<sup>a)</sup> Erstverteilung von Asylbegehrenden.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016a); Bundesministerium des Inneren (2016).

Entscheidungen deutliche Veränderungen im Zeitverlauf festzustellen. So stieg der Anteil der Bewerber, die als Flüchtlinge anerkannt wurden, in den letzten Jahren an, während der Anteil derjenigen, die abgelehnt wurden, zurückging. In den ersten vier Monaten dieses Jahres erhielten 58% der Bewerber den Status eines Flüchtlings (vgl. Abb. 3b); dieser Wert war in den Jahren von 2008 bis 2015 noch nie so hoch. Zudem wurden von Januar bis April 2016 nur gut ein Viertel aller bearbeiteten Anträge abgelehnt, dieser Wert war in den vergangenen acht Jahren noch nie so niedrig.

### Vergleich Asylbewerberzahlen – registrierte Flüchtlinge

In der aktuellen politischen Debatte werden neben den Asylbewerberzahlen häufig auch die Zahlen der registrierten Flüchtlinge genannt. Abbildung 4 zeigt die monatliche Zahl der Asylanträge von Januar 2015 bis April 2016. Diese stieg in den Monaten September, Oktober und November 2015 deutlich an, während sie im Dezember vergangenen Jahres wieder zurückging. Im Februar 2016 erreichte sie ihren vorläufigen Höhepunkt (fast 68 000), wobei die Zahl in den Monaten März und April mit jeweils etwa 60 000 immer noch höher war als in jedem einzelnen Monat des vergangenen Jahres.

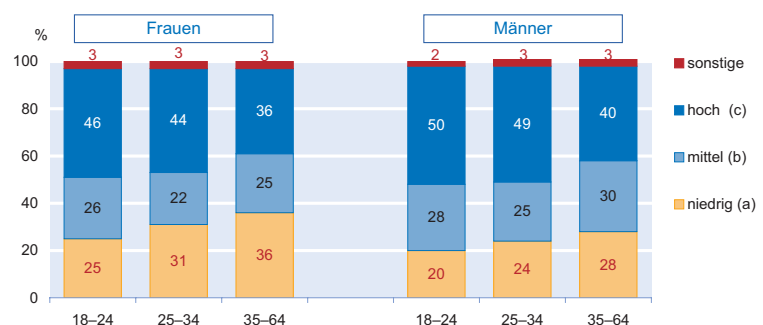
Abbildung 5 veranschaulicht die Zahl der in Deutschland registrierten Flüchtlinge im Zeitraum von September 2015 bis April 2016. Um die Größenordnung der hier dargestellten Zahlen einordnen zu können, sollte ein Vergleich mit den Zahlen im Zeitraum davor erfolgen. In den acht Monaten von

Januar bis August 2015 wurden ca. 414 000 Flüchtlinge in Deutschland registriert. Im September vergangenen Jahres lag die Zahl der Registrierungen bei etwa 164 000, im Oktober betrug sie ca. 181 000. Die meisten Flüchtlinge wurden im November 2015 registriert (ca. 206 000). Seitdem sinkt die Zahl von Monat zu Monat deutlich. Im Dezember wurden ca. 127 000 Zugänge registriert, im Januar ca. 92 000 und im Februar etwa 61 000. Im März lag die Zahl der registrierten Flüchtlinge mit gut 20 000 Personen nur noch bei etwa einem Drittel des Vormonatswertes, im April ging sie noch einmal auf knapp 16 000 Personen zurück. Ein Vergleich der Abbildungen 4 und 5 zeigt: Während die Zahl der registrierten Flüchtlinge in Deutschland stark zurückgeht, bewegt sich die Zahl der gestellten Asylanträge auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Dies kann dadurch erklärt werden, dass registrierte Flüchtlinge erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung einen Antrag auf Asyl stellen bzw. aufgrund der Überlastung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge stellen können.

### Demographische Angaben zu Asylbewerbern

Von den Bewerbern, die im Zeitraum von Januar bis April 2016 erstmals einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, waren etwa 28% jünger als 16 Jahre alt, ca. 71% der Asylersantragssteller waren zwischen 16 und 64 Jahre alt, also im erwerbsfähigen Alter, und lediglich 0,5% der Bewerber waren 65 Jahre und älter. Etwa zwei Drittel der Bewerber, die in den ersten vier Monaten dieses Jahres einen Antrag stellten, waren männlich.

**Abb. 6**  
**Bildungsniveau von registrierten Asylbewerbern, 2015**  
 gewichtet mit deren Bleibewahrscheinlichkeit

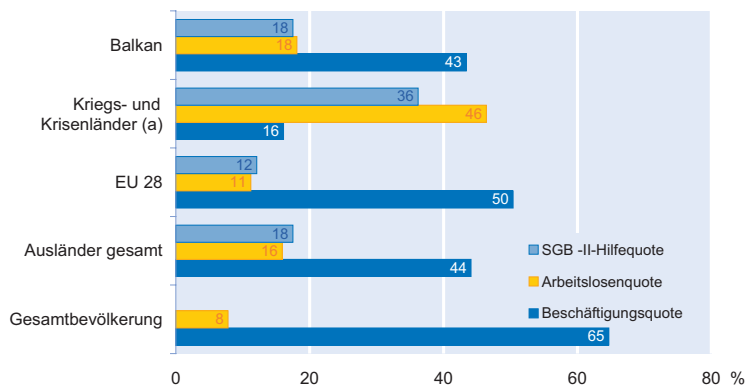


Freiwillige Selbstangaben der registrierten Asylbewerber, Asylerst- und -folgeanträge 2015. Beteiligung bei rund 53%, deshalb können die Angaben einem Selektionsbias unterliegen. Berechnungsgrundlage der Bleibewahrscheinlichkeit: Gewichtet mit den Anerkennungsquoten der jeweiligen Herkunftsländer im Jahr 2015.

(a) Kein Schul- oder Grundschulbesuch. (b) Mittel- oder Fachschule. (c) Gymnasien, Fachhochschulen oder Universitäten. Abweichungen von 100% sind rundungsbedingt.

Quelle: IAB (2016a).

**Abb. 7**  
Arbeitsmarktindikatoren nach Staatsangehörigkeitsgruppen, Januar 2016



(a) Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.  
Quelle: IAB (2016b).

### Bildungsniveau von Asylbewerbern

Die Frage nach dem Bildungsniveau von Asylbewerbern wird derzeit in Deutschland häufig gestellt. Allerdings gibt es dazu bislang noch keine repräsentativen Angaben, laut IAB (2016a) werden diese erst gegen Ende des Jahres vorliegen. Die Zahlen, die in Abbildung 6 dargestellt werden, beruhen auf freiwilligen Selbstangaben der im letzten Jahr in Deutschland registrierten Asylbewerber. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen beteiligten sich an der Befragung. Dabei wurde nach dem Schul- und Hochschulbesuch gefragt. Kein Schulbesuch oder der Besuch einer Grundschule zählte zur Kategorie »niedrig«, der Besuch von Mittel- oder Fachschulen zur Kategorie »mittel«. Ein Besuch von Gymnasien, Fachhochschulen oder Universitäten wurde der Kategorie »hoch« zugeordnet. Die Angaben der befragten registrierten Asylbewerber wurden mit deren Bleibewahrscheinlichkeit gewichtet, um Aufschluss über die Qualifikationsstruktur der Asylbewerber zu bekommen, die voraussichtlich in Deutschland bleiben werden. Als Grundlage für die Berechnung der Bleibewahrscheinlichkeit dienten die Anerkennungsquoten der jeweiligen Herkunftsländer im vergangenen Jahr. Abbildung 6 zeigt die Befragungsergebnisse nach Altersgruppen und Geschlecht. Dabei wird deutlich, dass jüngere Asylbewerber höher qualifiziert sind als ältere Bewerber. In der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen gaben 46% der Frauen und 50% der Männer an, ihr Bildungsniveau sei hoch, während unter den 35- bis 64-Jährigen nur 36% der Frauen und 40% der Männer diese Angabe machten. Hingegen fielen 36% der Angaben der 35- bis 64-jährigen Frauen in die Kategorie »niedrig«, bei den Frauen im Alter von 18–24 Jahren betrug dieser Anteil nur 25%. Bei den Männern lag der Anteil der Geringqualifizierten unter den 18- bis 24-Jährigen bei 20% und unter den 35- bis 64-Jährigen bei 28%. Neben den Bildungsunterschieden nach Altersgruppen wird in Abbildung 6 auch ein unterschiedliches Qualifikationsniveau nach Geschlecht erkenn-

bar. So war der Anteil der weiblichen Befragungsteilnehmer mit niedrigem Bildungsniveau in allen drei Altersgruppen höher als derjenige der männlichen Befragungsteilnehmer (25% bzw. 20% bei den 18- bis 24-Jährigen, 31% bzw. 24% bei den 25- bis 34-Jährigen sowie 36% bzw. 28% bei den 35- bis 64-Jährigen).

### Arbeitsmarktpartizipation von Asylbewerbern

Es liegen keine repräsentativen Angaben zur Arbeitsmarktpartizipation von Asylbewerbern vor. Allerdings werden Arbeitsmarktindikatoren nach Staatsangehörigkeitsgruppen erfasst, wozu auch die Kategorie Kriegs- und Krisenländer zählt. Da ein Großteil der Asylbewerber in Deutschland aus Kriegs- und Krisenländern – darunter zählen Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien – stammen, können die Arbeitsmarktindikatoren dieser Staatsangehörigkeitsgruppe Aufschluss über die Situation der Asylbewerber geben. Abbildung 7 zeigt Arbeitsmarktindikatoren nach Staatsangehörigkeitsgruppen im Januar 2016. Es werden die Beschäftigungsquoten, Arbeitslosenquoten<sup>4</sup> und SGB-II-Hilfsquoten dargestellt. Ein Vergleich zwischen den verschiedenen Staatsangehörigkeitsgruppen zeigt, dass bei Personen aus Kriegs- und Krisenländern die Beschäftigungsquote am niedrigsten und die Arbeitslosen- und SGB-II-Hilfsquote am höchsten ist. Die Beschäftigungsquote von Staatsangehörigen aus Kriegs- und Krisenländern erreichte im Januar 2016 mit 16% nur gut ein Drittel des Niveaus aller ausländischen Staatsangehörigen. Die Arbeitslosenquote der Personen aus Kriegs- und Krisenländern lag mit 46% fast drei Mal so hoch und die SGB-II-Hilfsquote mit 36% gut doppelt so hoch wie die entsprechenden Werte für alle Ausländer. Dies macht deutlich, dass die Arbeitsmarktsituation für Staatsangehörige aus Kriegs- und Krisenländern schwierig ist, was auch eine Herausforderung für Asylbewerber in Deutschland impliziert.

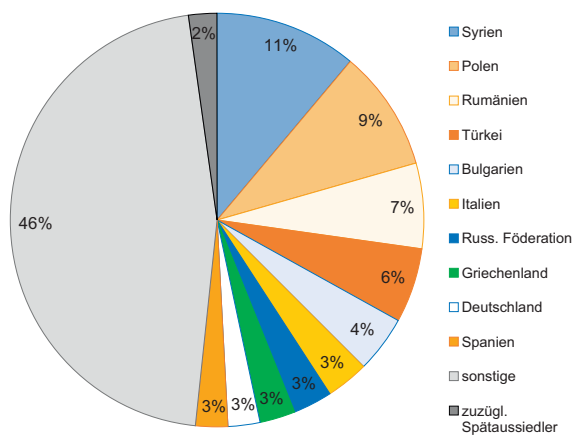
### Integrationskurse

In diesem Kontext sollten auch die Statistiken zu Integrationskursen betrachtet werden. Zu Integrationskursen zählen allgemeine Integrationskurse, Alphabetisierungskurse, Eltern- und Frauenintegrationskurse, Förderkurse, Intensivkurse, Jugendintegrationskurse und sonstige Integrationskurse, wobei die mit Abstand meisten Integrationskurse all-

<sup>4</sup> Die Arbeitslosenquoten im Rahmen der Migrationsberichterstattung werden zur Basis der sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten plus der Arbeitslosen berechnet und fallen damit definitionsgemäß höher aus als Quoten, die zur Basis aller zivilen Erwerbspersonen berechnet werden (siehe IAB 2016b).



**Abb. 8**  
Integrationskursabsolventen nach den häufigsten Herkunftsländern, 2015



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016c).

gemeine Integrationskurse sind. Im vergangenen Jahr betrug der Anstieg der erteilten Teilnahmeberechtigungen an Integrationskursen über 34% im Vergleich zum Vorjahr, bei den durch Ausländerbehörden an der Teilnahme verpflichteten Personen – dazu gehören insbesondere Schutzberechtigte aus dem Asylverfahren – lag der Anstieg bei fast 79% (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016d). Abbildung 8 gibt einen Überblick über Integrationskursabsolventen nach den häufigsten Herkunftsländern im Jahr 2015. An erster Stelle standen dabei Absolventen aus Syrien mit 11%, gefolgt von polnischen, rumänischen, türkischen und bulgarischen Absolventen. Bei den neuen Kursteilnehmern lag der Anteil der syrischen Staatsangehörigen, die ebenfalls die größte Gruppe ausmachten, im vergangenen Jahr sogar bei fast 20% (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016c). Dies spiegelt den hohen Anteil syrischer Asylantragssteller im Jahr 2015 wider (vgl. Abb. 2a). Letztendlich kann festgehalten werden, dass die Teilnahme von Asylbewerbern an Integrationskursen bzw. weiteren Qualifizierungsmaßnahmen insbesondere auch vor dem Hintergrund ihrer ungünstigen Arbeitsmarktsituation (vgl. Abb. 7) von großer Bedeutung ist.

## Schlussbemerkungen

Bei einer Betrachtung der Flüchtlingszahlen in Deutschland ist der deutliche Rückgang der Zahl der registrierten Flüchtlinge in den vergangenen Monaten hervorzuheben. Das am 18. März 2016 vereinbarte EU-Türkei-Abkommen sieht die Rückführung von Flüchtlingen von den griechischen Inseln in die Türkei sowie Neuansiedlungen von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei nach Europa vor (vgl. Europäische Kommission 2016). Wenn das Abkommen umgesetzt wird,

ist davon auszugehen, dass dies zu einem Rückgang der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge führen wird.

Eine zentrale Frage ist diejenige nach dem Bildungsniveau der Asylbewerber, die in Deutschland bleiben. Nicht repräsentative Selbstangaben registrierter Asylbewerber legen nahe, dass der Anteil derjenigen, die keine Schule oder nur eine Grundschule besucht haben, beachtlich hoch ist. Diese Angaben decken sich offenbar auch mit den Erwartungen der Unternehmen. So sehen laut Battisti, Felbermayr und Poutvaara (2015) 59% der vom ifo Institut im Oktober 2015 befragten Unternehmen hohe Chancen für eine Beschäftigung von Flüchtlingen, typischerweise allerdings als Hilfsarbeiter oder Auszubildende.

Auch wenn bislang noch keine repräsentativen Angaben zum Bildungshintergrund von Asylbewerbern vorliegen, lässt sich festhalten, dass jegliche Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen von Asylbewerbern auf dem deutschen Arbeitsmarkt von großer Bedeutung sind. Somit ist der deutliche Anstieg des Angebots an Integrationskursen positiv zu bewerten.

## Literatur

Battisti, M., G. Felbermayr und P. Poutvaara (2015), »Arbeitsmarktchancen von Flüchtlingen in Deutschland: Ergebnisse einer Unternehmensbefragung«, *ifo Schnelldienst* 68(22), 22–25.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014), *Das Bundesamt in Zahlen 2014 – Asyl, Migration und Integration*, Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015), »Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2015«, Nürnberg, verfügbar unter: [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201512-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201512-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile), aufgerufen am 29. Februar 2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016a), »476 649 Asylanträge im Jahr 2015«, verfügbar unter: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2016/201610106-asylgeschaeftsstatistik-dezember.html>, aufgerufen am 29. Februar 2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016b), *Aktuelle Zahlen zu Asyl*, Ausgabe April 2016, Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016c), *Bericht zur Integrationsgeschäftsstatistik für das Jahr 2015*, Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016d), »Geschäftsstatistik zum Integrationskurs«, verfügbar unter: <https://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/InGe/inge.html>, aufgerufen am 10. Mai 2016.

Bundesministerium des Inneren (2016), »60 943 Asylanträge im April 2016«, Pressemitteilung, verfügbar unter: [http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/asylantraege-april-2016.html;jsessionid=37983D183BDC29BC5360595A9C0036E1\\_2\\_cid364](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/asylantraege-april-2016.html;jsessionid=37983D183BDC29BC5360595A9C0036E1_2_cid364), aufgerufen am 10. Mai 2016.

Europäische Kommission (2016), »Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens: Rückführungen und Neuansiedlungen haben begonnen«, verfügbar unter: [https://ec.europa.eu/germany/news/umsetzung-des-eu-t%C3%BCrkei-abkommens-r%C3%BCckf%C3%BChrungen-und-neuansiedlungen-haben-begonnen\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/umsetzung-des-eu-t%C3%BCrkei-abkommens-r%C3%BCckf%C3%BChrungen-und-neuansiedlungen-haben-begonnen_de), aufgerufen am 10. Mai 2016.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2016a), *Typisierung von Flüchtlingsgruppen nach Alter und Bildungsstand*, Aktuelle Berichte, Nürnberg.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2016b), *Zuwanderungsmonitor* April, Nürnberg.

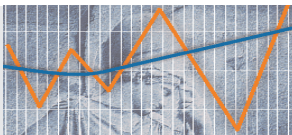
Leithold, D. und K. Oesingmann (2016), »Institutionelle Grundlagen zum Asylrecht und zur Integration von Flüchtlingen in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 69(1), 29–37.

Poutvaara, P. und D. Wech (2015), »ifo Migrationsmonitor«, *ifo Schnelldienst* 68(23), 24–31.

Wech, D. (2016), »ifo Migrationsmonitor: Einwanderer und Asylbewerber in Deutschland – Zahlen, demographische Angaben, Qualifikationsstrukturen und Arbeitsmarktpartizipation«, *ifo Schnelldienst* 69(6), 51–58.

## ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung

- 50 *Institutional Determinants of Student Achievement – Microeconomic Evidence.*  
Von S. Link. 193 S. 2013. € 20,-
- 51 *Nachfrageorientierte Innovationspolitik: Bestandsaufnahme und ökonomische Bewertung.*  
Von O. Falck, S. Wiederhold. 136 S. 2013. € 20,-
- 52 *Nonresponse in Business Tendency Surveys: Theoretical Discourse and Empirical Evidence.*  
Von Chr. Seiler. 166 S. 2013. € 20,-
- 53 *Empirical Essays in the Economics of Ageing and the Economics of Innovation.*  
Von J. Reinkowski. 141 S. 2013. € 21,-
- 54 *Lohnrisiko und Altersarmut im Sozialstaat.*  
Von W. Nagl. 127 S. 2014. € 20,-
- 55 *Essays on International Trade and Development.*  
Von B. Heid. 214 S. 2014. € 20,-
- 56 *Essays on Offshoring, Wage Inequality and Innovation.*  
Von S. Benz. 140. S. 2014. € 20,-
- 57 *Microeconomic Evaluations of Education Policies.*  
Von B. Siegler. ca. 100 S. 2015. € 20,-
- 58 *Essays on the Integration of New Energy Sources into Existing Energy Systems.*  
Von L. Röpke. 145 S. 2014. € 20,-
- 59 *The Rents of Banking – A Public Choice Approach to Bank Regulation.*  
Von F. Buck. 235 S. 2015. € 20,-
- 60 *Investment in ITC: Determinants and Economic Implications.*  
Von N. Fabritz. 129 S. 2015. € 20,-
- 61 *Microeconomic Analyses on Economic Consequences of Selective Migration.*  
Von J. Ruhose. 202 S. 2015. € 20,-
- 62 *Climate Policy and the Intertemporal Supply of Fossil Resources.*  
Von C. Beermann. 170 S. 2015. € 20,-
- 63 *Empirical Studies on Public Debt and Fiscal Transfers.*  
Von M.J. Reischmann. 191 S. 2015. € 20,-
- 64 *Corporate Governance und Unternehmenserfolg.*  
Von J. Steinbrecher. 220 S. 2016. € 20,-
- 65 *Economic Growth and Business Cycle Forecasting at the Regional Level.*  
Von R. Lehmann. 160 S. 2016. € 20,-
- 66 *The Sovereign Default Problem in the Eurozone.*  
Why limited liability resulted in excessive debt accumulation and how insurance can counteract.  
Von N.K. Arnold. 169 S. 2016. € 20,-
- 67 *Wealth and Politics: Studies on Inter Vivos Transfers and Partisan Effects.*  
Von Ch. Schinke. 212 S. 2016. € 20,-
- 68 *Effectiveness of Climate Policies: Empirical Methods and Evidence.*  
Von J. Dieler. 91 S. 2016. € 20,-
- 69 *The Collateral Framework of the Eurosystem and its Fiscal Implications.*  
Von J. Eberl. 258 S. 2016. € 20,-



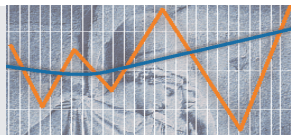
67

**ifo Beiträge  
zur Wirtschaftsforschung**

**Wealth and Politics:  
Studies on Inter Vivos Transfers  
and Partisan Effects**

Christoph Schinke

**ifo**Institut  
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
an der Universität München e.V.



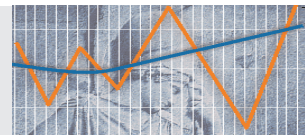
68

**ifo Beiträge  
zur Wirtschaftsforschung**

**Effectiveness of Climate Policies:  
Empirical Methods and Evidence**

Julian Dieler

**ifo**Institut  
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
an der Universität München e.V.



69

**ifo Beiträge  
zur Wirtschaftsforschung**

**The Collateral Framework of the  
Eurosysteem and Its Fiscal  
Implications**

Jakob Korbinian Eberl

**ifo**Institut  
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
an der Universität München e.V.





**ifo Institut**

**im Internet:  
<http://www.cesifo-group.de>**

